

NR 210 7/2023

JAHRE

GEDENKSTÄTTENREFERAT
DER STIFTUNG
TOPOGRAPHIE DES TERRORS

VERABSCHIEDUNG
VON THOMAS LUTZ

Gedenkstättenreferat Bundbrief

S O N D E R A U S G A B E G E D E N K S T Ä T T E N R U N D B R I E F

JAHRE 30

GEDENKSTÄTTENREFERAT
DER STIFTUNG
TOPOGRAPHIE DES TERRORS

VERABSCHIEDUNG
VON THOMAS LUTZ

Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
www.topographie.de



Redaktion: Florian Kimmelmeier
Gestaltung: Kurt Blank-Markard
Druck: Druckteam Berlin
Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V., Berlin

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



7 **Andrea Riedle** Einleitung

Kapitel I | Die frühen Jahre

- 11 **Detlef Garbe** »Spinne im Netz«
21 *Gunnar Richter* Ein erstes internationales Gedenkstättenseminar
23 **Christoph Heubner** Der Hesse
25 *Dietmar Sedlacek* Der Baumeister

Kapitel II | Vernetzungen

- 27 **BKM – Referat K42** Ein Mentor der Gedenkstättenarbeit
32 *Thomas Krüger* Von der Freiheit sich einzumischen
33 **Wolf Kaiser** Die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik
42 *Irmela Roschmann* Thomas Lutz und die Anfänge der AGGB
43 **Oliver von Wrochem** Die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten
in Deutschland
53 *Martina Staats* Der Arbeitskreis Justizgedenkstätten
54 **Hanna Liever, Frederik Schetter** Gedenkstättenarbeit der bpb
63 *Ulrich Tempel* Und alle kannten Thomas Lutz ...
64 **Günter Morsch** Garant für Kontinuität im Wandel
74 **Peter Fischer** Einheit und Vielfalt

Kapitel III | Topographie des Terrors

- 80 **Christine Fischer-Defoy** »Es darf kein Gras darüber wachsen«
86 **Klaus Hesse, Andreas Sander** Teamerweiterung
- 88 **Reinhard Rürup** Das »Gedenkstättenreferat«
der Stiftung Topographie des Terrors (2001)
- 25 Jahre Gedenkstättenreferat*
- 95 **Andreas Nachama** Begrüßung (2018)
97 **Klaus Lederer** Grußwort (2018)
- 100 *Christel Trouvé* In Vertretung von Thomas Lutz
101 **Interview mit Wolfgang Madl und Caroline Tupikowski**
Freiwillige im Gedenkstättenreferat
110 *Kurt Blank-Markard* Ein Vierteljahrhundert mit Thomas Lutz!
111 **Daniela Geppert** Thomas Lutz und das Dokumentationszentrum
NS-Zwangsarbeit *oder* Wen fragt man?

Kapitel IV | Internationales

- 113 **Elke Gryglewski** Internationalisierung im Kontext
des Gedenkstättenreferats
- 120 *Jacek Nowakowski* In an office near Ku'damm
- 121 *Sara Bloomfield* A close friend and partner
- 122 **Michaela Küchler** »Erfolg hat nur, wer nicht aufgibt«
- 125 *Werner Dreier* Gerade in Phnom Penh ...
- 126 *Bruno Boyer* »Many people don't want to get into these kinds
of problems«
- 127 *Hannah M. Lessing* Gerade im Umgang mit schwerer Geschichte
braucht es die Leichtigkeit
- 128 **Kirsten John-Stucke** Die Gründung der internationalen Fachgruppe
IC MEMO
- 136 *Yariv Lapid* Values, pragmatism and backbone
- 137 *Karel Fracapane* Der Wegeweiser

Kapitel V | Aktuelle Entwicklungen

- 139 **Luisa Lehnen, Sebastian Weitkamp, Nicola Wenge**
Ein bundesweites Netzwerk mit Wirkung
- 148 **Andreas Ehresmann, Jonas Kühne, Harald Schmid**
Sisyphos lässt grüßen. Von der Arbeitsgemeinschaft zum Bundesverband
- 154 **Sven Hilbrandt** Die digitalen Angebote des Gedenkstättenreferats
- 160 **Florian Kimmelmeier** Kooperation oder Konkurrenz?

Seit 30 Jahren gehört das Gedenkstättenreferat zur Stiftung Topographie des Terrors! Aufs Engste war es in all dieser Zeit mit dem Gedenkstättenreferenten Dr. Thomas Lutz verknüpft. Dieser hatte seine Tätigkeit bereits 1984 bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aufgenommen und war 1993 mit dem Gedenkstättenreferat zur Stiftung Topographie des Terrors gewechselt. Bald vier Jahrzehnte hat er das Gedenkstättenreferat geprägt. Die Bandbreite an Themen, die diese Sonderausgabe des Gedenkstätten-Rundbriefs anlässlich seines Ruhestands behandelt, ist beeindruckend. Sie zeugt von seinen vielfältigen Aktivitäten vom Zeitpunkt der Übernahme der Stelle bis zum Ruhestand Ende Juni 2023.

Als Mitarbeiter*in an einer Gedenkstätte in Deutschland ist es nur eine Frage der Zeit, bis man auf den Namen Thomas Lutz stößt. Man läuft ihm entweder beim Gedenkstättenseminar über den Weg, trifft ihn in einem Beratungsgremium, wird auf ihn als Ansprechpartner für »Gedenkstättenfragen« verwiesen oder kontaktiert ihn wegen der Veröffentlichung eines Artikels im GedenkstättenRundbrief.

Ich habe Thomas Lutz im Kontext meines wissenschaftlichen Volontariats bei der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen von 2000 bis 2003 kennengelernt. Er war damals und ist bis heute Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Als ich später im Archiv der Gedenkstätte für eine Veranstaltung recherchierte, stieß ich auf eine Einladung an die Mitarbeiter*innen der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen zum bundesweiten Gedenkstättenseminar im Jahr 1984. Ich war damals überrascht, dass er offenbar noch vor dem Fall der Mauer den Austausch mit den Gedenkstättenmitarbeiter*innen der DDR suchte. Die deutsche Teilung war für ihn offensichtlich kein Hinderungsgrund.

Das Gedenkstättenreferat war erst im Jahr zuvor, im Januar 1983 auf Wunsch der Gedenkstätten für die NS-Opfer in der BRD bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. eingerichtet worden. Eine zunehmende Zahl von Gedenkstätten machte es erforderlich, ein Netzwerk zu etablieren und dieses zu koordinieren. Im Februar 1993 wechselte das Gedenkstättenreferat aus inhaltlichen und finanziellen Gründen zur Stiftung Topographie des Terrors, die sich gerade im Aufbau befand.

Die Anbindung des Gedenkstättenreferats an die Stiftung Topographie des Terrors bot sich aufgrund der historischen Zusammenhänge besonders an. Die Behörden von SS und Polizei, die auf dem heutigen »Topographie«-Gelände ihren Hauptsitz hatten, sind mit jedem Verbrechenskomplex des Nationalsozialismus verbunden. Hinzu kommt, dass es für eine kompetente übergreifende Beratungstätigkeit des Referats wichtig ist, dass auch die Mitarbeiter*innen in einer Gedenkstätte oder in einem NS-Dokumentationszentrum tätig sind. Von dieser Wechselwirkung profitieren alle Seiten.

Nach der deutschen Einheit 1990 hat sich die Gedenkstättenlandschaft stark verändert. Die Zahl der Gedenkstätten und der Mitarbeiter*innen nahm zu, die Einrichtungen professionalisierten sich und übernahmen immer mehr Aufgaben. Mit dieser Entwicklung wuchs auch die Bedeutung der Koordination des Netzwerkes der Gedenkstätten. Wichtige Instrumente sind hier das Gedenkstättenseminar, die Gedenkstättenkonferenz und der GedenkstättenRundbrief. Das Gedenkstättenreferat koordiniert zudem zahlreiche professionelle Zusammenschlüsse, unter anderem die AG KZ-Gedenkstätten, das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, -initiativen und Dokumentationszentren zur NS-Geschichte, den Arbeitskreis Gedenkstättenpädagogik und die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager.

Die Vernetzungs- und Beratungstätigkeiten des Gedenkstättenreferats ermöglichen es, fast alle 300 Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Initiativen in Deutschland in einen übergreifenden Diskurs einzubinden. Dies umfasst sowohl Institutionen, die aufgrund der Bundes- und/oder Landesförderung kontinuierlich gefördert werden als auch kleinere Gedenkstätten, die nur über wenige Mitarbeiter*innen verfügen oder ehrenamtlich betrieben werden. Der beständige Austausch der unterschiedlichsten Einrichtungen hat zu der hohen Qualität der Gedenkstättenarbeit in Deutschland ganz wesentlich beigetragen. Dieser Austausch ist in Umfang und Intensität weltweit einmalig.

Das Gedenkstättenreferat übernimmt darüber hinaus auch Beratungsaufgaben auf internationaler Ebene. Seit 20 Jahren arbeitet Thomas Lutz als Delegierter der Bundesrepublik Deutschland in der International Holocaust Remembrance Alliance mit. 2001 hat er das International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes im Weltmuseumsrat (ICOM) mitgegründet. Die Stiftung Topographie des Terrors berät über das Referat internationale Organisationen wie etwa die UNESCO sowie zahlreiche Mitarbeiter*innen von Gedenkstättenprojekten in anderen Ländern. Bei internationalen Debatten über die historische Aufklärung – zu NS-Verbrechen, aber auch zu anderen Staatsverbrechen – wird die Stiftung als wichtige Stimme wahrgenommen.

Angesichts der vielfältigen Aufgaben überrascht die bescheidene Stellenausstattung des Gedenkstättenreferats. Sie bestand bis vor kurzem aus einer Vollzeitstelle für die Leitung und seit 2001 einer ½-Stelle für die Bürokommunikation und redaktionelle Mitarbeit (Michaela Illner). Hinzu

kommt jährlich ein*e Teilnehmer*in am Freiwilligen Sozialen Jahr (Kultur). Im Laufe des Jahres 2020 erhielt das Gedenkstättenreferat für die Dauer von jeweils zwei Jahren zwei Projektstellen, die mit Mitteln der Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien (»Kultur in ländlichen Räumen« und »Jugend erinnert«) finanziert wurden. Davon profitierten vor allem die Arbeitsbereiche »Gedenkstättenpräsentation digital« und »Gedenkstättenpädagogik«. Dem Erfolg von »Jugend erinnert« und dem Einsatz engagierter Politiker*innen ist es zu verdanken, dass eine weitere Planstelle für das Gedenkstättenreferat gewährt wurde. Die Programmlinie »Jugend erinnert« wird fortgeführt und soll verstetigt werden.

Die Zukunft des Gedenkstättenreferats ist ein Thema, das Thomas Lutz bereits seit meinem Amtsantritt bei der Stiftung Topographie des Terrors im Januar 2020 intensiv beschäftigt. Umso erfreulicher ist es, dass das Ansinnen auf eine Stärkung des Gedenkstättenreferats bei der Politik auf ein positives Echo stößt. Thomas Lutz kann mit großer Zufriedenheit über das Geleistete in der Vergangenheit und mit positiven Ausblicken für die Zukunft in den Ruhestand gehen. Für diesen wünsche ich ihm, auch im Namen der Kolleg*innen der Stiftung Topographie des Terrors, alles erdenklich Gute!

Abschließend möchte ich den vielen Autor*innen für ihre Bereitschaft danken, trotz zum Teil hoher Arbeitsbelastung einen Artikel oder auch einen Kurzbeitrag zur Sonderausgabe des GedenkstättenRundbriefs beizusteuern. Besonders freue ich mich, dass es gelungen ist, mit den Beiträgen die große Bandbreite von Thomas Lutz' Aktivitäten aufzuzeigen, die zeitlich sowohl seine Anfangszeit als auch aktuelle Entwicklungen umfasst. Außerdem haben wir uns entschieden, im Kapitel zur »Topographie des Terrors« drei Beiträge in diese Sonderausgabe aufzunehmen, die bereits früher, anlässlich der 100. Ausgabe des GedenkstättenRundbriefs sowie von »25 Jahre Gedenkstättenreferat« entstanden sind.

Eine Sonderausgabe des GedenkstättenRundbriefs ohne das Wissen des zuständigen Redakteurs Thomas Lutz herauszugeben, war eine große Herausforderung. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Florian Kimmelmeier, der das Projekt »Geheimausgabe GedenkstättenRundbrief« engagiert koordinierte, sich um maximale Geheimhaltung bemühte und vor allem auch die wichtigen redaktionellen Tätigkeiten übernahm. Herzlich danken möchte ich außerdem den weiteren Mitarbeiterinnen des Redaktionsteams, Dr. Stephanie Bohra und Dr. Erika Bucholtz, sowie Ulrich Tempel für seine Unterstützung bei der Fotoauswahl. Ein besonderer Dank gilt auch dem Team des Gedenkstättenreferats Arno Helwig, Julana Bredtmann und Michaela Illner für ihre Unterstützung in der Schlussphase sowie Kurt Blank-Markard, der – wie immer seit 1997 und doch unter deutlich herausfordernderen Umständen – auch dieses Mal die Gestaltung des GedenkstättenRundbriefs übernommen hat.

Dr. Andrea Riedle

Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors

KAPITEL I

Die frühen Jahre

»Spinne im Netz«. Die Vorgeschichte und der Beginn des Gedenkstättenreferats bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Die Geschichte des Gedenkens an den Stätten der nationalsozialistischen Verbrechen setzt unmittelbar mit der Befreiung der Lager ein.¹ Auch in Deutschland errichteten Überlebende zu Ehren ihrer zu Tode gebrachten Leidensgenossen bereits in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung an den Orten ihrer Verfolgung und an den Begräbnisstätten mit Unterstützung der alliierten Besatzungsmächte zahlreiche Denkmale. Diese frühe Phase sakralen Gedenkens fand jedoch schon bald ihr Ende. Zwar gab es 1952 noch die Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und eines Gedenkraums in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee, doch dominierten seit den 1950er-Jahren die Denkmale für die Opfer des Bombenkriegs und für die Heimatvertriebenen sowie die um die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs aus Wehrmacht und Waffen-SS ergänzten Kriegerdenkmale. Die Bevölkerung gedachte »vor allem derjenigen, die auch vor 1945 als eigene Opfer betrachtet worden waren«.²

Erst in den 1960er-Jahren entstanden mit der KZ-Gedenkstätte Dachau, dem Dokumentenhaus Bergen-Belsen und der an den 20. Juli 1944 erinnernden Gedenkstätte im Berliner Bendler-Block mit Ausstellungen versehene Stätten. Zwar war für »die 1968er« der Umgang mit der NS-Vergangenheit ein Beleg dafür, wie sehr die bundesrepublikanische Gesellschaft und Politik eines Aufbruches bedurfte, doch gerieten die konkreten historischen Ereignisse und die Stätten der NS-Verbrechen nur selten in den Blick.

Ende der 1970er-Jahre zeigte sich dann ein stärkeres öffentliches Interesse, das bedingt war durch den Generationenwechsel, zunehmende Anzeichen eines neuen Rechtsextremismus und die 1979 ein Millionenpublikum erschütternde Ausstrahlung der US-amerikanischen Familiensaga »Holocaust«. Jugendverbände, Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen begannen mit der Suche nach Spuren einstiger Stätten von NS-Verbrechen.³ An dem Geschichtswettbewerb der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten von 1980/81 über den »Alltag im Nationalsozialismus« beteiligten sich 12 843 Schülerinnen und Schüler mit 2 172 Beiträgen – bis heute ein nie wieder erreichter Spitzenwert.⁴ Die in solchen Zusammenhängen erarbeite-

ten Dokumentationen, die vom vergessenen Lager »vor der eigenen Haustür« berichteten, brachten überhaupt erst ins öffentliche Bewusstsein, dass Deutschland in den Kriegsjahren von einem Netz von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern überzogen war.⁵

Anfang der 1980er-Jahre entstanden auch eine Reihe von Geschichtswerkstätten und Initiativen, die sich für die Einrichtung von Gedenk- und Dokumentationsstätten einsetzten.⁶ Vor Ort galt es nun, starke Widerstände in der Bevölkerung zu überwinden und langjährige Auseinandersetzungen mit kommunalen Gremien zu führen. Von Bedeutung waren hierbei auch Jugendworkcamps unterschiedlicher Träger wie dem Service Civil International (SCI) und dem Christlichen Friedensdienst (CFD), die sich beispielsweise in Esterwegen, Osthofen und Neuengamme an Freilegungsarbeiten beteiligten. In diese Zeit fallen die ersten Anstrengungen zu einer bundesweiten Vernetzung und die Gründung des Gedenkstättenreferats, über dessen Anfänge dieser Beitrag berichten möchte.

Anfänge einer Vernetzung

Im Juli 1981 wandte sich die zwei Jahre zuvor von Mitgliedern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) und der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) gegründete Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme an den Vorstand und die Geschäftsführung von ASF in Berlin. Die Initiative bat in Absprache mit dem SCI, dem Aktionskomitee Emslandlager und der Ulmer Initiative Oberer Kuhberg darum, »eine bundesweite Koordination der im Bereich der Gestaltung und Schaffung von Dokumentations- und Gedenkstätten arbeitenden Gruppen und Organisationen zu initiieren«⁷. Aufgrund ihres Auftrages und ihrer umfangreichen Erfahrungen besitze ASF »eine besondere Qualifikation für die Koordination der sich in diesem Bereich entwickelnden Aktivitäten«.

Die 1958 von Synodalen der Evangelischen Kirche als ökumenisches Versöhnungswerk gegründete Aktion Sühnezeichen engagierte sich seit langem in der Gedenkstättenarbeit.⁸ So beteiligte sie sich schon in den 1960er-Jahren mit jungen Freiwilligen am Bau der Versöhnungskirche in Dachau und des Dokumentenhauses in Bergen-Belsen. Seit 1965 organisierte sie eine stetig zunehmende Zahl von Gruppenfahrten in die polnischen Gedenkstätten Auschwitz und Majdanek, später auch nach Stutthof. 1979 begann die dauerhafte Mitarbeit von jährlich zwei ASF-Freiwilligen in Dachau, in den folgenden Jahren wurden derartige Freiwilligenstellen auch in Neuengamme, Berlin und Wewelsburg eingerichtet. Neben der Unterstützung der Gedenkstätten war mit diesen Einsätzen auch angestrebt, »über das kirchliche Gemeindeleben die Problematik des ehemaligen Konzentrationslagers anzusprechen und Interessierte für die Beschäftigung mit diesem Teil der Heimatgeschichte zu gewinnen«⁹.

Nicht wenige der Akteure und Akteurinnen in den entstehenden Gedenkstätteninitiativen der 1980er-Jahre sind durch internationale Freiwilligen-



dienste der ASF geprägt (so auch vier Autoren und eine Autorin dieser Sondernummer des GedenkstättenRundbriefs). Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb sich in Begrifflichkeiten und Formen der frühen Gedenkstättenarbeit zahlreiche christliche Bezüge finden.¹⁰

Als ASF im Sommer 1981 die Anfrage der Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme um Unterstützung bei einer bundesweiten Vernetzung erhielt, war die Bereitschaft hierzu also vorhanden. »Sühnezeichen fand sich unversehens in der Rolle der Spinne im Netz«¹¹, so formulierte es Gabriele Kammerer in ihrer 2008 publizierte Geschichte von ASF. Auch wenn es auf Seiten der Gedenkstätteninitiativen gewisse Vorbehalte gegen eine christlich geprägte Organisation gab, genoss die parteiunabhängige ASF aufgrund ihrer Bedeutung in der seinerzeit starken Friedensbewegung auch bei ansonsten eher kirchenskeptisch bis -feindlich eingestellten Kräften eine gute Reputation. So bot sich der Verein als Anlaufstelle für die Gedenkstättenvernetzung geradezu an.

Im September 1981 lud ASF neun Gedenkstätteninitiativen und vier Organisationen zu einem ersten Treffen für den 17./18. Oktober 1981 ins Gemeindehaus der Kirchengemeinde St. Stephanus in Hamburg-Eimsbüttel ein. Die Anfänge waren recht dürftig; auf der Einladung fand sich der Hinweis: »Bitte bringt Schlafsäcke mit nach Hamburg.«¹² An dem Treffen, das in Zusammenhang mit der Eröffnung des Dokumentenhauses Neuengamme stattfand, nahmen in der Gedenkstättenarbeit Tätige aus Berlin und Hamburg, aus Dachau, dem Emsland, Essen, Moringen, Ulm und Wewelsburg teil. Im Erfahrungsaustausch zeigte sich, dass sich die Probleme an den verschiedenen Orten sehr ähnelten. Da in allen Berichten von schweren Versäumnissen und jahrzehntelangen Vernachlässigungen im Umgang mit den

Eröffnung des Dokumentenhauses Neuengamme, Oktober 1981.

Foto: H. J. Jesse/Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Stätten des NS-Terrors die Rede war, entstand die Idee zu einer Bestandsaufnahme über die Nachkriegsgeschichte der ehemaligen Lager, aus der das Buch »Die vergessenen KZs?«¹³ hervorging. Verabredet wurde hier auch eine Kontaktaufnahme zur Bundeszentrale für politische Bildung.¹⁴

In der Bundeszentrale waren bereits Ende der 1970er-Jahre Planungen mit dem Ziel aufgenommen worden, »den Gedenkstätten der Opfer des Nationalsozialismus zu neuer und größerer Bedeutung zu verhelfen«¹⁵. Zu diesem Zweck begannen zeitgleich Vorarbeiten für eine Bestandsaufnahme der bundesdeutschen Gedenkstätten. Erste, mehrere Hundert Seiten starke Ausarbeitungen lagen bereits 1981 vor.¹⁶ Eine überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung erschien 1987 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale als Band 245 mit einem Umfang von 831 Seiten.¹⁷

Bereits das zweite Treffen der Gedenkstätteninitiativen, das vom 21. bis 23. Mai 1982 in Dachau stattfand, konnte ASF mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung durchführen. Allerdings waren auch hier die Grenzen eng gesteckt. Die Zuwendung von 3000 DM erlaube, so ASF-Referent Christoph Heubner in der Einladung, pro Initiative nur eine Anreise von »nicht mehr als zwei Personen«¹⁸. Die hoch gesteckten Erwartungen der Initiativen musste auch Ulrike Puvogel, die zuständige Referentin der Bundeszentrale, enttäuschen. Sie verwies auf die beschränkten Möglichkeiten der Bundeszentrale, die Unterstützung nur bei einzelnen Veröffentlichungen und bei der Finanzierung von Seminaren leisten könne. Das Protokoll hielt auch fest, dass sich schon damals die Gedenkstätten mit der Frage befassten, wie zukünftig die Arbeit ausgerichtet werden könne, »wenn die Überlebenden einmal nicht mehr da sind«¹⁹. Zudem findet sich hier erstmals der Hinweis, dass ASF »die Einrichtung einer Stelle für Gedenkstättenarbeit«²⁰ erwäge.

Die Einrichtung des Gedenkstättenreferats bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Da jedoch bei ASF keine Mittel für eine auch nur befristete Anstellung eines oder einer hauptamtlich Beschäftigten zur Verfügung standen, musste nach einer anderen Lösung gesucht werden. In Absprache mit der Landeskirche von Hessen-Nassau konnte ab Anfang 1983 Thomas Vogel im Rahmen eines Sondervikariats mit dieser Aufgabe betraut werden. Da die Zeit für die Organisation eines ursprünglich für den Mai in Berlin geplanten mehrtägigen Seminars nicht mehr reichte, musste dieses um ein Jahr verschoben werden. Stattdessen begann Thomas Vogel nunmehr erste Strukturen für eine kontinuierliche Vernetzung der schnell anwachsenden Zahl von Gedenkstätteninitiativen zu entwickeln. Am 24. Mai 1983 erschien die erste, allerdings nur zweiseitige Ausgabe des GedenkstättenRundbriefs, im September folgte die zweite und im Dezember die dritte Ausgabe.

Die Gedenkstätten und ihre Anliegen fanden zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit. Anzeichen eines sich verändernden Stellenwertes waren deutlich auf dem dritten, von Thomas Vogel vorbereiteten Gedenk-



stättentreffen bemerkbar, das vom 13. bis 16. Oktober 1983 im Freizeit- und Bildungszentrum »Weiße Rose« in Hannover-Mühlenberg stattfand. Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Herbert Obenaus über das an der Universität Hannover durchgeführte Forschungsprojekt zu den hannoverschen Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden von Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg begrüßt, der am zweiten Seminartag die Ausstellung »Konzentrationslager in Hannover 1943 bis 1945« eröffnete. An die Stelle des eher informellen Charakters der ersten beiden Treffen trat jetzt ein umfangreiches Tagungsprogramm: Die bundesweiten Gedenkstättenseminare waren geboren.

Zum 30. Januar 1984, dem 51. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, gab das Gedenkstättenreferat erstmals eine gemeinsame, von 15 Gedenkstätten(initiativen) und Organisationen getragene Presseerklärung heraus, die sich nachdrücklich für das Projekt einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau aussprach. Kurz darauf endete die einjährige Abordnung des Vikars Thomas Vogel, der in eine Kirchengemeinde nach Gießen wechselte.

An seine Stelle trat der damals 27 Jahre junge Thomas Lutz. Dieser hatte nach dem Studium von Geschichte, Politik und Sport in Marburg und der Ablegung des ersten und zweiten Staatsexamens als Alternative zum Zivildienst bei ASF Besuchergruppen in der Gedenkstätte Auschwitz betreut. Nun übernahm er im Berliner Büro den weiteren Ausbau des Gedenkstättenreferats. Neben der Vielzahl von Aufgaben musste er selbst an der Einwerbung von Mitteln mitwirken, damit ASF das Gedenkstättenreferat weiterhin auf hauptamtlicher Basis aufrechterhalten konnte. Spenden und Stiftungsgelder, so die Förderung durch die Freudenberg-Stiftung, schufen

Internationales Jugendworkcamp, Bau des Rundwegs um das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, 1982.

Foto: Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

35/1478/Heu./bur.
30. März 1982

Program
des Treffens der Gedenkstätteninitiativen vom 21. - 23.05.1982
in Dachau

- Freitag, d. 21.5. bis 18.00 Uhr Anreise
 18.30 Uhr Abendessen
 19.30 Uhr Zur Arbeit und Geschichte der
 Gedenkstätte Dachau
 Barbara Distel
- Samstag, d. 22.5. 9.30 Uhr Führung durch die Gedenkstätte
 Besuch der Ausstellung und des
 Archivs
 Barbara Distel, Joachim Schlör,
 Katja Leskien
- 14.00 Uhr Die Arbeit der Ev. Versöhnungs-
 kirche: Gesprächsangebote,
 Betreuung von Gruppen, Erfahrung
 von Freiwilligen der Aktion
 Sühnezeichen/Friedensdienste
 Pfr. Wagner, Joachim Schlör,
 Katja Leskien
- 16.30 Uhr Initiativen der
 Bundeszentrale für politischen
 Bildung im Bereich der Gedenk-
 stättenarbeit
 Frau Puvogel
- 19.30 Uhr Zur Situation der Gedenkstätten-
 initiativen in der Bundesrepublik
 Deutschland
 Bestandsaufnahme, Perspektiven
- Sonntag, d. 23.5. 9.00 Uhr Perspektiven, Möglichkeiten
 der Zusammenarbeit
 Ende des Treffens mit dem
 Mittagessen

Programm des zweiten Treffens
der Gedenkstätteninitiativen in
Dachau, 21. bis 23. Mai 1982.
Foto: Privatarchiv Detlef Garbe

dafür die Grundlage, Voraussetzungen für eine langfristige Finanzierung waren aber nicht gegeben.

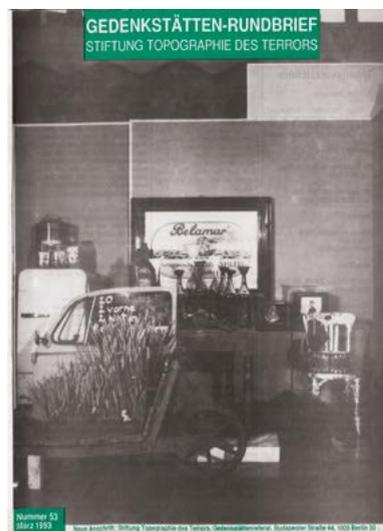
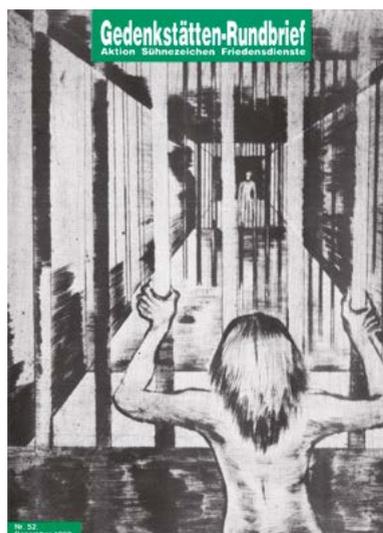
In dem im Februar 1984 erstmals von ihm redigierten Gedenkstättenrundbrief, mit dem er sich vorstellte, verwies Thomas Lutz darauf, dass ihm ein grundlegendes Problem seiner Arbeit schnell deutlich geworden sei: »Während die Mitarbeiter der Gedenkstätten/-initiativen sehr konkret vor Ort an den jeweils bestehenden Problemen arbeiten, sitze ich hier etwas im ›luftleeren‹ Raum.«²¹ Das sollte sich aber schon schnell ändern, denn dem neuen Gedenkstättenreferenten gelang es in kurzer Zeit, enge Verbindungen herzustellen und ein dichtes Netzwerk zwischen Gedenkstätten, Verbänden und Institutionen zu knüpfen. Bereits die ein Vierteljahr später herausgegebene Nummer 5 des Rundbriefs belegte dies eindrucksvoll mit einem Umfang von nunmehr 18 Seiten und einer klaren Gliederung in fünf Hauptkapiteln (Berichte über Gedenkstätten und Initiativen, Zur Diskussion, Informationen, News, Veranstaltungen). Den von seinem Vorgänger als hektografierte Blattsammlung eingeführten Rundbrief entwickelte Thomas Lutz innerhalb weniger Jahre zu einem weit verbreiteten und auch außerhalb der Gedenkstätten geschätzten Fachjournal.

Noch gemeinsam mit seinem Vorgänger leitete er vom 10. bis 15. April 1984 das zweite bundesweite Gedenkstättenseminar in Berlin zum Thema »Widerstand und Verfolgung 1933–1945. Was können wir heute daraus lernen?«. Dieses Seminar begründete erstmals eine langjährige, intensive Kooperation des Gedenkstättenreferats mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kampf um den Bestand und Überleitung an die Stiftung Topographie des Terrors

In einem Bericht über das erste Jahr seiner Arbeit als Gedenkstättenreferent nannte Thomas Lutz folgende Schwerpunkte seiner Tätigkeit: Beratung und Kontakt zu den Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, Organisation des Informationsaustausches, Begleitung der ASF-Freiwilligen in den Gedenkstätten, Veranstaltungen und Seminare sowie Öffentlichkeitsarbeit.²² Die von ihm skizzierten Vorhaben für das Folgejahr lassen erkennen, welche Ausweitung die Arbeit schon bald finden sollte, beispielsweise durch ein Seminarprogramm mit der Körber-Stiftung für Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbes um den Preis des Bundespräsidenten und eine Tagung in der Ev. Akademie Westberlin zum Erfahrungsaustausch der Gedenkstättenarbeit in Ost- und Westeuropa.

Im nächsten, im Oktober 1985 abgefassten Tätigkeitsbericht wird deutlich, in welchem Maße sich das Arbeitspensum entwickelte. Neben Besuchen in zahlreichen, oft Hunderte Kilometer voneinander entfernt gelege-



Gedenkstättenrundbriefe Nr. 52 und Nr. 53 – Kontinuität trotz neuem Herausgeber, 1992/1993

nen Gedenkstätten kamen verstärkt internationale Kontakte hinzu, so im Jahr 1985 Fahrten zu Gedenkstätten in die DDR und Polen und die Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem Leo-Baeck-Institut in New York oder dem Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles.²³ Der Sachbericht für 1986 enthielt eine tabellarische Übersicht, die für das Jahr 72 Seminar- und Veranstaltungstage an verschiedenen Orten auflistete, wobei die Treffen zur Betreuung der Freiwilligen in Dachau und Neuengamme sowie zur Begleitung der Gedenkstätteninitiativen noch hinzukamen.²⁴ Hochmotiviert scheute Thomas Lutz keine Belastungen und keinen Zeitaufwand. In den Berichten ist mehrfach, zuweilen beiläufig, die Rede von »stundenlangen Fahrten auf bundesdeutschen Autobahnen« und von »körperlicher Überbeanspruchung«, die »nicht auf Dauer durchzuhalten«²⁵ sei.

Die eindrucksvolle Fülle der dargestellten Aktivitäten unterstrich die hohe Relevanz des Gedenkstättenreferats und die Notwendigkeit seiner Verstetigung. Es war keine Frage, dass es für ASF galt, baldmöglichst eine dauerhafte Verankerung der Stelle zu erreichen. Nicht nur, weil fehlende soziale Absicherung und Perspektive sonst zu einer anderweitigen beruflichen Orientierung geführt hätten. Thomas Lutz machte auch deutlich, welche Konsequenzen damit verbunden wären, wenn das Gedenkstättenreferat eingestellt werden sollte. Da ASF vor großen finanziellen Schwierigkeiten stand, wurde verstärkt nach einer mittelfristig realisierbaren anderen Kostenträgerschaft oder einem anderen institutionellen Rahmen für das Gedenkstättenreferat gesucht.

Der sich in den 1980er-Jahren vollziehende Wandel in der Auseinandersetzung mit den Stätten der NS-Verbrechen, der innerhalb eines Jahrzehnts zur Eröffnung einer ganzen Reihe von mit Ausstellungen und pädagogischer Begleitung versehenen Gedenkstätten führte, erfuhr nach 1990 eine weitere Stärkung. Dazu trugen Fragen nach dem Selbstverständnis des geeinten Deutschlands und nach den Lehren aus der zweifachen Diktaturerfahrung bei. Der stärkere gesellschaftliche Rückhalt, die steigenden Besucherzahlen und die Förderung aus öffentlichen Mitteln führten zu einer Professionalisierung der Gedenkstätten, die sich nunmehr schrittweise zu zeithistorischen Museen und modernen Bildungsstätten entwickeln konnten. Innerhalb von nur 15 Jahren rückten sie »von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur«²⁶. In dieser Zeit identitätspolitischer Deutungskämpfe und der Herausbildung einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur übernahm die Stiftung Topographie des Terrors im März 1993 das Gedenkstättenreferat, da ASF unter den Belastungen der Zusammenführung von Aktion Sühnezeichen Ost und West diese zehn Jahre lang vom Verein übernommene Aufgabe nicht mehr bewältigen konnte.

Mit dieser Entscheidung war, so der damalige Stiftungsdirektor Prof. Dr. Reinhard Rürup, »eine beträchtliche Erweiterung des Aufgabenspektrums der Stiftung Topographie des Terrors verbunden«²⁷. Denn das Gedenkstättenreferat hatte sich in den Jahren zuvor sehr gut weiterentwickelt: Zum Zeitpunkt der Übernahme erschien bereits Heft 53 des Gedenk-

stättenRundbriefs und das 20. Bundesweite Gedenkstättenseminar stand unmittelbar bevor.

Für die Übernahme von Thomas Lutz wurde die noch unbesetzte Stelle eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit umgewidmet; der Arbeitsplatz befand sich in den von der Stiftung genutzten Büroräumen in der Budapester Straße 44, später in der Stresemannstraße 110. Für das Gedenkstättenreferat, das im Laufe der Jahre mit einer Sachbearbeitungsstelle, Honorarmitteln und dem Einsatz von Freiwilligen des FSJ Kultur gestärkt werden konnte, bedeutete die Einbindung in die Stiftung Partizipation an deren wissenschaftlicher Expertise und einen weiteren Professionalitätsschub.

Zweifellos war die Integration des Gedenkstättenreferats mit seiner internationalen Ausstrahlung für das Profil des Berliner Dokumentationszentrums, das über den Terror informiert, den die SS von hier aus über das ganze Land und das von der Wehrmacht besetzte Europa entfachte, ebenfalls von großem Vorteil.

Um mit Worten von Dr. Thomas Lutz, der von 1984 bis 2023 als Gedenkstättenreferent geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Entwicklungen mitgeprägt hat, zu schließen: »Heute gehört das Bekenntnis zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen zur deutschen Staatsräson. Ein Generationen-Projekt, das sich vor vier Jahrzehnten gegen Widerstände entwickelt hat, ist heute auch bei den Eliten der Gesellschaft angekommen.«²⁸

Prof. Dr. Detlef Garbe, Historiker, von 1989 bis 2019 Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, anschließend bis Juni 2022 Gründungsvorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte.

- 1 Vgl. Thomas Rahe: Die Anfänge des Holocaust-Gedenkens. Erinnerungskultur in den jüdischen Displaced-Persons-Camps, in: Insa Eschebach (Hrsg.): Was bedeutet Gedenken? Kommemorativ Praxis nach 1945. Berlin 2023, S. 231–245.
- 2 Habbo Knoch: Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder. Tübingen 2020, S. 59.
- 3 Zu Kontexten und Motiven des sich Ende der 1970er-Jahre deutlich verstärkenden Interesses an Stätten der NS-Verbrechen und der Hinwendung zu den Opfern vgl. Ulrike Löffler: »Antifaschistische Erziehung« im Westen. Pädagogische Antworten auf die Konjunktur des Rechtsextremismus um 1977, in: Archiv für Sozialgeschichte 63 (2023), im Erscheinen.
- 4 Vgl. den ausführlichen Rückblick auf die seit 1973 auf Anregung von Bundespräsident Gustav Heinemann von der Körber-Stiftung durchgeführten Geschichtswettbewerbe: <https://koerber-stiftung.de/projekte/geschichtswettbewerb/rueckblicke/> (eingesehen am 19. 2. 2023).
- 5 Vgl. Ulrich Herbert: Vor der eigenen Tür. Bemerkungen zur Erforschung der Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Dieter Galinski/Ulrich Herbert und Ulla Lachauer (Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus. Reinbek 1982, S. 9–33.
- 6 Vgl. Detlef Garbe: Von der »Nestbeschmutzung« zur Identitätstiftung. Zivilgesellschaftliche Impulse in der Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Gedenkstätten, in: Volkhard Knigge (Hrsg.): Jenseits der Erinnerung – Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft. Göttingen 2022, S. 137–157.

- 7 Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme, Schreiben vom 23. 7. 1981; Privatarchiv (PA) Detlef Garbe.
- 8 Vgl. Gabriele Kammerer: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Aber man kann es einfach tun. Göttingen 2008, S. 193.
- 9 Gabriele Steltenkamp (ASF-Freiwillige in Neuengamme), Zwischenbericht (1985) für die Nordelbische Kirche, zit. in Stephan Linck: Neue Anfänge? Der Umgang der evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien, Band 2: 1965–1985. Kiel 2016, S. 158.
- 10 Vgl. Ulrike Löffler: »Zeitgeschichte im Lichte des Wortes Gottes prüfen«. Christliche Bezüge in der Gedenkstättenarbeit der alten Bundesrepublik, in: Religiöse Praxis in Konzentrationslagern und anderen NS-Haftstätten. Göttingen 2021 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung: 2), S. 150–170.
- 11 Kammerer (Anm. 8), S. 193.
- 12 Christoph Heubner/Gerhard Eisenbach, Einladung der ASF vom 28. 9. 1981; PA Detlef Garbe.
- 13 Detlef Garbe (Hrsg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik. Bornheim-Merten 1983.
- 14 Christoph Heubner, Schreiben an Detlef Garbe vom 19. 10. 1981; PA Detlef Garbe.
- 15 Bundeszentrale für politische Bildung/Abteilung Planung und Entwicklung: Ansatzpunkte und mögliche Maßnahmen politischer Bildung zu rechtsextremistischen und neofaschistischen Tendenzen, 7. 9. 1979, S. 6; diesen Hinweis verdanke ich Ulrike Löfflers am 14. 5. 2022 in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gehaltenen Vortrag »Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Anfänge der bundesrepublikanischen Gedenkstättenarbeit«.
- 16 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Stand Anfang 1981 (Verantwortliche Referentin: Ulrike Puvogel, Bearbeitung: Anna Roth); eine 2. überarbeitete Auflage (Redaktion: Ulrike Puvogel) im Umfang von 434 Seiten datiert vom September 1981.
- 17 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Text und Zusammenstellung: Ulrike Puvogel. Bonn 1987. 1995/1999 erschien die Dokumentation unter dem gleichen Titel als zweibändige Ausgabe (Band 2 umfasste Berlin und die Neuen Bundesländer) im Umfang von insgesamt 1831 Seiten).
- 18 Christoph Heubner/Petra Burhenne, Einladung der ASF vom 5. 5. 1982; PA Detlef Garbe.
- 19 Joachim Schlör: Treffen der Initiativgruppen für/in Gedenkstätten vom 21. bis 23. Mai 1982 in Dachau, Protokoll vom 26. 5. 1982, S. 6; PA Detlef Garbe.
- 20 Ebenda, S. 7.
- 21 Rundbrief Nr. IV an die Gedenkstätten und Initiativen, 22. 2. 1984, S. 1.
- 22 Thomas Lutz, Abschlussbericht des Polen-/Gedenkstättenfreiwilligen, 1. 9. 1983 bis 28. 2. 1985; PA Detlef Garbe.
- 23 Thomas Lutz, Tätigkeitsbericht des Gedenkstättenmitarbeiters [Okt. 1985], S. 1; PA Detlef Garbe.
- 24 Thomas Lutz, Sachbericht für 1986 über die Arbeit des Gedenkstättenreferats, S. 4 f.; PA Detlef Garbe.
- 25 Thomas Lutz, Abschlussbericht (Anm. 21), S. 7.
- 26 Detlef Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jellich (Hrsg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.
- 27 Reinhard Rürup (Hrsg.): Netzwerk der Erinnerung. 10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors. Berlin 2003, S. 8.
- 28 Thomas Lutz: Topographie des Terrors. Entstehungsgeschichte und Bedeutung für die Entwicklung von Gedenk- und Dokumentationsstätten, in: Habbo Knoch/Oliver von Wrochem (Hrsg.): Entdeckendes Lernen: Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen. Festschrift für Detlef Garbe. Herausgegeben im Auftrag der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte. Berlin 2022, S. 335–355, hier S. 353.

GUNNAR RICHTER *Ein erstes internationales Gedenkstättenseminar*

Unter dem Titel »Gedenkstättenarbeit in Ost und West. Wie kann die Geschichte an die Jugend vermittelt werden?« fand im November 1985 in der Evangelischen Akademie in Berlin ein erstes internationales Gedenkstättenseminar statt, das von Thomas Lutz, damals noch bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., und von Manfred Haack, Friedrich-Ebert-Stiftung, geleitet wurde. Teilnehmende waren Gedenkstättenleiterinnen und -leiter aus Israel, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, den USA, der DDR und der BRD.

Es war ein solch außergewöhnlicher und eindrucksvoller Austausch, dass Thomas Lutz gemeinsam mit Wulff Brebeck, Angela Genger, Dietfrid Krause-Vilmar und mir beschloss, die Beiträge als ersten Band einer Schriftenreihe zur Arbeit der Gedenkstätten herauszugeben. 1988 erschien der Band in Berlin unter dem Titel »Zur Arbeit in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – ein internationaler Überblick«. Wenn man das Buch heute betrachtet, dann ist es vor allem ein ganz

besonderes Zeitdokument, da es die Konzeptionen der Gedenkstätten in Ost und West vor 1989 beinhaltet. Gleichzeitig markiert das Buch aber auch den Beginn der fast 40jährigen engagierten, kompetenten, offenen und zugewandten Arbeit von Thomas Lutz, mit der er den Austausch und die Entwicklung der bundesdeutschen Gedenkstätten in einem überaus hohen Maße gefördert und bereichert hat. Dafür möchte ich ihm meinen ganz herzlichen Dank aussprechen.

Dr. Gunnar Richter, ehemaliger Leiter und Mitbegründer der Gedenkstätte Breitenau



Berlin 1988



Teilnehmende des
3. Gedenkstättenseminars,
Alte Synagoge Essen,
November 1984.
Foto: Privatarchiv
Gunnar Richter



Empfang bei Bürgermeister
Eberhard Diepgen zu
Beginn des internationalen
5. Gedenkstättenseminars
in Berlin, November 1985,
z.v.l.: Thomas Lutz.
Foto: Susanne Orth

Jene Zeiten waren persönliche Zeiten. Zeiten, in denen man nah beieinander hockte und sich das Persönliche, Bekenntnishafte mit dem Politischen um einen herum zu dem verband, was man als Haltung vor sich her trug und gemeinsam mit den anderen zelebrierte. Thomas Lutz kam 1984 zu Aktion Sühnezeichen, ich weiß nicht mehr, wo ich ihn zuerst gesehen habe, aber ich wusste, da kommt ein Hesse und das empfahl ihn. Dass er zudem aus Laubach stammte, galt damals bei Sühnezeichen und dort besonders im sogenannten Polen-Referat als Empfehlung, war doch die Aktion Sühnezeichen seit längerem mit der Paul-Gerhardt Schule, an der Thomas Lutz sein Abitur gemacht hatte, eng verbunden. Die Schule führte seit 1969 Fahrten nach Polen und in die Gedenkstätte Auschwitz durch, die von Pädagogen wie Dr. Rüdiger Mack, Kurt Senne und Reinhold Wolff begleitet wurden. Auch für diese Fahrten galt das eingangs formulierte: Die Schule und die Familien der Pädagogen waren im weitesten Sinne involviert, es war eine Bewegung, die über die alten Muster einer Klassenfahrt weit hinausging und die Paul-Gerhardt-Schule im kirchlichen Raum deutlich links positionierte. Durch diese Fahrten entstanden zahlreiche Freundschaften innerhalb der Sühnezeichen-Gemeinde und auch nach Polen hinein. Die bedeutendste von ihnen ist wohl die zu Tadeusz Szymański gewesen, der als Kustos in der Gedenkstätte Auschwitz und als ehemaliger Häftling über die Kontakte der Gedenkstätte zu den Gruppen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wachte. Seine Verbindungen nach Laubach waren legendär und ich erinnere mich gut daran, wie sich der ehemalige Häftling mit Rüdiger Mack über dessen Vergangenheit als Hitlerjunge im nationalsozialistischen Deutschland austauschte, oder wie Kurt und Dorothea Senne gemeinsam mit dem Ehepaar Szymański um einen Tisch in der Gedenkstätte saßen und über neue Projekte diskutierten. Es brummte bei diesen Begegnungen und abendlichen Diskussionen in der *świetlica*, dem Gemeinschaftsraum im Gästehaus der Gedenkstätte, wo die Gruppen untergebracht waren: Die Diskussionen waren politisch, teils dogmatisch und doch immer persönlich: Es ging um uns. Und das hat Tadeusz Szymański gefallen: Dass die Leute aus Laubach es ernst meinten.

Und ernst meinte es auch Thomas Lutz, als er sich auf dem Hintergrund dieser Tradition sehr gezielt für eine Stelle als Freiwilliger in der Gedenk-

stätte Auschwitz bewarb. Thomas Lutz hatte klare Vorstellungen über seine Arbeit und er war mit einer gewissen Sturheit gesegnet, die den oberhessischen Menschenschlag zwischen dem Vogelsberg und Laubach auszeichnet. Damals gab es den Begriff »Macher« noch nicht, aber Thomas Lutz war einer: Er wollte nicht bloß diskutieren, er wollte und konnte Dinge organisieren und auf den Weg bringen und das hat er als Freiwilliger in der Gedenkstätte Auschwitz mit viel Elan und persönlicher Glaubwürdigkeit auch getan, bis seine Tätigkeit in Polen durch den plötzlichen Tod seines Vaters, eines Försters, zu einem Ende kam. Seine Mutter brauchte ihn jetzt und so saßen wir in meinem Büro in der Jebensstraße in Berlin und überlegten, wie eine an Berlin gebundene Tätigkeit für ihn aussehen könnte, die ihm regelmäßige Reisen zur Mutter nach Laubach ermöglichte. Auch da war Thomas Lutz mir in seinen Überlegungen weit voraus. Er hatte längst erkannt, dass es dringend einer Vernetzung der bundesdeutschen Gedenkstätteninitiativen bedurfte und man jetzt Erfahrungen, Kompetenz und politische Konflikte im regelmäßigen Austausch zusammenführen musste, um politisch durchzudringen, Gehör zu finden, und neue Initiativen bei ihrer Entstehung und Konflikten im politischen Raum zu beraten. Die Erfolge sind bekannt. Thomas Lutz hat dieses Projekt mit einer unglaublichen Weitsicht und den oberhessischen Beigaben durchgezogen und zu einem Big Player auch im internationalen Kontext werden lassen, wo er später neu entstehende Projekte beraten hat. Und er hatte auch die Coolness, die entstandene Initiative von Sühnezeichen zu einem neuen Träger zu verlagern, als Sühnezeichen ins Trudeln geraten und seine Zukunft ungewiss war. Für all dies hat er mit einem immensen persönlichen Arbeitsaufwand bezahlt, aber viele neue Kontakte und Freundschaften hinzugewonnen. Und dass er seine Ideen und seine Arbeitssituation bei Bedarf zu Hause mit seiner Frau Gabi diskutieren konnte und manch wichtigen Ratschlag erhielt, der dem Oberhessen neue Dimensionen des Humors und der Weitsicht erschloss, hat das Ganze zusätzlich befördert. Ich erinnere mich gut, wie wir am Rande einer Konferenz in Amsterdam zufällig aufeinandertrafen, weil wir uns beide von der etwas langatmigen Debatte entfernt hatten und in einer Kneipe landeten: An einem Zwischenpunkt unserer beider Leben diskutierten wir über das Woher und Wohin, die Jahre, die schnell verfließen waren und die Freunde, die uns schon verlassen hatten. Was würde bleiben in einer Welt, die sich immer schneller zu drehen schien?

Und hinterher ging jeder seiner Wege. Ich habe Käse gekauft: In einem Keller lagerten die Käselaike hochgestapelt, wie die Ringe der Jahre über die wir geredet hatten.

Christoph Heubner ist Schriftsteller und Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees. Von 1978 bis 1995 war er bei der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in verschiedenen Referaten tätig, seit 1980 in der Nachfolge Volker von Törnes Osteuropa-Referent und Mitbegründer der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz.

Im Bauplan der Bundesrepublik Deutschland waren KZ-Gedenkstätten nicht vorgesehen. Weder Politik noch Gesellschaft schienen an einer Beschäftigung mit der NS-Diktatur ein Interesse zu haben. Mit ihrem Wunsch nach Aufklärung und Gedenken blieben die Opfer lange allein. Dies änderte sich erst in den 1980er-Jahren, als in der Zivilgesellschaft immer lauter und letztlich unüberhörbar Forderungen nach historischer Aufarbeitung erhoben wurden. Unter dem Motto »Grabe, wo du stehst« setzte an zahllosen Orten der NS-Verbrechen eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ein, und es entstanden Gedenkstätteninitiativen und später Gedenkstätten. Doch wo konnten die Akteurinnen und Akteure all dieser Projekte zusammenkommen, sich kennenlernen, austauschen und sich gegenseitig stärken? Es brauchte Strukturen und Werkzeuge: Gelegenheiten für reale Begegnungen, für Dokumentation und Diskurs, für Reflexion und Präsenz. Und es brauchte jemanden, der diese gestaltet, an sich verändernde

Bedingungen anpasst, das Internationale und Verbindende vom Beginn an mitdenkt, neue Medien integriert, jemand, der Ratgeber und Stratege, Fachmann und Vordenker, Kollege und Freund zugleich ist. Thomas Lutz ist in diesen Jahren zum Baumeister geworden.

Dr. Dietmar Sedlaczek, Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Gründungsmitglied und Mitglied im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen

KAPITEL II

Vernetzungen

Ein Mentor der Gedenkstättenarbeit. Zum Wirken von Dr. Thomas Lutz

Im Jahr 1984, als Thomas Lutz die Leitung des im Vorjahr begründeten Gedenkstättenreferats bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste übernahm, zeichnete sich ein tiefgreifender Umbruch in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland ab. Allorts riefen couragierte Bürgerinnen und Bürger zivilgesellschaftliche Initiativen ins Leben, die sich für eine sichtbare Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und für ein Gedenken an die Opfer stark machten. Fast vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zunehmend Erinnerungsstätten an Orten der Gewalt geschaffen, Ausstellungen konzipiert und regionale wie biografische Rechercheprojekte – man denke an die innovativen Geschichtswerkstätten – aufgesetzt. Nur: So notwendig wie richtungsweisend die Hinwendung zu einer umfassenden Aufarbeitung war, wurde sie doch maßgeblich von bürgerschaftlichen Bewegungen – und nicht zwingend als gesamtgesellschaftliche und politische Agenda – vorangebracht. Zwar hatte die Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« im Jahr 1979 das öffentliche Bewusstsein für die NS-Verbrechen gestärkt und verdichtete die sich ausweitende Holocaust-Forschung das historiografische Wissen. Die Forderungen nach einem »Schlussstrich« blieben gleichwohl populär und familienbiografische wie regionalgeschichtliche Recherchen wurden weiterhin allzu häufig als Störfaktoren des gesellschaftlichen und staatlichen Friedens verunglimpft. Auch blieb die offizielle Erinnerungspolitik der Bundesrepublik noch hinter dem zivilgesellschaftlichen Engagement zurück. Gewiss stellte Willy Brandt mit seiner Annäherung an Osteuropa und seinem Kniefall von Warschau 1970 die historische Verantwortung Deutschlands für die NS-Gewaltherrschaft so deutlich wie nie heraus. Doch sollte es noch einige Zeit dauern, bis dieses gesamtstaatliche Geschichtsbewusstsein auch in Form von institutionellen Förderstrukturen perpetuiert wurde.

In dieser Schwellenphase der Aufarbeitung war der Aufbau einer überregionalen Koordinierungsstelle zum Informationsaustausch und zur Vernetzung zwischen verschiedenen Gedenkorten und Erinnerungsinitiativen im Land mehr als anspruchsvoll. Dass das hierfür geschaffene Gedenkstättenreferat zunächst und bis 1993 unter dem Dach der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. angesiedelt war, mag das übergeordnete Ziel der neuen Einrichtung bewusstmachen: Nämlich die praktische Stärkung der NS-Auf-

arbeitung und Erinnerungsarbeit in Deutschland gegenüber denjenigen Menschen und Ländern, die während der NS-Zeit verfolgt, eingesperrt und ermordet worden waren. Thomas Lutz hatte den Ansatz einer tatkräftigen Gedenkarbeit bereits durch einen Friedensdienst in der Gedenkstätte Auschwitz verfolgt. Nun setzte er diesen Weg als Leiter des Gedenkstättenreferats mit Hingabe, Kommunikationstalent und Empathie fort.

Binnen kürzester Zeit etablierte Thomas Lutz ein koordinierendes und beratendes Organ, das Informationen zusammenführte und verteilte, die Vernetzung der Gedenkstätten und ihrer Protagonisten förderte und zur ersten Anlaufstelle für erinnerungskulturelle Initiativen wurde. Durch organisierte Tagungen, wie die bundesweiten Gedenkstättenseminare und Fortbildungen, den Ausbau des »GedenkstättenRundbriefs« zu einem veritablen Fachmagazin und schließlich, im Jahr 1999, mit dem Start der Website »Gedenkstättenforum« als digitales Austauschforum setzte ein immenser Professionalisierungsschub ein. Zugleich war auch das Gedenkstättenreferat strukturell gestärkt worden, als es 1993 in die Stiftung Topographie des Terrors überführt wurde. Im gleichen Jahr war auch der erinnerungspolitische Umbruch hin zu einer gesamtstaatlichen Verantwortlichkeit für die Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft entscheidend vorangebracht worden: Fortan sollten auf Grundlage einer »Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland« landesweit bedeutsame Erinnerungsorte durch öffentliche Zuwendungen gefördert werden. Diese Beteiligung gab Einrichtungen langfristige Planungssicherheit und sicherte ihnen zu, Ausstellungsprogramme und Vermittlungsangebote zu etablieren.

Die bürgerschaftlich geprägte und dadurch divers besetzte und dezentral organisierte Gedenkstättenlandschaft festigte sich auch als Folge dieser professionalisierten Rahmenbedingungen. Thomas Lutz wurde in diesen bewegten Zeiten zu einer wichtigen Konstanten der bundesweiten Gedenkstättenarbeit. So etablierte er das Gedenkstättenreferat als Ansprech- und Anlaufstelle für die vielfältigen Erinnerungsorte im Land, die bei ihm stets offene Ohren für Fragen, Herausforderungen und Ideen fanden. In dieser Rolle war es ihm insbesondere wichtig, den kleineren Initiativen Gehör zu verschaffen – und so den »Graswurzelcharakter« der Erinnerungsarbeit zu würdigen. Durch die Geschäftsführung für die AG KZ-Gedenkstätten wurde Thomas Lutz zugleich zum Sprachrohr der Erinnerungsorte und vertrat ihre Interessen insbesondere auch gegenüber der Politik.

Nachdem im Jahr 1998 das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geschaffen worden war und im Folgejahr die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als Förderrahmen für öffentliche Zuwendungen etabliert wurde, gewann das Gedenkstättenreferat erheblich an Bedeutung. Fortan sorgte es – in Person von Thomas Lutz – neben dem weiter intensivierten Informationsaustausch und der Vernetzung zwischen den verschiedenen Gedenkstätten und Erinnerungsorten nunmehr auch dafür, ihnen die Möglichkeiten und Wege staatlicher Zuwendungen aufzu-



zeigen, Hilfestellungen zu leisten und Kontakte zu vermitteln. In gleicher Weise wurde es zu einem unverzichtbaren Ansprechpartner politischer Verantwortungsträger, die auf diese Weise in den strukturierten Austausch mit den erinnerungskulturellen Einrichtungen treten konnten.

Seither entscheidet der oder die BKM über Anträge zur bundesseitigen Förderung erinnerungskultureller Vorhaben und lässt sich dabei von einem Expertengremium beraten. Das Gedenkstättenreferat gehört dabei zu den in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes benannten Institutionen, die eine Vertreterin oder einen Vertreter entsendet. Für die Kulturstatsminister/innen und die zuständigen Abteilungen und Fachreferate war die Besetzung durch Thomas Lutz ein Glücksfall. Seine Expertise wurde von Anfang an hochgeschätzt, auf seine Einschätzungen konnten gewissenhafte Entscheidungen aufbauen. Auch in dieser Rolle blieb er seinen Überzeugungen treu: Eine ausgewogene Verteilung von Fördermitteln setzte voraus, dass insbesondere die kleineren Einrichtungen ausreichend Unterstützung erfahren müssten. Mit dieser Haltung bewies Thomas Lutz eine vorausschauende Klarheit, denn bis heute zeigen Erfahrungen aus der Praxis sowie diverse Studien, dass lokale Initiativen und regionale Aufarbeitung unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen Erinnerungsarbeit sind.

Thomas Lutz ist es gelungen, mit der alljährlichen Gedenkstättenkonferenz und dem bundesweiten Gedenkstättenseminar Formate zu verankern, die maßgeblich zum Austausch und zur Vernetzung der erinnerungskulturellen Arbeit beitragen. Die Netzwerkarbeit und der Informationsaustausch sind für Thomas Lutz und das Gedenkstättenreferat eine Kernaufgabe, für die er innerhalb und außerhalb der Gedenkstättenlandschaft sowie im In- und Ausland viel Anerkennung erfährt.

Podiumsdiskussion bei der 10. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz, Wewelsburg/Paderborn, 22. September 2022, v.l.n.r. Dr. Britta Bopf, Prof. Dr. Detlef Garbe, Dr. Andrea Riedle, Andreas Ehresmann. Foto: Thomas Lutz/Stiftung Topographie des Terrors

Zukunftsweisend war und ist auch das seit 2019 währende Engagement in dem Bundesprogramm »Jugend erinnert« der BKM zur Förderung der Bildungsarbeit im Feld der Aufarbeitung des Nationalsozialismus. In der ersten Förderrunde unter dem Titel »Auseinandersetzung mit dem NS« ging es darum, die historisch-politische Bildungsarbeit auf der Grundlage strukturell und langfristig angelegter Kooperationen der Gedenkstätten zu fördern. Dabei war es das Ziel, eine nachhaltige Wirkung durch »Verzahnung mit anderen Trägern der Bildungs-, Jugend- und Kulturarbeit« sowie die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu erreichen. Im Fokus stand »die Gesellschaft in ihrer Vielfalt [...]« und die innovative Weiterentwicklung von Formaten und Methoden und durch die Verbindung von historischer Wissensvermittlung mit »Fragen nach der Gegenwartsrelevanz« zu fördern und zu stärken. Insgesamt wurden mehr als 30 »Jugend erinnert«-Projekte mit verschiedenen Projektträgern gefördert und durch das Gedenkstättenreferat beraten und begleitet. Zu den Trägern zählten große KZ-Gedenkstätten mit mehreren Dutzend Mitarbeitenden, aber auch kleine, bis vor kurzem ausschließlich ehrenamtlich geführte Erinnerungsinitiativen. Die geförderten Projekte bearbeiteten vielfältige Themen und historische Bezüge und wiesen innovative Bildungskonzepte auf, die neue Zugänge und Wege der Vermittlungsarbeit ermöglichten. Thomas Lutz und seinem Team, die diese Vorhaben mit Engagement unterstützten, gelang es, ein Netzwerk »Jugend erinnert« trotz der schwierigen Corona-Bedingungen aufzubauen, von dem das ganze Programm profitierte. Zur Netzwerkpflge gehörten regelmäßige Jour-Fixe-Termine, Treffen, Fortbildungen und Online-Seminare. Außerdem wurde ein Wiki mit einer Sammlung von Methoden für die analoge und digitale Bildungsarbeit angelegt. Das Netzwerk sorgte dafür, dass Impulse der Projektförderung auch nachhaltig wirken und in die Breite der heterogenen Gedenkstättenlandschaft getragen werden konnten.

Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, das Förderprogramm »Jugend erinnert« zu verstetigen und zu modernisieren. Das Gedenkstättenreferat, das die Erfahrungen und Ergebnisse der ersten Förderrunde gesichert hat, konnte wichtige Hinweise für eine zeitgemäße Neukonzeption der Förderrichtlinien geben. Ziel wird es sein, künftig noch stärker Projekte zu unterstützen, die eine diversifizierte Vermittlungsarbeit für junge Zielgruppen anbieten und insbesondere auf lokaler Ebene Wirkung entfalten. Zugleich soll die Vernetzung in der vielfältigen und dezentralen erinnerungskulturellen Landschaft weiter intensiviert werden. Ein Fokus wird künftig noch stärker auf den transnationalen Dimensionen der Erinnerungskultur liegen, wobei auch hier Thomas Lutz mit seinen zahlreichen internationalen Treffen und Kontakten anknüpfungsfähige Spuren hinterlassen hat. Es ist unverkennbar, wie unmittelbar und kontinuierlich die von Thomas Lutz in den vergangenen Jahrzehnten eingeschlagenen Wege in der künftigen Erinnerungskultur fortwirken werden. Das unter ihm zum Seismografen und Schrittmacher der Gedenkstättenlandschaft avancierte Gedenkstättenreferat ist auf kommende Aufgaben gut vorbereitet. Es wird

auch weiterhin ein Fixpunkt für Einrichtungen und Projekte der NS-Aufarbeitung, aber auch wichtiger Ansprechpartner staatlicher Verantwortungsträger wie der BKM bleiben.

Zum Ende seiner beruflichen Laufbahn im Gedenkstättenreferat und zum Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand bleibt Thomas Lutz von Herzen Dank zu sagen: Für seinen unermüdlichen Einsatz für die kleinen und großen Erinnerungsorte und Aufarbeitungsinitiativen, für seine Zugesandtheit, Verbindlichkeit und Expertise in seiner Rolle als Ansprechpartner, Vermittler und Kommunikator. Und für seine beharrliche Leidenschaft, mit der er die vielfältige Gedenkstättenarbeit im Land geprägt und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus wirkungsvoll gestärkt hat.

Das **Referat K 42** bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unter Leitung von Dr. Britta Bopf ist für den Themenbereich »Aufarbeitung des Nationalsozialismus« zuständig.



Dr. Thomas Lutz beim
60. Bundesweiten Gedenk-
stättenseminar, Bad Urach,
Juni 2014.
Foto: Stiftung Topographie
des Terrors

Von der Freiheit sich einzumischen

Wir wissen von Hannah Arendt, dass eine gemeinsame Welt »überhaupt nur in der Vielfalt ihrer Perspektiven« existiert. Nicht zuletzt als »Motor« der Gedenkstättenseminare, bei einer Vielzahl von weiteren Projekten sowie in unterschiedlichen Schnittstellen zwischen Gedenkstättenarbeit vor Ort und politischen Gremien hat Thomas Lutz seit mittlerweile vier Jahrzehnten genau diesem Spruch Rechnung getragen. Bei der Vielfalt an Gedenk- und Dokumentationsstätten sowie Erinnerungsorten an die NS-Verbrechen ist dies mitunter leichter gesagt als getan. Es ist nicht nur so, dass jede Generation ihren jeweils eigenen Zugang zur Geschichte sucht. Auch geschichtspolitische Interventionen geschehen viel häufiger. Die Freiheit, sich nicht einzumischen, ist aber nur dann eine, wenn man auch die Freiheit hat, sich einzumischen, um es frei, wiederum nach Hannah Arendt, zu formulieren. Beides für die Gedenkstättenarbeit als Resonanzraum für die Auseinandersetzung mit Vergangenheiten zu erarbeiten, ist

und bleibt eines der zentralen Verdienste von Thomas Lutz. Nicht zuletzt dafür gebührt ihm großer Respekt.

Thomas Krüger ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik

Als 1995 der Band »Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven«¹ erschien, verfügte einer der Herausgeber, Thomas Lutz, schon über mehr als zehn Jahre Erfahrung in der Koordination der Gedenkstättenarbeit. Den Begriff »Gedenkstättenpädagogik« aber konnten sich die Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler unter den Herausgebern nur nach einigem Zögern zu eigen machen. Zwar gab es, wie die in diesem Band versammelten Beiträge zeigten, an Gedenkstätten und in Zusammenarbeit mit ihnen vielfältige pädagogische Angebote, die keineswegs auf Gelände- und Ausstellungsführungen beschränkt waren und sich als historisch-politische Bildung verstanden, doch war durchaus umstritten, ob die pädagogischen Bemühungen an diesen Orten als eine eigenständige Subdisziplin der Pädagogik bezeichnet werden konnten, wie es der Begriff nahelegt. Zwanzig Jahre später war nicht nur der Begriff etabliert, sondern Gedenkstättenpädagogik war »ein breit gefächertes und professionalisiertes Feld geworden«. So formulierte es die Wissenschaftsjournalistin Gabriele Kammerer in der Einleitung zum 2015 erschienenen Handbuch »Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen«, zu dessen Herausgeberinnen und Herausgebern Thomas Lutz ebenfalls gehörte.² Zu dieser Entwicklung hat die »Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik«, die sich heute als »Arbeitskreis Gedenkstättenpädagogik« bezeichnet, wesentlich beigetragen. Ihre Entstehung, Arbeitsweise und Schwerpunkte ihrer Aktivitäten sollen im Folgenden skizziert werden.

Im Jahr 2000 fand im Haus der Wannsee-Konferenz eine Tagung statt, die den Bemühungen galt, die Geschichte der NS-Verbrechen Schülerinnen und Schülern, aber auch verschiedensten Gruppen von Erwachsenen an historischen Orten zu vermitteln. Die an der Tagung teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten äußerten das Bedürfnis, einen solchen Austausch regelmäßig durchzuführen und dazu einen Arbeitskreis zu gründen. Daraufhin bot Thomas Lutz an, dieses Vorhaben mit den von ihm



Opladen 1995



Berlin 2015

zweimal jährlich organisierten Gedenkstättenseminaren zu verbinden. Das wurde dankbar aufgegriffen. So entstand eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft (AG), deren Notwendigkeit und Ziele Thomas Lutz wenig später im Gedenkstättenrundbrief dargelegt und im Zusammenhang der Entwicklung der Gedenkstätten und der Erinnerungskultur insgesamt erläutert hat.³ Zu den regelmäßigen Treffen der AG – meist in Berlin, aber auch an anderen Orten – reisten Kolleginnen und Kollegen unter anderem aus Hamburg und München, Weimar und Düsseldorf an. Sie diskutierten aktuelle Entwicklungen in der Gedenkstättenpädagogik und Möglichkeiten, sie fachlich weiterzuentwickeln, ihre Stellung innerhalb der Institutionen zu stärken und ihre vielfältigen Aktivitäten in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dabei erwies sich die gemeinsame Vorbereitung bundesweiter Gedenkstättenseminare, die sich auf Aspekte der pädagogischen Arbeit konzentrieren sollten, als nützliche Fokussierung.

Solche Gedenkstättenseminare fanden in der Folgezeit im Abstand von zwei bis drei Jahren statt und fanden großen Zuspruch bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Gedenkstätten, aber auch aus Schulen, Hochschulen und Geschichtswerkstätten. Zudem boten sie vielen an der Gedenkstättenarbeit Beteiligten und Interessierten Gelegenheiten, ihrer Erfahrungen und Überlegungen der Fachöffentlichkeit vorzustellen, sie zu diskutieren und später zu veröffentlichen.⁴

Die erste dieser Tagungen wurde 2002 in der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte in Weimar als 38. Gedenkstättenseminar veranstaltet. Sie widmete sich einem breiten Spektrum aktueller Themen – von der Menschenrechtsorientierung über Besonderheiten der Erwachsenenbildung und der Arbeit mit Kindern sowie die ethnische und kulturelle Heterogenität der Adressaten bis zur Genderspezifika pädagogischer Angebote. Dabei wurde der Versuch gemacht, den Austausch von Erfahrungen mit konzeptionellen Überlegungen im Hinblick auf in den nächsten zehn Jahren zu erwartende und wünschenswerte Entwicklungen in den Gedenkstätten und ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu verbinden.⁵ Robert Büchler, ein Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, nahm an der Abschlussdiskussion teil. Er äußerte die Ansicht, dass es in Zukunft notwendig sein werde, »zusätzlich zu den spezifischen auch universale Themen und Probleme, die der jungen Generation nahe liegen, in die Bildungsarbeit zu integrieren«. Diese These, mit der – wie er anmerkte – durchaus nicht alle seine Leidensgenossen einverstanden waren, hat heute nichts an Aktualität eingebüßt und wird weiterhin kontrovers diskutiert.⁶ Er hat sie dahingehend konkretisiert, »dass die Gedenkstättenarbeit sich künftig auch mit den Problemen der demokratischen Gesellschaft und mit der Verteidigung ihrer Werte befassen muss. Eben die Werte, wie zum Beispiel Menschenrechte und -würde, Humanität, Toleranz und Frieden, die in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern auf brutalste Art mit Füßen getreten wurden«. ⁷ Zugleich hat Robert Büchler die Wichtigkeit der Zeugnisse Überlebender betont.



Mit beiden Herausforderungen – wie kann Gedenkstättenarbeit in einer menschenrechtlichen Perspektive aussehen und wie kann man Zeitzeugenberichte pädagogisch fruchtbar machen, auch wenn die unmittelbare Begegnung immer seltener möglich ist? – hat sich die Arbeitsgemeinschaft in den folgenden Jahren intensiv auseinandergesetzt, und einige ihrer Mitglieder haben dazu publiziert.⁸

Spätere gedenkstättenpädagogische Seminare hatten eine ähnliche Struktur wie die Veranstaltung in Weimar. Zu Beginn, im Verlauf des Seminars oder nach dessen Abschluss können angereiste Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich mit der jeweiligen Tagungsstätte, in der Regel eine Gedenkstätte oder ein Dokumentationszentrum, vertraut machen. Am Nachmittag und Abend findet eine Einführung in das Thema der Tagung durch Vorträge, Filme und/oder Podiumsgespräche statt. Dazu werden Referentinnen und Referenten eingeladen, die in der Regel nicht selbst in Gedenkstätten arbeiten, sich aber in dem jeweiligen Themenfeld einen Namen gemacht haben. Am zweiten Tag diskutieren Arbeitsgruppen verschiedene Aspekte des Themas. Diese Arbeitsgruppen werden jeweils durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft vorbereitet und von ihnen moderiert. Zur Einführung in das Arbeitsgruppenthema werden oft Vortragende eingeladen, die über spezifische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, sei es durch ihre Arbeit in Gedenkstätten, sei es durch ihre Tätigkeit in anderen Arbeitsfeldern wie Universitäten, Institutionen der Lehrkräfte-Fortbildung, Stiftungen oder Verlagen. Am dritten Tag werden die Erträge der Gruppenarbeit in Form von Podiumsbeiträgen zusammengetragen, bevor eine Abschlussdiskussion ein vorläufiges Resümee zieht und einen Ausblick formuliert und schließlich alle Teilnehmenden Gelegenheit haben, das Seminar zu kommentieren und Vorschläge für die weitere Arbeit zu machen.

Podium beim 38. Gedenkstättenseminar »Orientierung durch Geschichte und Erinnerung? Eine Tagung zur Gedenkstättenpädagogik mit Blick auf das kommende Jahrzehnt«, Weimar, Mai 2002.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors

Die Finanzierung der Seminare war nicht zuletzt durch die Unterstützung seitens der Bundeszentrale für politische Bildung möglich, die Thomas Lutz schon sechs Jahre zuvor für die Gedenkstättenseminare gewonnen hatte. So konnten in der Regel weit über hundert hauptberufliche, aber auch zahlreiche freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ganz Deutschland an den Seminaren teilnehmen.

Nach dem Seminar in Weimar 2002 veröffentlichten die an der AG Beteiligten eine Zusammenstellung von Themen, die sie für aktuell und zukünftig relevant hielten, und luden Kolleginnen und Kollegen ein, in der AG mitzuwirken.⁹ In der Folgezeit hat sie sich in ihrer personellen Zusammensetzung verändert und erweitert, sich aber bemüht, eine Beeinträchtigung ihrer Arbeitsfähigkeit durch eine zu große Zahl von Beteiligten zu vermeiden. Die Veranstaltung der Seminare mit pädagogischer Thematik schloss selbstverständlich nicht aus, dass sich auch in der Folgezeit Vorträge und Arbeitsgruppen bei bundesweiten Gedenkstättenseminaren mit anderen Schwerpunkten pädagogischen Fragen widmeten.¹⁰ Die folgenden Ausführungen beschränken sich aber auf die unter Beteiligung der AG organisierten Veranstaltungen, an denen sich Schwerpunkte ihrer Bemühungen ablesen lassen.

Das 2004 in Worms und der Gedenkstätte KZ Osthofen stattfindende Seminar befasste sich vor allem mit der Frage, inwieweit Kompetenzmodelle, die damals in der Geschichtsdidaktik entwickelt wurden und inzwischen zu einer grundlegenden Umgestaltung der Curricula für den Geschichtsunterricht geführt haben, für die Gedenkstättenarbeit relevant sind. Dazu wurde die Leiterin des Projekts »FUER Geschichtsbewusstsein« Waltraud Schreiber eingeladen, den Eröffnungsvortrag zu halten.¹¹ Jens Michelsen von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der bis zu seinem frühen Tod 2007 Mitglied der AG war, hatte dieses auf die Förderung eines reflektierten und (selbst-)reflexiven Umgangs mit Geschichte gerichtete Projekt begleitet. In der Diskussion wurde deutlich, wie schwierig es ist, dieses nicht auf die Auseinandersetzung mit konkreten historischen Inhalten, sondern auf längerfristige Prozesse des Kompetenzerwerbs orientierte Konzept auf die Gedenkstättenpädagogik anzuwenden, die sich ja in der Regel auf kurze pädagogische Interventionen beschränken muss. Zugleich vermittelte das Seminar die Einsicht, dass es für Gedenkstätten, zu deren wichtigsten Besuchergruppen Schulklassen gehören, unerlässlich ist, sich mit Konzepten der Geschichtsdidaktik vertraut zu machen, die für den schulischen Unterricht maßgeblich sind.

Diese Thematik wurde bei dem 2007 in Weilburg stattfindenden Seminar wieder aufgegriffen. Dort hielt Wolfgang Meseth, Mitverfasser der an der Universität Frankfurt am Main entstandenen Studie »Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts«¹², einen Einführungsvortrag »Pädagogische Kommunikation über Nationalsozialismus und Holocaust in Schulen und an außerschulischen Lernorten«, in dem er die Unterschiede, aber auch die Möglichkeiten des Zusammenwirkens zwischen beiden Institutionen als Orten des Geschichtslernens erörterte.



58. Bundesweites Gedenkstättenseminar »Don't forget and don't repeat« – Der Gegenwartsbezug in der Bildungsarbeit an Gedenkstätten«, Berlin, Juni 2012, Hanna Liever (geb. Huhtasaari) und Dr. Wolf Kaiser.
Foto: Jürgen Kramer/ Stiftung Topographie des Terrors

Aus demselben Forschungszusammenhang ging später die Dissertation von Verena Haug »Am ›authentischen‹ Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik«¹³ hervor, die auch auf empirischen Untersuchungen zur Pädagogik in verschiedenen Gedenkstätten basiert. Zur Einführung in das Gedenkstättenseminar trug zudem die Vorstellung einer auf Interviews mit Lehrenden und Lernenden an bayrischen Schulen basierenden sozialpsychologischen Studie durch Daphne Cisneros und Angela Kühner von der Ludwig-Maximilian-Universität München bei.¹⁴ Außerdem stellte Alfons Kenkmann von der Universität Leipzig didaktische und methodische Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte der NS-Verbrechen in Schulen und Gedenkstätten vor.¹⁵ In Arbeitsgruppen wurden dann verschiedene Aspekte des Themas aus der Perspektive der Erfahrungen von Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern diskutiert, unter anderem die Bedeutung von Lehrplänen und Bildungsstandards für die Gedenkstättenarbeit, Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Zur Diskussion um die Bildungsstandards veröffentlichte die AG aus gedenkstättenpädagogischer Sicht eine Stellungnahme zur curricularen Neuorientierung des Geschichtsunterrichts, die die Kompetenzorientierung grundsätzlich begrüßte und die vom Verband der Geschichtslehrer Deutschlands vorgelegte Vorstellungen wegen ihrer Betonung des Faktenlernens kritisierte.¹⁶

Das 52. Gedenkstättenseminar 2009 in Bergen-Belsen und Celle konzentrierte sich auf die Verwendung von Überlebendenberichten in Ausstellungen und in der Bildungsarbeit von Gedenkstätten, stellte aber auch durch einen Vortrag des Medienexperten Wulf Kansteiner von der State University of New York at Binghamton einen Bezug zur Nutzung von Zeitzeugeninterviews in den Medien her, die das Vorverständnis von Gedenkstättenbesuchern prägen.¹⁷

Drei Jahre später thematisierte das 58. Gedenkstättenseminar in Berlin, an dem auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland aktiv beteiligt waren, den Gegenwartsbezug in der Bildungsarbeit an Gedenkstätten. Damit wurden Fragestellungen des Seminars in Weimar im Jahr 2002 hinsichtlich der Positionierung gegenüber verwandten pädagogischen Bemühungen wie der Menschenrechtsbildung und der antirassistischen Erziehung wieder aufgegriffen. Zugleich reagierte das Seminar auf eine aktuelle Kontroverse, die im Jahr zuvor durch einen Beitrag von Harald Welzer ausgelöst worden war, der für eine »Modernisierung der Erinnerungs- und Gedenkkultur« im Sinne ihrer Umgestaltung zu »bürgergesellschaftlichen Lernorten neuen Typs« plädierte, deren »Erlebnisharakter« mittels der durch sozialpsychologische Experimente inspirierten »Wahl spielerischer, experimenteller und aktivierender Formen der Vermittlung und Aneignung« hergestellt werden sollte.¹⁸

In den folgenden Jahren wandten sich die Diskussionen der AG der Konzeption des eingangs erwähnten Handbuchs zu. Ausgangspunkt war die Einschätzung, dass die Gedenkstättenpädagogik nach wie vor in der Öffentlichkeit und Politik, zum Teil auch in der Wissenschaft nicht in der Vielgestaltigkeit und Selbstreflektiertheit wahrgenommen wurde, die sich an den historischen Orten inzwischen entwickelt hatten. Die Präsentation der in diesem Handbuch vertretenen Positionen und der dort beschriebenen Aspekte der Tätigkeit von Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen – vom Gedenken als pädagogische Aufgabe bis zum Umgang mit legitimen und problematischen Vergleichen zwischen den NS-Verbrechen und anderen Menschenrechtsverletzungen –, aber auch ein (selbst-)kritischer Blick auf die Entwicklung der vorhergehenden Jahrzehnte bildeten den Schwerpunkt des 61. Gedenkstättenseminars, das 2015 unter dem Titel »70 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager – Was können die Gedenkstätten leisten?« in Dachau veranstaltet wurde.

Das letzte von der AG Gedenkstättenpädagogik veranstaltete bundesweite Seminar vor der Corona-Krise fand 2018 in Düsseldorf statt und befasste sich mit Jugendlichen als Zielgruppe gedenkstättenpädagogischer Arbeit. Dabei wurden die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso reflektiert wie Erfahrungen vor Ort, zum Beispiel mit Reaktionen bei Ausstellungsführungen, mit Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Inklusion bei der Arbeit mit Jugendlichen und mit historischem Lernen bei internationalen Jugendbegegnungen.¹⁹

Das letzte physische Zusammentreffen der AG-Mitglieder vor der Pandemie fand 2020 in Neuengamme just in der Woche statt, in der die Gedenkstätten und Dokumentationszentren pandemiebedingt geschlossen wurden. Die zu dieser Zeit eingehend diskutierte Frage, wie man bei der Aus- und Fortbildung von festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten zusammenarbeiten und diese womöglich institutionalisieren könnte, trat nun vorläufig in den Hintergrund. In der Folge berieten die AG-Mitglieder bei virtuellen Treffen, wie online-Formate (weiter) zu entwickeln



waren und wie angesichts der Schließungen die Arbeit – auch der »Freien« – organisiert werden könnte, aber auch, welchen Beitrag Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen zur Bekämpfung der sich in der Pandemie verbreitenden Verschwörungsmymen leisten könnten.

Fotos vom 66. Gedenkstättenseminar 2022 in Vogelsang und Bonn zeigen dann maskenbewehrte Mitglieder der AG, die allerdings nicht unter den Veranstaltern genannt ist, obwohl das Thema ein pädagogisches war: »Diversität–Partizipation–Inklusion, Selbstverständnis und Praxis in Gedenkstätten und Dokumentationszentren«. Dazu hat Gottfried Kößler einen kritischen, Desiderate deutlich bezeichnenden Kommentar veröffentlicht.²⁰ Die AG-Mitglieder befassen sich weiter mit aktuellen Themen, nicht zuletzt mit der Frage, wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Arbeit in den Gedenkstätten auswirkt. Ein Treffen zu diesem Thema fand nicht zufällig im Museum Berlin-Karlshorst statt, das früher Deutsch-Russisches Museum hieß.

Derzeit wird ein weiteres bundesweites Gedenkstättenseminar vorbereitet, das von der AG (mit)veranstaltet wird. Es soll 2024 im Haus der Wannsee-Konferenz stattfinden. Die Kontinuität der Arbeit nach der Verabschiedung von Thomas Lutz in den Ruhestand, die sicherlich einen tiefen Einschnitt bedeutet, soll durch das inzwischen etablierte Troika-Modell sichergestellt werden, das vorsieht, dass jeweils eine Person für ein Jahr die Leitung und Koordination übernimmt und dabei von ihrer Vorgängerin/ihrem Vorgänger und der designierten Nachfolgerin/dem Nachfolger unterstützt wird.

Überblickt man die Schwerpunkte der Diskussionen in der AG, in den Publikationen der Beteiligten und bei den gedenkstättenpädagogischen Seminaren, so zeigt sich, dass sie die wechselnden Themen pädagogischer und erinnerungskultureller Diskurse aufgegriffen und sie im Hinblick auf die eigene Praxis analysiert, bewertet und produktiv genutzt haben.

64. Bundesweites Gedenkstättenseminar »Jugendliche in Gedenkstätten«, mitveranstaltet durch die AG Gedenkstättenpädagogik, Düsseldorf, Juni 2018, v.l.n.r. Dr. Thomas Lutz, Dr. Christa Schikorra, Oberbürgermeister Thomas Geisel, Hildegard Jakobs. Foto: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Zugleich kann man eine Kontinuität im Bemühen um Bildungsangebote und Arbeitsformen feststellen, die den jeweiligen Orten und den Bedürfnissen ihrer Besucherinnen und Besucher entsprechen. Gelegentlich kamen dabei auch Angebote für die an vielen Gedenkstätten sehr zahlreichen Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland in den Blick, ein Aufgabenfeld, das in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit verdient.

Dr. Wolf Kaiser war bis 2015 Leiter der Bildungsabteilung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik. Publikationen zur Gedenkstättenpädagogik und NS-Geschichte, zuletzt die Anthologie *Der papierene Freund. Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher*, Berlin: Metropol, 2022.

- 1 Annegret Ehmann, Wolf Kaiser, Thomas Lutz, Hanns-Fred Rathenow, Cornelia vom Stein, Norbert H. Weber (Hrsg.), *Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven*, Opladen 1995.
- 2 Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Kößler, Thomas Lutz, Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik (Hrsg.), *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, Berlin 2015, Zitat S. 15.
- 3 Thomas Lutz, Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenpädagogik gegründet, in: *GedenkstättenRundbrief 99 (2/2001)*, S. 30–32. Dieser und die im Folgenden genannten Beiträge im *GedenkstättenRundbrief* sind auch im Internet abrufbar: www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief. Programme von Gedenkstättenseminaren sind nur in der Printausgabe zu finden.
- 4 So veröffentlichten zum Beispiel Leonie Wagner und Pia Frohwein den Aufsatz *Geschlechterspezifische Aspekte Gedenkstättenpädagogik im GedenkstättenRundbrief 120 (8/2004)*, S. 14–21, nachdem sie bei den Gedenkstättenseminaren 2002 in Weimar und 2004 in Worms Arbeitsgruppen zu diesem Thema geleitet hatten.
- 5 Daniel Gaede, *Orientierung durch Geschichte und Erinnerung? Zukunftsaufgaben und Zielsetzungen der Gedenkstättenpädagogik*, in: *GedenkstättenRundbrief 105 (2/2002)*, S. 27f.
- 6 Vgl. unter anderem Saul Friedländer, Norbert Frei, Sybille Steinbacher, Dan Diner, *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust*, München 2022.
- 7 Robert Büchler, Wolf Kaiser, Peter Krahulec, *Orientierung durch Geschichte und Erinnerung. Überlegungen zum bundesweiten Gedenkstättenseminar im Mai 2002 in Weimar*, in: *GedenkstättenRundbrief 108 (2002)*, S. 5–11, Zitate S. 5.
- 8 Vgl. zum Beispiel Thomas Lutz/Wolf Kaiser, *Menschenrechtsbildung und Gedenkstättenpädagogik – Modethema oder Zukunft der historischen Bildung über die NS-Zeit? Anmerkungen zu den aktuellen Diskursen*, in: *Politisches Lernen 30 (2012) 3/4*. – S. 5–13, sowie Wolf Kaiser, *Zeitzeugenberichte in der Geschichtspädagogik*, in: *GedenkstättenRundbrief 152 (2009)*, S. 11–15.
- 9 Regina Gabriel, Daniel Gaede u.a., *Informationen zur Weiterarbeit der AG Gedenkstättenpädagogik*, in: *GedenkstättenRundbrief 110 (2002)*, S. 31–33.
- 10 So zum Beispiel beim 46. Seminar zur Darstellung von Täterinnen und Tätern in Gedenkstätten für NS-Opfer im Oktober 2006 (Programm im *GedenkstättenRundbrief 131 (2006)*, S. 23f.) und beim 57. Gedenkstättenseminar im Oktober 2011 in Georgsmarienhütte mit dem Titel »Den Besucher im Blick. Bildungsarbeit mit Erwachsenen in Gedenkstätten«. Auch die ebenfalls von Thomas Lutz initiierten und organisierten Gedenkstättenkonferenzen sind hier zu nennen, insbesondere

- die 6. Gedenkstättenkonferenz in Halle an der Saale, die 2017 unter dem Titel »Bildungsarbeit in Gedenkstätten – Herausforderungen, Chancen und Spannungsfelder« stattfand; dort gehaltene Vorträge sind im GedenkstättenRundbrief 189 (2018) nachzulesen.
- 11 Waltraud Schreiber, Geschichtsdidaktik und Gedenkstättenpädagogik, in: GedenkstättenRundbrief 122 (2004), S. 25–34.
 - 12 Wolfgang Meseth, Matthias. Proske, Frank-Olaf Radtke, Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt am Main 2004.
 - 13 Verena Haug, Am ›authentischen‹ Ort. Paradoxien der Gedenkstättenpädagogik, Berlin 2015.
 - 14 Das 1. Themenheft 2008 der Zeitschrift der bayrischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Einsichten und Perspektiven stellt die Studie in zahlreichen Beiträgen vor, darunter Phil. C. Langer: Fünf Thesen zum schulischen Besuch von KZ-Gedenkstätten (S. 66–75) und Angela Kühner, Phil C. Langer, Robert Sigel: Ausgewählte Studienergebnisse im Überblick (S. 76–82).
 - 15 Alfons Kenkmann, Gedanken zum didaktischen und methodischen Umgang mit der Geschichte der NS-Verbrechen in Schulen und Gedenkstätten, in: GedenkstättenRundbrief 141 (2008), S. 3–11
 - 16 Stellungnahme der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik, Gedenkstättenpädagogik und Bildungsstandards, in: GedenkstättenRundbrief 141 (2008), S. 12.
 - 17 Wulf Kansteiner hat sich in zahlreichen Beiträgen mit der medialen Darstellung der NS-Geschichte befasst, jüngst in seinem Beitrag Ästhetisierung von Gewalt zum Zwecke der Aufklärung. Die NS-Gedenkstätten im medialen Erinnerungsgeflecht des 20. und 21. Jahrhunderts, in: Volkhard Knigge (Hrsg.), Jenseits der Erinnerung – Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft, Göttingen 2022, S. 324–339.
 - 18 Harald Welzer, Für eine Modernisierung der Erinnerungs- und Gedenkkultur, in: GedenkstättenRundbrief 162 (2011), S. 3–9, Zitate S. 3 u. 8f. Dazu kritisch: Habbo Knoch, Mehr Wissen und mehr Recht: Koordinaten einer zukünftigen Erinnerungskultur. Eine Replik auf Harald Welzer, in: GedenkstättenRundbrief 163 (2011), S. 3–11, sowie Ulrike Schrader, Norbert Reichling, Modernisierung oder »Neuformatierung«? Was Gedenkstätten für ihre reflexive Weiterentwicklung (nicht) brauchen, in: GedenkstättenRundbrief 162 (2011), S. 3–8.
 - 19 Ich danke Christa Schikorra und Matthias Hass für Informationen über die Tätigkeit der AG nach 2018, an der ich nicht mehr teilgenommen habe.
 - 20 Diversität, Partizipation, Inklusion – und Homogenisierung. Kommentar zum 66. bundesweiten Gedenkstättenseminar in Vogelsang IP und Bonn, in: GedenkstättenRundbrief 207 (2022), S. 26–30; in der Printausgabe auch die erwähnten Fotos.

Thomas Lutz und die Anfänge der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB)

Die AGGB gründete sich 1998, um die Bibliotheken in den Gedenkstätten und Dokumentationszentren zu vernetzen. Sehr schnell kam die Idee auf, neben einem jährlichen AGGB-Treffen im Frühjahr ein weiteres Treffen innerhalb der Herbst-Gedenkstättenseminare anzubieten. Dies erschien sinnvoll, da einige Bibliotheken bereits eng in die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit ihrer Einrichtungen eingebunden waren, während andere noch über eine Zusammenarbeit nachdachten. Thomas Lutz förderte dieses Vorgehen mit großem Elan und so entstand ein Raum, in dem spartenübergreifend gearbeitet wurde und die noch etwas schüchtern agierenden Bibliotheken zu Wort kamen, um auf sich und ihre gute Arbeit aufmerksam zu machen. Diese Gedenkstättenseminare in Verbindung mit unseren Bibliothekstreffen sind mir noch in lebhafter Erinnerung und hatten eine große Bedeutung für mich! Die damals geknüpften Kontakte sind bis heute stabil und tragen immer noch dazu bei, meine Arbeit besser erledigen zu können.

Und das Schöne daran ist, dass sich diese Beziehungen nicht nur auf die Arbeits-, sondern auch auf die menschliche Ebene auswirken. Das ist Thomas' großes Verdienst: auf den wunderbar organisierten Gedenkstättenseminaren einen fachlich-beruflichen Austausch zu ermöglichen, Weiterbildung zu bieten und darüber hinaus auch das Persönliche nicht zu vergessen, bis spät abends gemeinsam Zeit zu verbringen und sich auch außerhalb des Arbeitskontextes kennenzulernen.

Irmela Roschmann, Leiterin der Bibliothek im Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin

Die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in Deutschland

Am 20. Mai 1996 trafen sich die Leiterinnen und Leiter größerer KZ-Gedenkstätten in Deutschland und der Leiter des Gedenkstättenreferats der Topographie des Terrors, Thomas Lutz, in Berlin, um die Gründung eines festen Arbeitskreises der Gedenkstätten-Leitungen vorzubereiten. Wie Detlef Garbe als damaliger Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Protokoll festhielt, wurde konkret über ein gemeinsames Kooperationsvorhaben gesprochen: Die bundesdeutschen Gedenkstätten wollten ein Totenbuch-Projekt, gegebenenfalls in Kooperation mit dem ITS Arolsen (heute Arolsen Archives) beginnen. In einzelnen der beteiligten Gedenkstätten gab es dazu bereits umfangreiche Vorarbeiten, die nun gebündelt werden sollten. Auf der zweiten Sitzung des entstehenden Arbeitskreises im Oktober 1996 in Wolfenbüttel wurde dann bereits neben dem angedachten gemeinsamen Projekt eine gemeinsam getragene Forderung diskutiert, nämlich, die für die großen Mahn- und Gedenkstätten »mit nationaler Bedeutung« in den neuen Bundesländern seit 1993 aufgesetzte Bundesförderung auf weitere große KZ-Gedenkstätten »als das Erbe des ganzen Landes« auszudehnen.¹

Bereits hier zeichneten sich zwei bleibende Kernanliegen des Kreises ab: Zum einen bildete die spezifische Geschichte der Konzentrationslager im Nationalsozialismus den Dreh- und Angelpunkt, um über inhaltliche Gemeinsamkeiten und Interessen nachzudenken. Zweitens verstand sich der Kreis von Beginn an als Interessenvertretung aller großen KZ-Gedenkstätten in Deutschland, die zu diesem Zeitpunkt allerdings sehr unterschiedlich ausgestattet und finanziert waren. Während sich die großen ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen nach der Wiedervereinigung in einem Transformationsprozess befanden, aber zugleich über eine seit langem ausgebaute personelle Infrastruktur verfügten, waren die in Westdeutschland gelegenen Gedenkstätten personell und finanziell deutlich schlechter gestellt.

Im Kontext der Wiedervereinigung hatte sich der Blick konkret und in erster Linie auf die ehemalige DDR gerichtet, deren Geschichtsbild und Erinnerungskultur auf den Prüfstand gestellt wurde. So empfahl die Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (1992–1994), unter anderem auch Gedenkstätten in Bautzen und Torgau in die institutionelle Bundesförderung aufzunehmen. Obwohl

beide Orte auch eine Vergangenheit als NS-Unrechtsstätten hatten, stand die Erinnerung an das dort praktizierte SED-Unrecht im Zentrum dieser Überlegungen. Bezogen auf die Weiterentwicklung der Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück sollte, so die Empfehlungen der Enquete-Kommission, die Nachnutzung der Konzentrationslager in der Zeit der sowjetischen Besatzung und in der DDR stärker berücksichtigt werden.²

Anfang März 1997 konstituierte sich die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten bei einem weiteren Treffen in Weimar. Beteiligte Institutionen und ihre Vertretungen waren damals: KZ-Gedenkstätte Dachau (Barbara Distel), Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Sigrid Jacobeit), KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Detlef Garbe), Gedenkstätte Sachsenhausen (Günter Morsch), Gedenkstätte Buchenwald (Volkhard Knigge), Gedenkstätte Bergen-Belsen (Thomas Rahe), Gedenkstätte Mittelbau-Dora (Cornelia Klose). Thomas Lutz übernahm als Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors von Beginn an die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft. Ein bei diesem Treffen angesetztes Gespräch mit Siegfried Vergin, dem damaligen Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag für Rechtsextremismus und Gedenkstätten, verdeutlichte den Kontext der Gründung: Im Rahmen der zweiten Enquete-Kommission wurden erstmals Stimmen laut, die eine übergreifende Gedenkstättenkonzeption des Bundes forderten. In diesem Zusammenhang wurden die zuständigen Länderministerien mit der Bitte um Benennung der aus ihrer Sicht aufgrund ihrer nationalen Bedeutung für eine Bundesförderung möglicherweise in Betracht kommenden Gedenkstätten angeschrieben. Vergin regte, wie das Protokoll vermerkt, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft an, um auf diese Weise dem Bund als Gesprächspartner gegenüber treten zu können. Es wurde beschlossen, einen informellen (nicht institutionellen) Zusammenschluss zu gründen, der auch gemeinsame Projekte anstoßen wollte. Aufgenommen wurden die großen KZ-Gedenkstätten in Landesträgerschaft, die jeweiligen Leiter bzw. Leiterinnen sollten Mitglieder werden.³

Zu dieser Zeit wurden bereits drei weitere Gedenkstätten in der neuen Bundeshauptstadt Berlin, die sich der Aufarbeitung der NS-Verbrechen widmeten, bundesseitig unterstützt (ab 1999 durch den Hauptstadtkulturfonds unterlegt): die Stiftung Topographie des Terrors, die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Doch stand eine Mitgliedschaft der letztgenannten beiden Einrichtungen in der neuen Arbeitsgemeinschaft nicht zur Debatte, was zeigt, dass sich das Netzwerk im Wesentlichen durch inhaltliche Gemeinsamkeiten als KZ-Gedenkstätten zusammengefunden hatte. Das wird auch deutlich bei der Lektüre des 1997 verabschiedeten Papiers der neuen Arbeitsgemeinschaft »KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland. Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil«.⁴

Es gelang der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in Deutschland, ihre Anliegen in die Empfehlungen der zweiten Enquete-Kommission »Über-



windung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« (1995–1998) einzubringen. Hierzu zählte nicht allein, aber auch die Empfehlung zur Einbeziehung der größeren westdeutschen Gedenkstätten in die Bundesförderung. So wurde auf der 44. Sitzung der Kommission am 10. November 1997 von Reinhard Rürup herausgestellt, dass es keinen Grund gebe, weshalb sich das Engagement des Bundes nur auf Einrichtungen in den neuen Bundesländern erstrecken sollte.⁵

Der Kreis konnte ebenso erfolgreich auf die Bundesgedenkstättenkonzeption Einfluss nehmen, die 1999 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Dafür meldete sich die Arbeitsgemeinschaft im Oktober 1998 nach ihrem 7. Arbeitstreffen, das in der KZ-Gedenkstätte Dachau stattfand, erneut öffentlich zu Wort.⁶ Zwar gelang es nicht, eine vergleichbare Förder-einrichtung wie die Stiftung Aufarbeitung des SED Unrechts für die Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen durchzusetzen. Aber durch das Instrument öffentlicher Erklärungen und Pressemitteilungen konnte die Gedenkstättenkonzeption inhaltlich mitgeprägt werden. 1999 erfolgte als sichtbarer Erfolg der Bemühungen, unter anderem auch von Beteiligten aus diesem Kreis, die Aufnahme der westdeutschen KZ-Gedenkstätten Bergen Belsen, Dachau und Neuengamme sowie von Mittelbau-Dora in die Bundesförderung.⁷ 2001 folgte die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg,⁸ die mit ihrem Leiter Jörg Skriebeleit kurz zuvor ebenfalls Teil der Arbeitsgemeinschaft geworden war. Während die Leitungen der beteiligten Gedenkstätten sich zwischenzeitlich veränderten, blieb der Kreis der beteiligten Institutionen bis heute gleich. Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland koordiniert seither gemeinsame Anliegen und Aktivitäten

20. Treffen der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten, Bergen-Belsen, Besichtigung des Bauvorhabens Ausstellungsgebäude, 20. Juni 2006.

Foto: Detlef Garbe

der acht, gemeinsam vom jeweiligen Sitzland und dem Bund geförderten Gedenkstätten (Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen), die derzeit in fünf Stiftungen organisiert sind.

In der 1999 verabschiedeten Bundesgedenkstättenkonzeption war auch ein Gremium offiziell etabliert worden, das bei Projekten zur Gedenkstättenförderung beraten sollte. In der überarbeiteten Bundesgedenkstättenkonzeption von 2008, die wiederum von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft stark beeinflusst wurde, erfolgte erstmals eine Festlegung bezüglich der Zusammensetzung des 15-köpfigen Gremiums: 15 Institutionen beziehungsweise Arbeitszusammenhänge konnten je eine Vertretung entsenden.⁹ Vertreter für die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland war bis zu seinem Ausscheiden als Direktor der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora 2018 Volkhard Knigge. Als einer der wichtigsten Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland war er von März 1997 bis Oktober 2011 auch deren gewählter erster Sprecher. Ein weiteres Mandat nimmt Thomas Lutz als Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors wahr. Detlef Garbe ist als von den Bundesländern durch Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz entsandter Vertreter seit 2008 Mitglied im Beratungsgremium zur Gedenkstättenförderung. Die drei genannten Personen, alle in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten aktiv, prägten die Entwicklung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen auch in diesem Gremium in erheblicher Weise mit.

Mit dem Ausscheiden von Volkhard Knigge aus der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland wurde auch der von ihm bislang eingenommene Platz im Beratungsgremium des Bundes frei. Jörg Skriebeleit, der von 2011 bis 2016 als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft fungiert hatte, wurde 2018 von der Arbeitsgemeinschaft in das Bundes-Beratungsgremium entsandt und vertritt seither dort deren Interessen. Weiterhin vertreten ist bis Mitte 2023 Thomas Lutz, und Detlef Garbe übt sein Amt als Vertreter der Länder weiterhin aus. Nach dem Beschluss der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2016, künftig die Sprecherposition nur noch für kürzere Zeit zu vergeben, fungierten Detlef Garbe (2017–2019) und Jens-Christian Wagner (2020–2021) als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft.

Das Kooperationsnetzwerk trifft sich etwa zwei Mal im Jahr an unterschiedlichen Orten und seit der Corona-Pandemie auch digital, führt gemeinsame Projekte durch und fördert zudem den Austausch in Arbeitsgruppen in den Bereichen Gedenkstättenarchive, -bibliotheken und -pädagogik. Viele der von ihr vertretenen Gedenkstätten arbeiten zudem in den bundesweit organisierten Arbeitsgruppen von Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager, an Orten ehemaliger Justizhaftstätten und Orten der Zwangsarbeit mit. Mit zahlreichen Initiativen und Kontakten im politischen Raum beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft an der Ausgestaltung der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft, wobei sie sich nicht



nur als Lobbyistin in eigener Sache versteht, sondern auch die Interessen der für die dezentrale Struktur konstitutiven kleineren Einrichtungen und Initiativen zu berücksichtigen versucht.¹⁰ In diesem Sinne unterstützte sie die 2021 erfolgte Gründung des Verbandes der Gedenkstätten in Deutschland, der mehr als 300 Erinnerungsorte vertritt, die keine institutionelle Förderung durch den Bund erhalten.¹¹ Gemeinsam traten der Gedenkstättenverband und die Arbeitsgemeinschaft in einem Positionspapier zur Bundestagswahl dafür ein, dass die Gedenkstätten zur Erinnerung an das NS-Unrecht finanziell gestärkt werden müssten.¹² Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen, ausgelöst durch die Corona-Pandemie und verstärkt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, ist die im aktuell geltenden Koalitionsvertrag versprochene auskömmliche Finanzierung der Gedenkstätten in Deutschland keineswegs gesichert.¹³ In diesem Sinne hat die Arbeitsgemeinschaft 2022 in ihrer bisher letzten Stellungnahme eine bessere institutionelle Absicherung auch der bundesseitig mitgeförderten Gedenkstätten angemahnt und daran erinnert, dass im Unterschied zu den Gedenkstätten zum DDR-Unrecht, die Anträge zu Forschungsprojekten bei der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur beantragen können, eine solche Förderlinie für die NS-Gedenkstätten trotz dringenden Bedarfs weiterhin nicht existiert.¹⁴

Die Arbeitsgemeinschaft hat in den 20 Jahren ihres Bestehens insbesondere aber auch zu geschichtspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen Stellung bezogen. Im Zentrum standen dabei Stellungnahmen zur gesellschaftlichen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheiten, aber auch zu den politischen Folgen aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen.

Podiumsdiskussion bei der 9. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Stuttgart, 15. September 2021.
Foto: Detlef Garbe

So wurden beispielsweise zum Aufstieg der AfD und zum Anstieg antisemitischer wie rassistischer Haltungen Stellungnahmen formuliert und eine gemeinsame Position zum russischen Angriffskrieg abgestimmt. Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gedenkstätten und weitere Einrichtungen solidarisierten sich mit der 2022 verbotenen NGO Memorial in Russland und ermöglichten es einigen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mithilfe eines Finanzierungsprogramms der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien in den KZ-Gedenkstätten zu forschen. Zugleich beteiligte sich die Mehrheit der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gedenkstätten an einem größeren Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine und an der Aufnahme ukrainischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wegen des russischen Angriffskrieges die Ukraine verlassen mussten.

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland gab im Verlaufe ihres 26-jährigen Bestehens 28 gemeinsame öffentliche Stellungnahmen ab, und etablierte sich damit als wichtige erinnerungskulturelle Akteurin. Darüber hinaus haben sich Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durchaus im Sinne der gemeinsamen Anliegen in der Öffentlichkeit zu Fragen der geschichtspolitischen Entwicklung und der zentralen Rolle von Gedenkstätten zur Erinnerung an das NS-Unrecht beispielsweise beim Kampf gegen Rechtspopulismus und bei der Förderung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins in der pluralen Demokratie zu Wort gemeldet.¹⁵

Ein weiteres Anliegen der Arbeitsgemeinschaft ist die Koordination gemeinsamer Inhalte und die Abstimmung von Vorhaben. Ein großes gemeinsames Projekt wurde im März 2001 beschlossen. Der Gesamtbestand der Häftlingskarten des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS sollte digital erschlossen werden. Das Projekt begann aufgrund fehlender Finanzierung erst 2003 und lief bis 2009, wobei das Bundesarchiv und zuletzt auch der ITS Arolsen als wichtige Kooperationspartner hinzukamen. Die gemeinsame Auswertung der Akten des WVHA wurde ermöglicht durch eine auch finanzielle Beteiligung aller beteiligten KZ-Gedenkstätten und lief in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten im Ausland. Am Ende der Projektlaufzeit konnten immerhin 83,1% der Karteikarten mit einem Namen identifiziert werden. Die knapp 149 000 Scans der Häftlingskarten sowie die aktuelle Version der korrespondierenden Datenbank stehen in allen beteiligten Institutionen zur Verfügung.¹⁶

2014 begann die Arbeitsgemeinschaft dann mit der Planung der Reihe »Konzentrationslager: Studien zur Geschichte des NS-Terrors« in eigener Herausgeberschaft. Sie sollte die publizistische Nachfolge der »Dachauer Hefte« antreten, deren Erscheinen nach insgesamt 25 Ausgaben 2009 eingestellt worden war. Es erschienen in der neuen Reihe 2015 und 2016 zwei Themenhefte.¹⁷ Aufgrund mangelnder zeitlicher Ressourcen beschloss die Arbeitsgemeinschaft, diese Reihe wieder aufzugeben. Sie beteiligte sich nun an der Neukonzeption der von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebenen Reihe »Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen



Verfolgung in Norddeutschland«, welche bis 2020 bei der Edition Temmen erschien. Seit 2021 erscheint nunmehr im Wallstein-Verlag als Nachfolgeprojekt die von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland herausgegebene Reihe »Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung«. Das Gemeinschaftsprojekt hat bisher drei Hefte hervorgebracht,¹⁸ weitere sind in Planung. Die redaktionelle Arbeit wird von einer etwa zehnköpfigen Redaktionsgruppe und einer Redaktionsassistentin begleitet.

Weiterhin beteiligt sich die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland durch ihren jeweiligen Sprecher an der inhaltlichen Planung der seit 2012 etablierten jährlichen Gedenkstättenkonferenz. Das wesentlich von Thomas Lutz ins Leben gerufene Format bringt seither Leitungen und zentrale Arbeitsgruppen von Gedenkstätten, die an NS-Unrecht erinnern, zusammen. Beteiligt sind dabei neben den bundesmitfinanzierten Gedenkstätten auch kleinere und mittelgroße Gedenkstätten in alleiniger Trägerschaft der Länder und Kommunen sowie Gedenkstätten in Trägerschaft der Landeszentralen für politische Bildung und Gedenkstätten in anderen Trägerschaften (Vereine, Stiftungen etc.). Die Gedenkstättenkonferenz vereint Delegierte, die den 2020 gegründeten Gedenkstättenverband, die in der Gedenkstättenarbeit engagierten Landeszentralen für politische Bildung und die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Sie dient der Debatte um die zukünftige Entwicklung von Erinnerungsorten vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen. Thomas Lutz wollte mit diesem neuen Format alle wichtigen Player im Gedenkstättenbereich, insbesondere der jeweiligen Leitungsebene, vernetzen und den Informationsaustausch zwischen den Gedenkstätten und den überregionalen Arbeitskreisen verbessern.¹⁹

55. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten, Screenshot, 17. Januar 2022.
Foto: Detlef Garbe

Die seit 1983 vom Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors anfangs in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit den 1990er-Jahren mit der Bundeszentrale für politische Bildung und einer jeweils wechselnden Gedenkstätte ausgerichteten Gedenkstättenseminare richten sich dagegen an eine interessierte Öffentlichkeit und dienen der Vertiefung für die Gedenkstättenarbeit überregional bedeutsamer Themen. Am 27. Juni 2023 wird Thomas Lutz das letzte Mal ein Gedenkstättenseminar eröffnen, dieses Mal an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg zum Thema »Persönliche Perspektiven in der Gedenkstättenarbeit – Tradierungen in der Nachkommenschaft von Verfolgten und familiengeschichtliche Zugänge zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg«. Die letzte von ihm aktiv mitvorbereitete Gedenkstättenkonferenz wird im September 2023 in der Gedenkstätte Sandbostel in Niedersachsen unter dem Arbeitstitel »Renationalisierung der Erinnerung« stattfinden. Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland wird auf dann 26 Jahre der Zusammenarbeit mit Thomas Lutz zurückblicken können und das letzte Gründungsmitglied dieses bundesweiten Netzwerks in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden.

Prof. Dr. Oliver von Wrochem ist als Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen und Leitung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Mitglied der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in Deutschland und seit Januar 2023 ihr auf zwei Jahre gewählter Sprecher.

- 1 Die nicht veröffentlichten Protokolle wurden dem Verfasser des Beitrags dankenswerterweise im Februar 2023 von Detlef Garbe zur Verfügung gestellt.
- 2 Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820, 31. 5. 1994, online unter <https://dserver.bundestag.de/btd/12/078/1207820.pdf> (13. 3. 2023).
- 3 Volkhard Knigge, Die Zukunft der Gedenkstätten: Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gedenkstätten-Rundbrief 76 (4/1997), S. 32–33; Protokoll des Treffens im Besitz des Verfassers.
- 4 Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland: KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil, in: GedenkstättenRundbrief 80 (12/1997), S. 18–20.
- 5 Protokoll der 44. Sitzung der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« am Montag, dem 10. November 1997, Wahlperiode 13, Band VI, S. 156, online unter https://enquete-online.de/recherche/detail/?show=wp13b6_0106 (13. 3. 2023).
- 6 Volkhard Knigge, Zur Zukunft der KZ-Gedenkstätten. Ein Wort an die neue Regierung. Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, in: GedenkstättenRundbrief 86 (12/1998), S. 27–28.
- 7 Vgl. Siegfried Vergin, Wende durch die »Wende«. Der lange kurze Weg zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes, in: GedenkstättenRundbrief 100 (4/2001), S. 91–100; Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, BT-Drucksache 14/1569, 27. 7. 1999, S. 3–6, online unter <https://dserver.bundestag.de/btd/14/015/1401569.pdf> (13. 3. 2023). Zur Gedenkstättenkonzeption vgl. weiterhin Carola S. Rudnick, Die Etab-

- lierung der gesamtdeutschen staatlichen Gedenkstättenpolitik und das geschichtspolitisch umkämpfte Ende der Singularität der NS-Aufarbeitung, in: Gedenkstätten und Geschichtspolitik, Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 16, hrsg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 2015, S. 53–61.
- 8 Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, Deutscher Bundestag Drucksache 16/9875, 16. Wahlperiode 19. 6. 2008, online unter <https://dserv.bundestag.de/btd/16/098/1609875.pdf> (14. 3. 2023).
 - 9 Das Expertengremium setzt sich gemäß Gedenkstättenkonzeption (Drucksache 16/9875, S. 4) aus je einem/r Vertreter/in folgender Institutionen bzw. Arbeitszusammenhänge zusammen: Deutsches Historisches Museum, Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors, Institut für Zeitgeschichte, Zentrum für Zeithistorische Forschung, universitäre Forschung mit je einem/r Wissenschaftler/in mit Forschungsschwerpunkt in der NS-Geschichte und der deutschen Zeitgeschichte nach 1945, Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur SBZ und DDR und einem/r Vertreter/in der Länder.
 - 10 Detlef Garbe: Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (2/2018), S. 11–21.
 - 11 Harald Schmid, Eine bundespolitische Lobby für über 300 aktive Erinnerungsorte. Verband der Gedenkstätten in Deutschland gegründet, in: GedenkstättenRundbrief 201 (3/2021), S. 34–38.
 - 12 Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stärken – Gedenkstättenarbeit sichern! Presseerklärung des Verbandes der Gedenkstätten in Deutschland e.V. (VGDF) und der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland zur Bundestagswahl am 26. September 2021, online unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/auseinandersetzung-mit-dem-nationalsozialismus-staerken-gedenkstaettenarbeit-sichern (13. 3. 2023).
 - 13 Detlef Garbe, Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Rückblick, Bilanz und Erwartungen an eine Aktualisierung, in: GedenkstättenRundbrief 208 (12/2022), S. 3–12.
 - 14 Sicherung, Professionalisierung und Vernetzung der Gedenkstättenarbeit, Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Oktober 2022, online unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/nachrichten/news/sicherung-professionalisierung-und-vernetzung-der-gedenkstaettenarbeit (13. 3. 2023).
 - 15 Vgl. unter vielen Tatjana Coerschulte, »Wenn Rechtspopulisten Mehrheiten organisieren, dann ist die Erinnerungskultur gefährdet«, in: Frankfurter Rundschau, 26. 1. 2023.
 - 16 Christian Römmer, Digitalisierung der WVHA-Häftlingskartei, in: GedenkstättenRundbrief 150 (8/2009), S. 20–25
 - 17 Detlef Garbe/Günter Morsch (Hg.); Kriegsendverbrechen zwischen Untergangschaos und Vernichtungsprogramm (Konzentrationslager. Studien zur Geschichte des NS-Terrors, Heft 1), Berlin 2015; Insa Eschebach/Gabriele Hammermann/Thomas Rahe (Hg.), Repatriierung in Europa 1945 (Konzentrationslager. Studien zur Geschichte des NS-Terrors, Heft 2); Berlin 2016.
 - 18 Zwischen Verfolgung und »Volksgemeinschaft«. Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Heft 1; Heftverantwortlicher: Jens-Christian Wagner), Göttingen 2020; Religiöse Praxis in Konzentrationslagern und anderen NS-Haftstätten (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Heft 2; Heftverantwortliche: Isa Eschebach, Gabriele Hammermann, Thomas Rahe), Göttingen 2021; NS-Verfolgte nach der Befreiung. Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, Heft 3; Heftverantwortliche: Alyn Betsmann, Insa Eschebach, Oliver von Wrochem), Göttingen 2022.
 - 19 Thomas Lutz, Überlegungen zur Verbesserung der Koordination der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland. Vom bundesweiten Gedenkstättenseminar zur Gedenkstättenkonferenz, in: GedenkstättenRundbrief 166 (6/2012), S. 3–8.



Ryoanji (Kyoto), Zen Felsengarten,
Karensansui 14. Jahrhundert,
aus Präsentation von Thomas Lutz in
Wolfenbüttel, 30. Oktober 2013.
Foto: Privataarchiv Martina Staats

MARTINA STAATS *Der Arbeitskreis
Justizgedenkstätten*

Mit dem Foto der Karensansui (trockene Landschaft) im Ryoan-ji, einem Zen-Kloster in Kyoto, begann Thomas Lutz höchst ungewöhnlich seinen Vortrag zu »Täterschaft und Opfergruppen: Ansätze zur Darstellung in Gedenkstätten«.

Dieser besondere Vortrag, der im Oktober 2013 das erste Wolfenbütteler Gedenkstättenforum eröffnete, zeigt nicht nur die hohe Wertschätzung, die Thomas Lutz in Gedenkstättenkreisen – und nicht nur dort – genoss und genießt, sondern auch seine Unterstützung von Gedenkstätten, die an die Verbrechen der Justiz im Nationalsozialismus und ihrer Opfer erinnern, und dabei auch die Täter_innen benennen.

In den letzten zehn Jahren konnten sich die »Justizgedenkstätten« stark weiterentwickeln, durch die Finanzierung von neuen Dokumentationszentren, Ausstellungen, Forschungen und nicht zuletzt durch eine Verbesserung ihrer personellen Ausstattungen.

Als Lars Skowronski und ich als Sprecher_innen Thomas Lutz im Jahr 2017 bat, den im Jahr 2014 gegründeten »Arbeitskreis

Justizgedenkstätten« zukünftig auch bei der Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz zu berücksichtigen, war Thomas Lutz wie immer aufgeschlossen und interessiert. Es war sogar möglich, auf der Konferenz den Arbeitskreis mit seinen Besonderheiten, Zielen und Tätigkeitsfeldern vorzustellen. Seitdem ist der Arbeitskreis regelmäßig bei der Gedenkstättenkonferenz dabei, um für die Wahrnehmung der häufig vergessenen NS-Justizverurteilten einzutreten.

Lieber Thomas, dafür danken wir Dir sehr herzlich!

Martina Staats, Leiterin der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, im Namen der Mitglieder des »Arbeitskreises Justizgedenkstätten«

Gedenkstättenarbeit der bpb. Entwicklungen und Selbstverständnis

Über 75 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft und über 30 Jahre nach dem Ende der DDR verfügt Deutschland über eine Vielfalt an Gedenkstätten, die zentrale Resonanzräume für die Auseinandersetzung mit Vergangenheit(en) sind und denen eine geradezu »staatstragende« Bedeutung¹ für deutsche sowie mitunter auch internationale Erinnerungskulturen attestiert wird. Die Trägerschaft der Gedenkstätten variiert von Bundesland zu Bundesland und erfährt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Sie werden stark von der Zivilgesellschaft getragen, von Vereinen, Verbänden, Landkreisen, Kommunen, Ländern und auch in Zusammenarbeit mit dem Bund: Mit der 1999 »im Schlepptau der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur«² etablierten, 2008 fortgeschriebenen und sich gegenwärtig im Aktualisierungsprozess befindlichen Gedenkstättenkonzeption ist die Bundespolitik in vormals ungekanntem Maß beteiligt.

Selbstverständlich ist dies nicht, auch wenn der nunmehr gängige Begriff der »Gedenkstättenlandschaft« diesen Schluss nahelegen kann. Dass NS-Gedenkstätten »von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur«³ rückten, ist Ergebnis eines jahrelangen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses und musste gegen viele Widerstände erarbeitet und durchgesetzt werden: Noch vor einer Generation fristeten zivilgesellschaftliche Initiativen an vielen der heutigen Gedenk- und Lernorte ein wenig beachtetes Nischendasein. Viele der Orte selbst wurden sehr unterschiedlich genutzt – beispielsweise als Schullandheim oder als Justizvollzugsanstalt. Für manche Orte gilt das heute noch. Zudem gibt es an bestehenden Orten große Unterschiede in der finanziellen, personellen Ausstattung sowie in der (Bildungs-) Arbeit. Eine überwiegende Mehrheit steht derzeit vor der Herausforderung, den sowohl öffentlich wie politisch an sie herangetragen Erwartungen gerecht zu werden als auch ihren Status quo als Bildungseinrichtungen und zeithistorische Museen mit wissenschaftlichen Standards erhalten zu können. Die personellen und finanziellen Ressourcen hierfür sind, nicht nur aufgrund der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine seit Februar 2022, mitunter knapp.

1983 widmete sich eine Reihe von Gedenkstätteninitiativen in dem von Detlef Garbe herausgegebenen Sammelband »Die vergessenen KZs?« einem



kritischen Resümee der damaligen Situation. Der Versuch, die »historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht auf die zwölf Jahre der Naziherrschaft zu beschränken«⁴, bietet damals wie heute zahlreiche Potenziale für die politische Bildungsarbeit, lässt sich durch eine Beschäftigung mit »der« Gedenkstätten-geschichte doch aufzeigen, dass die Gegenwart wie auch die Zukunft nicht zwangsläufig oder alternativlos sind, sondern stets das Resultat von Entscheidungen vieler Menschen. Wenn auch in verschiedenem Ausmaß, sind doch sehr viele wirkmächtig beteiligt. Aus dieser Erkenntnis kann eine gesunde Skepsis gegenüber simplifizierenden Meistererzählungen gewonnen werden, auch wenn derlei Kristallisationspunkte der Vergangenheit nicht grundsätzlich instrumentell zu verstehen und bis zu einem gewissen Grad unvermeidbar sind.

So bekommt beispielsweise das mitunter gängige Narrativ, die Gedenkstättenlandschaft sei gänzlich ohne oder gar ausnahmslos gegen staatliches Handeln entstanden, erste Brüche, wenn man genauer auf die Zeit blickt, in der Detlef Garbes Sammelband »Die vergessenen KZs?« entstand. Kurz bevor Garbe und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter die Geschichte des gesellschaftlichen Umgangs mit den Orten ehemaliger Konzentrationslager aus einer aktivistischen Perspektive kritisch resümierten, hatte Ulrike Puvogel, seit Mitte der 1970er-Jahre Mitarbeiterin der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), eine erste Sichtung von Denkmälern und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik vorgenommen. Die 1981 publizierten »Bestandsaufnahmen« nahmen »zwischen den Zeilen bereits vieles vorweg, was Aktivist*innen der Gedenkstättenbewegung in den kommenden Jahren anprangern sollten«⁵ und lassen sich eher als detaillierte, sachliche Mängelanzeigen denn als reine Dokumentationen interpretieren.⁶ In den folgenden zwei Jahrzehnten kamen weitere, aktualisierte Dokumentationen hinzu, sowohl für die Gedenkstätten auf

Beim 60. Bundesweiten Gedenkstätten-seminar zum Thema »Gedenkstätten-archiv und -sammlungen: Herausforderungen – Lösungsmöglichkeiten – Praxisbeispiele«, Bad Urach, Juni 2014.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors

dem Gebiet der »alten« Bundesrepublik als auch für die »neuen« Bundesländer.⁷ Puvogel versuchte also zu einer Zeit, in der von einer mehr oder weniger flächendeckenden Gedenkstättenlandschaft keinesfalls die Rede sein konnte, genau diese mitsamt ihren Leerstellen zu dokumentieren, zu vernetzen und somit letztlich mit zu konstruieren.

Puvogels »Pionierarbeit«⁸ war keineswegs selbstverständlich. Die bpb war zuvor nicht unbedingt eine federführende Akteurin, die mit Vorbildcharakter die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit vorangetrieben hätte. Grundsätzlich kann man feststellen, dass die Beschäftigung der bpb mit den Themen Nationalsozialismus und Holocaust eher die (verzögerte) Auseinandersetzung und den Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft spiegelte. Der bpb ging es zunächst darum, die Bevölkerung zu informieren und aufzuklären, weniger um die explizite Förderung eines kritischen Geschichtsbewusstseins.

In den Aufbaujahren der am 25. November 1952 per Erlass des Bundesministers des Innern Robert Lehr als Bundeszentrale für Heimatdienst aus der Taufe gehobenen bpb nahm dabei – neben dem inhaltlichen Kernbereich: der Information über den neuen demokratischen Staat, seine Werte und Institutionen – bei der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit das Thema (bürgerlicher und militärischer) Widerstand eine besondere Rolle ein: Als eine der ersten Ausgaben der 1953 ins Leben gerufenen Reihe »Informationen zur politischen Bildung« erschien bereits 1954 das Heft »20. Juli 1944«. Die Ausgabe »Der Nationalsozialismus. Teil I: 1919–1933« erschien 1967, die Teile II »1933–1939« und III »1939–1945« im Jahr darauf. Auch die Schriftenreihe führte früh eine Reihe von Publikationen zum Thema Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Zugleich enthielt das Angebot aber auch Schriften zur Aufklärung und Forschung über den Nationalsozialismus. So wurde in der Schriftenreihe bereits 1953 eine Schrift von Hermann Graml zum 9. November 1938 veröffentlicht. 1955/58 erschien eine von Helmut Krausnick zusammengestellte zweiteilige »Dokumentation zur Massen-Vergasung«, kurze Zeit später – ebenfalls mit dokumentarischem Ansatz – die Bände »Vom Leben, Kampf und Tod im Ghetto Warschau« (1958) und »Lodz, das letzte Ghetto auf polnischem Boden« (1962) von Joseph Wulf.⁹ Die bpb veröffentlichte zudem bereits sehr früh Augenzeugenberichte, etwa die Schrift von Edgar Kupfer-Koberwitz »Als Häftling in Dachau« (1956).

In Reaktion auf die antisemitische Welle 1959/1960, bei der eine Vielzahl antisemitisch motivierter Straftaten wie Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Schmierereien verübt worden waren, wurden zudem neue Wege gesucht, um diesen Entwicklungen auch mit historisch-politischen Bildungsangeboten zu begegnen. So veranstaltete die bpb bereits im Jahr 1963 eine erste Studienreise nach Israel – zwei Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.



Analysiert man die Publikations- und Tätigkeitsberichte der bpb, dann wird jedoch deutlich, dass sich bereits Mitte der 1950er-Jahre ein Paradigmenwechsel in der Innenpolitik vollzog, der sich auch im Wandel der Publikationstätigkeit der Bildungsinstitution niederschlug: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus nahm merklich ab – zugunsten einer Schwerpunktsetzung auf den Umgang mit dem Kommunismus als zentraler Herausforderung. Dies blieb bis weit in die 1960er-Jahre hinein das dominante Feld der politischen Bildungsarbeit der bpb: So beschäftigt sich auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs der größte Anteil der Beiträge in der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« sowie der geförderten Buchpublikationen im Rechnungsjahr 1962 mit unterschiedlichen Fragestellungen zum Kommunismus.¹⁰

Legt man gar die »Erhebungen über die Tätigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung nach Themenbereichen« zugrunde, die eine Übersicht über die Publikationszahlen für den Zeitraum von 1953 bis 1964 bietet, dann übersteigt die Anzahl der Publikationen zur »geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus« die der anderen Schwerpunktbereiche teilweise um ein Vielfaches (»Kommunismus«: 106 Titel, »Ordnung von Staat und Gesellschaft«: 52 Titel, »Widerstand gegen Totalitarismus, insb. Widerstand gegen Hitler«: 28 Titel).¹¹

Die 1970er-Jahre waren geprägt von heftigen Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis politischer Bildung. Der Konflikt nährte sich insbesondere aus der Frage, ob politische Bildung emanzipatorischen oder eher affirmativen Charakter haben müsse, ob sie systemstabilisierend oder systemverändernd wirken solle. In diesen Zeiten grundlegender Meinungsverschiedenheiten gelang es, auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Jahr 1976 mit dem »Beutelsbacher Konsens« eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu finden, deren

Besuch der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg in Ulm im Rahmen des 60. Bundesweiten Gedenkstättenseminars, Führung durch Dr. Nicola Wenge, Juni 2014.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors

Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot sowie die Förderung von Lernenden, ihre eigenen Interessen analysieren und vertreten zu können – bis heute in der politischen Bildung Gültigkeit haben. Auch die 1977 verabschiedeten »Leitlinien für die Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung« spiegelten diesen Konsens wider. In dieser Zeit kamen thematisch gesehen zudem Fragen der Friedenssicherung sowie der wachsenden Umweltproblematik auf; vor allem aber die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus der »Roten Armee Fraktion« bildete einen neuen Schwerpunkt im Aufgabenspektrum. Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang war das Aktionsprogramm zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und Extremismus, das im Jahr 1975 konzipiert und in den Folgejahren fortgesetzt wurde.¹²

Ab Ende der 1970er, Anfang der 1980er-Jahre setzte im Zuge der Entwicklung der universitären Geschichtsdidaktik und eines »Geschichtsbooms« in der Bundesrepublik eine Auseinandersetzung mit Fragen der Geschichtsvermittlung und des Geschichtsbewusstseins ein. So erschien beispielsweise im Jahr 1980 die Publikation »Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems und des deutschen Widerstands im Unterricht«. Ein Katalysator der Beschäftigung mit Fragen der didaktischen Aufbereitung war die im Januar 1979 von den Dritten Programmen der ARD ausgestrahlte amerikanische Fernsehserie »Holocaust«. Der Vierteiler über die fiktive Geschichte der Familie Weiss, die in Berlin während der Zeit des Nationalsozialismus lebte, erreichte einen neuen Rekord bei den Einschaltquoten und erschütterte die westdeutsche Öffentlichkeit: Niemals zuvor war einer breiten Öffentlichkeit der nationalsozialistische Terror derart drastisch vor Augen geführt worden. Der Hinweis auf ausführliche Begleitinformationen der bpb, der im Vorspann des Films sowie in der ersten Live-Diskussion über die Serie gegeben wurde, löste eine Flut an Bestellungen aus.¹³

So gingen bis Anfang Februar 1979 rund 50 000 Briefe und Postkarten ein, und 1500 Anrufer meldeten sich am Tag nach der Ausstrahlung der ersten Folge, um telefonisch Begleitmaterial anzufordern. In den Briefen und Anrufen wurde vor allem der Mangel an Wissensvermittlung über den Nationalsozialismus im Unterricht beklagt. 66 Prozent aller Zuschriften kamen von Lehrenden sowie Pädagoginnen und Pädagogen der schulischen und außerschulischen Bildung. Die Serie regte eine bundesweite Debatte zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust an und verdeutlichte den Bedarf an Aufklärung über die jüngere deutsche Vergangenheit. Dies ließ auch die Politik nicht unberührt. 1980 wurden Sondermittel zur Finanzierung eines Programms mit dem Titel »Nationalsozialismus–Widerstand–demokratischer Neubeginn« bereitgestellt. Es umfasste Einzelmaßnahmen im audiovisuellen und im publizistischen Bereich sowie im Bereich der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. Im Rahmen dieses Programms wurde auch ein Projekt zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus angestoßen.

Im Zuge dieses Programms konnten die aufwendig recherchierten Bände »Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus« von Ulrike Puvogel realisiert und damit Anregungen für eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte auf regionaler und lokaler Ebene gegeben werden. Aus diesem Projekt ging das Referat »Gedenkstättenarbeit« der bpb hervor, das heute als »Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten« (ABEAG) in der bpb existiert. Durch die Einrichtung des Referates unter der Leitung von Ulrike Puvogel war es möglich, das Thema kontinuierlich zu verfolgen und auch die Entwicklung der Gedenkstätten in den Ländern zu unterstützen.

Auf politischer Ebene war die bpb bereits vorher durch Beratung und Expertengespräche zur Frage der finanziellen Beteiligung des Bundes für Gedenkstätten – also bei den Gesprächen zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes – intensiv beteiligt und konnte so Impulse für die Weiterentwicklung der Gedenkstätten geben.

Zudem hat die bpb den institutionellen Aufbau und die Entwicklung sowie die Vernetzung der Gedenkstätten intensiv begleitet. Zentral dafür war und ist die Mitausrichtung von 45 der bislang 66 bundesweiten Gedenkstättenseminare – das 67. findet im Juni 2023 an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg statt –, die seit 1983 zum fachlichen Austausch unter den Gedenkstättenmitarbeitenden sowie Beschäftigten aus den Bereichen der historischen und politischen sowie außerschulischen Bildung beigetragen haben.¹⁴

War die bpb nach ihrer Mitausrichtung des »Starts« der Gedenkstättenseminare im Oktober 1983 in den 1980er- und 1990er-Jahren noch in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen beteiligt, wurde sie ab dem Jahr 2000 zur dauerhaften Partnerin der bis 2011 zweimal jährlich stattfindenden Kooperationsveranstaltungen, deren inhaltlich nicht ersetzbarer Kern die Ausrichtung mit jährlich wechselnden Partnerinnen und Partnern am historischen Ort ist. Gedenkstättenarbeit, Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur wurden von der bpb dabei als grundsätzliche Aufgaben verstanden, mit dem Ziel, den Themenkomplex Erinnerungskultur als breites Thema der historisch-politischen Bildung sowie insbesondere interdisziplinäre Ansätze zu stärken und das historische Lernen zunehmend in den Mittelpunkt gesamtgesellschaftlicher Debatten zu stellen.

Gerade staatlich organisierte politische Bildung sollte sich immer ein hohes Maß an kritischer Selbstreflexion bewahren, um keinesfalls eine affirmative Selbsthistorisierung zu betreiben. Für umfassendere und wissenschaftlich belastbare(re) Thesen zur Genese bundesweiter Netzwerke und gedenkstättenpädagogischer Ansätze seit den 1980er-Jahren sei an dieser Stelle daher auf Ulrike Löfflers aktuell laufendes Forschungsprojekt verwiesen.¹⁵ Als bis heute wirksames Kern- und Anker-element für die Aktivitäten der bpb in der pluralen und dezentralen Gedenkstättenlandschaft lässt sich jedoch auch die Einrichtung des Gedenkstättenreferats außerhalb der bpb bezeichnen: Ab 1983 als hauptamtliche Koordinationsstelle bei der

Aktion Sühnezeichen angesiedelt und im Frühjahr 1993 von der Stiftung Topographie des Terrors übernommen, trägt es – seit 1984 unter Leitung des damals 27-jährigen Thomas Lutz – als zentrale Institution durch Informationsaustausch, nationale wie internationale Vernetzung sowie Weiterbildungsangebote gedenkstättenübergreifend zur Professionalisierung und Profilierung sowie zur Vermittlung der gedenkstätten-spezifischen Anliegen an Politik und Öffentlichkeit bei. Das Gedenkstättenreferat – anfangs noch ein »Ein-Mann-Betrieb« – verkörpert vor allem Thomas Lutz. Er war über Jahrzehnte die zentrale Figur der Gedenkstättenlandschaft und »Motor« der bundesweiten Gedenkstättenseminare. Die Programme, Themen, Orte, die Referierenden und Formate wurden zwischen ihm, den ausrichtenden Gedenkstätten und den jeweiligen Kooperationspartnern – darunter die bpb – in kollegialer und partnerschaftlicher Zusammenarbeit erarbeitet. Auch die organisatorischen und finanziellen Aufgaben wurden zwischen den Partnern verteilt. Bis heute sind die bundesweiten Gedenkstättenseminare für viele ein fester jährlicher Termin im Kalender, sie dienen als Ort der Vernetzung, des Austauschs sowie zur Fortbildung und Professionalisierung der Gedenkstätten seit 1983 bis heute.

Seit 2012 sind Thomas Lutz und seine Kolleginnen und Kollegen zudem federführend an der Ausrichtung der jährlichen Gedenkstättenkonferenzen beteiligt, die sich hauptsächlich an Vertreterinnen und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, die in der Gedenkstättenarbeit engagierten Landeszentralen für politische Bildung sowie an die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland richten und so explizite Vernetzungstreffen zu Fragen aktueller Herausforderungen und Entwicklungen »aller Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland«¹⁶ bilden.

Der ersten Gedenkstättenkonferenz, die vom 21. bis 23. November 2012 stattfand, ging indes auch eine Standortbestimmung innerhalb der bpb voraus. Die im Rahmen einer Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit der bpb ab 2010 identifizierten Herausforderungen – das Ende der unmittelbaren NS-Zeitzeugenschaft, der immer größer werdende Abstand zu den historischen Ereignissen, Migrationsprozesse in Deutschland und in den übrigen europäischen Gesellschaften, die Europäisierung und Internationalisierung von Erinnerungsdebatten, der Umgang mit der SED-Diktatur, Generationswechsel an den Gedenkstätten und der »Siegeszug des Internets« – sowie die gleichzeitig nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, hatten zur Folge, dass ab 2012 jeweils nur noch ein Gedenkstättenseminar pro Jahr stattfand.

Daneben traten in der bpb beispielsweise im Juni 2011 eine internationale Konferenz zum Thema »Erinnerungskulturen online« oder ab August 2012 Workshops zu diesem Themenfeld. Zudem wurden im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern kleinerer, zivilgesellschaftlich geführter Einrichtungen Module für die historisch-politische Bildung an diesen Orten entwickelt. Die bpb setzt dabei in den vergangenen Jahren vermehrt auch

auf die europäische und internationale Vernetzung. Zugänge zur Geschichte sind heute vielfältiger, Geschichtsbilder pluraler und damit »demokratischer«. Die Dimensionen des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust waren weltweit spürbar und haben ihre Spuren hinterlassen. Die Stärkung lokaler Geschichtsinitiativen und der Austausch zu Forschungs- und Vermittlungsfragen der historisch-politischen Bildung auch aus internationaler Perspektive sind daher weitere wichtige Bausteine des Arbeitsbereiches geworden, was auch in vergangenen Jahren wiederholt in unterschiedlichen Projekten mit deutschen wie internationalen Partnerinnen und Partnern zum Tragen kam: zum Beispiel bei der internationalen Fachtagung »Facing Police and Holocaust« 2019 in Münster; oder im Rahmen der Reihe »Lessons and Legacies of the Holocaust«, die ebenfalls 2019 erstmals in Europa stattfand; und nicht zuletzt bei der Studienreise und Konferenz sowie der anschließenden Publikation und Ausstellung zu neun in Deutschland unbekannteren Orten in Polen, Belarus und in der Ukraine: Chelmno, Bełżec, Sobibór, Treblinka und Majdanek, Maly Trascjanec sowie Babyn Jar, Kamjanez-Podilskyj und Lwiw-Janowska, die mitunter »im Schatten von Auschwitz« stehen.

Jede Generation sucht sich dabei ihren Zugang zur Geschichte. Erinnerung kann nicht an die nächste Generation »verordnet« werden, wie es lange versucht wurde. Aus der Vergangenheit lassen sich nicht zwingend dieselben Orientierungen für unterschiedliche Generationen ableiten. Stattdessen gehören zu einer demokratischen Erinnerungskultur plurale Geschichtsbilder, die in einer Gesellschaft sicht- und hörbar sein sollten. Und da Vergleiche von Gestern und Heute auch die Gefahr von vorschnellen Analogieschlüssen bergen und mitunter im Rahmen von geschichtspolitischer Instrumentalisierung zur vermeintlichen Legitimation von Angriffskriegen genutzt werden, gilt es, die jeweilige Spezifik eines historischen Geschehens nicht aus dem Auge zu verlieren.

Geschichtsnarrative entschlüsseln, Geschichtsbilder re- und dekonstruieren zu können, ist heute angesichts eines Krieges in Europa wichtiger denn je. Die Vermittlung von historischem Wissen kann in der politischen Bildung kein Selbstzweck sein. Sie soll vielmehr in die Lage versetzen, die Welt um uns herum besser zu verstehen und politische wie gesellschaftliche Entwicklungen nicht allein durch das Prisma des Tagesgeschehens zu betrachten. Hier differenzierte Möglichkeiten für die Gedenkstättenarbeit erarbeitet und miteinander in Bezug gesetzt zu haben, ist und bleibt nicht zuletzt auch eines der zentralen Verdienste von Thomas Lutz.

Hanna Liever war von 2009 bis 2021 Referentin im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung. Heute arbeitet sie bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Frederik Schetter ist Referent im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung.

- 1 Vgl. Verena Haug, Staatstragende Lernorte. Zur gesellschaftlichen Rolle der NS-Gedenkstätten heute, in: Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt/M. 2010, S. 33–37.
- 2 Volkhard Knigge, Statt einer Einleitung. Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen, in: Volkhard Knigge (Hrsg.), Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen, Bonn 2022, S. 9–24, hier S. 9.
- 3 Detlef Garbe, Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.
- 4 Detlef Garbe (Hrsg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983.
- 5 Cornelia Siebeck, Zur Rolle der BPB in der bundesrepublikanischen Gedenkstätten-geschichte, 30. 11. 2020, unveröffentlichtes Manuskript.
- 6 Vgl. Cornelia Siebeck, Zur Rolle der BPB in der bundesrepublikanischen Gedenk-stättengeschichte, 30. 11. 2020, unveröffentlichtes Manuskript.
- 7 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Natio-nalsozialismus. Eine Dokumentation, Band 1: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1995 (Autorinnen und Autoren: Ulrike Puvogel, Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf; Redaktion: Ulrike Puvogel; redaktionelle Mitarbeit: Jutta Klaeren, Heike Rentrop); Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Natio-nalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vor-pommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Bonn 1999 (Autorinnen: Stefanie Endlich, Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann, Monika Kahl, Regina Scheer; Kon-zeption, Projektleitung, Redaktion: Ulrike Puvogel; redaktionelle Mitarbeit: Jutta Klaeren).
- 8 Jutta Klaeren/Thomas Lutz, Ulrike Puvogel – Pionierin der Gedenkstättenbewegung. Ein Nachruf, in: GedenkstättenRundbrief 192 (12/2018), S. 50–51.
- 9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Gesamtverzeichnis der Veröffentlichun-gen 1952–1992, Bonn 1992, S. 13.
- 10 BArch, Koblenz, B 168/2647, Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst für das Rechnungsjahr 1962, 31. 1. 1963.
- 11 BArch Koblenz, B 168/2631, Erhebungen über die Tätigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung nach Themenbereichen, 9. 7. 1965.
- 12 Vgl. BArch Koblenz, B 168/2638, Tätigkeitsbericht der Jahre 1977 und 1978, S. 4.
- 13 Vgl. Christiane Toyka-Seid, Konsolidierung und technischer Fortschritt 1981–1989, 10. 7. 2011, online unter: www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-bpb/36431/konsolidierung-und-technischer-fortschritt-1981-1989.
- 14 Siehe www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaettenreferat/konferenzen-seminare/bundesweites-gedenkstaettenseminar/vergangene-gedenkstaettenseminare.
- 15 In ihrem Promotionsvorhaben an der Friedrich-Schiller-Universität Jena untersucht Ulrike Löffler Geschichte und Bildungsarbeit bundesdeutscher NS-Gedenkstätten in den 1980er-Jahren, vgl. unter anderem ihre Aufsätze »Zeitgeschichte im Lichte des Wortes Gottes prüfen«. Christliche Bezüge in der Gedenkstättenarbeit der alten Bundesrepublik, in: Religiöse Praxis in Konzentrationslagern und anderen NS-Haft-stätten. Göttingen 2021 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfol-gung 2), S. 150–170; sowie »Antifaschistische Erziehung« im Westen. Pädagogische Antworten auf die Entdeckung des jugendlichen Rechtsextremen um 1977, in: Archiv für Sozialgeschichte 63/2023, in Vorbereitung.
- 16 Detlef Garbe, Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (2/2018), S. 11–21, hier S. 15.

ULRICH TEMPEL *Und alle kannten
Thomas Lutz ...*

Im Oktober 1998 fand das 31. Gedenkstättenseminar in Nordhausen statt, mein erstes, dem dann viele weitere folgen sollten. Ich war fasziniert von der Kombination aus Erkundung eines historischen Ortes, einem dazu passenden Thema samt Vermittlung des Forschungsstandes, sowie dem intensiven Austausch mit Personen aus ähnlichen Arbeitszusammenhängen. Und alle kannten Thomas Lutz. Und er selbst schien sämtliche Orte zu kennen, von denen die Teilnehmenden kamen. Oft stellte sich in Gesprächen heraus, dass er zudem Teil der Diskussionsprozesse am jeweiligen Ort war. Seitdem ich 1998 mit einem Werkvertrag in der Stiftung Topographie des Terrors begonnen hatte, erreichten mich die Seminareinladungen ganz direkt. Mit der Tätigkeit in der Stiftung wurden auch die Kontakte zu Thomas Lutz enger. Ich konnte miterleben, welche immer größeren Kreise seine Aktivitäten zogen. Nach wie vor waren neben den etablierten Gedenkstätten und Dokumentationszentren die verschiedenen Initiativen in Deutschland im Blick, die an Orten von

Verfolgung und Terror neu entstanden und deren Entwicklung er begleitete. Als Kollege konnte ich immer wieder direkt an seinen Erfahrungen teilhaben, auch wenn die vielen Reisen ihn ins Ausland führten – ich bin dankbar für über 20 Jahre Anregungen und Horizonterweiterung.

Ulrich Tempel schloss 1997 sein Geschichtsstudium bei Prof. Reinhard Rürup ab und ist seit 1999 Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors.

Garant für Kontinuität im Wandel: Thomas Lutz als Ratgeber und Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1991–2018

Am 30. Januar 1993 gründete die Landesregierung Brandenburg auf der Grundlage eines im Potsdamer Landtag beschlossenen Gesetzes per Verordnung die »rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts ›Brandenburgische Gedenkstätten« (StBG).¹ Sie war die erste rechtlich selbstständige Gedenkstättenstiftung der nur gut zwei Jahre zuvor vereinten Bundesrepublik Deutschland. Als Vorbild und Vorläufer kann die vom Land Berlin 1992 errichtete und von ihrem ersten Direktor Reinhard Rürup maßgeblich initiierte und konzipierte »Stiftung Topographie des Terrors« gelten. Das am Ort der verschiedenen zentralen SS-Dienststellen zunächst provisorisch entstandene Dokumentationszentrum wurde jedoch genauso wie die kurz nach der Brandenburger Einrichtungsverordnung in Thüringen gegründete »Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora« erst einige Jahre später als rechtsfähige Stiftungen von den jeweiligen Landesregierungen in die Selbstständigkeit entlassen. Die in 15 Paragraphen gegossenen maßgeblichen Grundzüge und Prinzipien der brandenburgischen »Stiftungssatzung« haben die weitere Entwicklung der großen Gedenkstätten in den verschiedenen Bundesländern zweifellos ganz maßgeblich beeinflusst. Fast alle in den folgenden Jahren von den Ländern mit Bundesbeteiligung neu gegründeten Gedenkstättenstiftungen übernahmen zu einem großen Teil die in diesen Paragraphen niedergelegten Strukturprinzipien und Aufgabenbeschreibungen. Dabei lassen sich aus den jeweiligen Abänderungen interessante Aufschlüsse über die geschichtspolitischen Besonderheiten der einzelnen Bundesländer herauslesen. Zuletzt verabschiedete im November 2019 nach jahrelangem Zögern die Hamburger Bürgerschaft das vom Senat vorgelegte Gesetz über die »Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen«. Auch in diesem Text lassen sich leicht wichtige Grundsätze und Ordnungsregeln der brandenburgischen Stiftungsverordnung bis in einzelne Formulierungen hinein wiederfinden.²

Die fast drei Jahrzehnte, die seit dem Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur nach der deutschen Einheit vergangen sind, waren mit Debatten und Diskussionen, mit Aufbrüchen und Anfängen, mit Konflikten und Kämpfen sowie mit Verlusten und Veränderungen prall gefüllt. Geschichte scheint sich zeitweilig eine Atempause zu nehmen und dann beschleunigt



sie sich plötzlich in einem Atem beraubenden Tempo, bei dem wir, die wir doch als Subjekte die Akteure der Zeitverläufe sind oder zumindest sein sollten, uns eher wie in einem Strudel mitgerissen fühlen. Eine solche Zeit ungeheurer Beschleunigung und Verdichtung haben auch die in der StBG zusammengeschlossenen Gedenkstätten in Brandenburg/Havel, Ravensbrück und Sachsenhausen mit ihrer Außenstelle im Belower Wald erlebt. Blickt man allerdings auf die Entwicklung dieser Jahre zurück, so erstaunt eher die Kontinuität und Beharrlichkeit, in denen die Gedenkstättenstiftung trotz ständiger neuer Herausforderungen den grundlegenden und umfassenden Wandel von den Mahn- und Gedenkstätten der DDR hin zu modernen zeithistorischen Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben bewältigen konnte.

In solchen Zeiten stürmischen Wandels ist es neben festen Grundsätzen, vorausschauenden, nachhaltigen Konzeptionen und belastbaren Strukturen vor allem das auch über längere Phasen und Brüche hinweg beharrliche Wirken von Personen, das unter den wechselnden Umständen von Krisen und Erfolgen Kontinuität zu erreichen vermag. Ein solch wichtiger Garant für Kontinuität im Wandel war für die Einrichtungen der StBG Thomas Lutz. Schon als Mitglied der 1991 von der Brandenburgischen Landesregierung einberufenen Expertengruppe war der Gedenkstättenreferent der »Stiftung Topographie des Terrors« an der Erarbeitung eines umfangreichen Gutachtens beteiligt. Darin ging es um nichts weniger als um Empfehlungen zur umfassenden Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten.

Luftbild der Gedenkstätte und des Museum Sachsenhausen, 2013. Foto: Günter Morsch/ Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Unter dem Vorsitz des Bochumer Historikers Bernd Faulenbach berieten sieben Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten auf der Grundlage einer kritischen Aufarbeitung der Rolle des Antifaschismus und der Mahn- und Gedenkstätten in der DDR über die Modernisierung, Neukonzeption und Umgestaltung der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten im neu gegründeten Bundesland Brandenburg. Für die Berufung von Thomas Lutz in die Brandenburgische Expertenkommission sprach vor allem seine damals schon herausragende Kenntnis der nationalen und internationalen Gedenkstätten, das Vertrauen, das er durch seine Tätigkeit bei den Organisationen der Überlebenden erworben hatte sowie seine profunde Expertise insbesondere im Bereich der Gedenkstättenpädagogik.

Nicht als Gedenkstättenreferent, sondern als offizieller Vertreter der gerade auch im Ausland anerkannten »Aktion Sühnezeichen Friedensdienste« wählten die im Herbst 1993 von den Organisationen der Überlebenden und den Betroffenenverbänden delegierten fast 20 Mitglieder des Internationalen Beirates Thomas Lutz auf ihrer ersten Sitzung einstimmig zu ihrem Vorsitzenden. In dieser wichtigen Funktion trug der Vorsitzende des Internationalen Beirates, der zumeist in zwei Arbeitskommissionen tagte, die Stimmen und Voten der Überlebenden des NS-Terrors ebenso wie der Opfer der sowjetischen Geheimpolizei und der SED-Diktatur in den Stiftungsrat. Als einer von sieben voll stimmberechtigten Mitgliedern entschied der Beiratsvorsitzende in diesem Gremium über grundsätzliche Fragen der Stiftungsentwicklung, wie vor allem über Fragen des Haushaltes, der Organisation und Personalausstattung. Zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, vertreten durch seinen Präsidenten Ignatz Bubis und den Gedenkstättenreferenten Peter Fischer, und dem Vorsitzenden der Fachkommission Bernd Faulenbach sah sich der Beiratsvorsitzende nicht selten in die Rolle gedrängt, die berechtigten Anliegen der Gedenkstätten gegenüber den finanziellen und politisch motivierten Bedenken und Einwänden der Beauftragten von Land und Bund, an ihrer Spitze die jeweiligen brandenburgischen Kulturministerinnen und Kulturminister, nachdrücklich zu unterstützen. In einer Zeit, in der relativ große Finanzmittel zur Restauration und Umgestaltung der historisch-authentischen Gelände mit zahlreichen, teilweise im Verfall begriffenen denkmalgeschützten Gebäuden dringend erforderlich waren, während zugleich die kontinuierliche Schrumpfung der staatlichen Ausgaben von maßgeblichen Teilen der Politik schon aus Gründen volkswirtschaftlicher Dogmatik angestrebt wurde, galt es allerdings auch vielfältige Konfliktlagen und Konfrontationen auszuhalten und durchzustehen. Wie sehr auch die Mitglieder des Internationalen Beirates ihrem Vorsitzenden sein konsequentes Eintreten für die Belange der Opferverbände und der Gedenkstätten, seine Beharrungskraft, seine Argumentationsstärke und sein diplomatisches Geschick schätzten, lässt sich allein schon aus der regelmäßigen, alle vier Jahre vorgenommenen und einmütigen Wiederwahl von Thomas Lutz in den fast drei Jahrzehnten seit 1993 erschließen.

Dabei konnte von Zusammenhalt und Einigkeit der Opfer- und Betroffenenverbände untereinander sowie von Vertrauen in die neuen Gedenkstättenleitungen vor Beginn der Stiftungsgründung keine Rede sein. Die durch die friedliche Revolution bewirkten politischen und erinnerungskulturellen Friktionen und Konfrontationen hatten auch die Mahn- und Gedenkstätten erfasst. Deren Praxis des instrumentalisierten Antifaschismus schlug zu Recht heftige Kritik und Forderungen nach sofortigen Änderungen entgegen. Das nicht immer sensible Verhalten der 1989/90 neu eingesetzten Kulturverwaltungen sowie der kommissarischen Gedenkstättenleitungen verschärfte die Konflikte.

Misstrauen auf allen Seiten machte sich breit und führte zu heftigen gegenseitigen Angriffen und Vorwürfen, die in Einzelfällen auch physisch ausgetragen wurden. Von heute aus betrachtet sollte man die damaligen erregten Proteste, die die NS-Opferverbände ebenso wie große Teile der Öffentlichkeit erfassten, vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs eines alle Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts erfassenden Systemwechsels bewerten. Denn die »Tempel des Antifaschismus« spielten eine wichtige Rolle bei der Legitimierung der DDR-Diktatur. Trotzdem gab es in den ersten Jahren des Übergangs eine Vielzahl von verstörenden Aktivitäten, Maßnahmen, Reden und Veröffentlichungen, die nicht nur die Überlebenden des NS-Terrors teilweise in höchste Erregung oder Depression trieben. Dazu zählten zum Beispiel der sogenannte Supermarkt-Skandal in Ravensbrück, die Umbenennung von Straßen und Schulen im Umfeld der Gedenkstätten, die nach Mordopfern der Nationalsozialisten benannt waren oder die politisch motivierte Schließung von Museen und Ausstellungen. Für nicht wenige Überlebende des NS-Terrors und ihre Angehörigen verdichteten sich alle diese Anzeichen zu einem vermeintlichen »Generalangriff« auf die Mahn- und Gedenkstätten. Als schließlich Antisemiten und Rechtsextremisten im September 1992 nach dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin einen Brandanschlag auf die sogenannten jüdischen Baracken in Sachsenhausen verübten und dabei nicht nur großen materiellen, sondern auch politischen Schaden anrichteten, schienen sich für viele kritische Beobachter des Prozesses der deutschen Einheit ihre Befürchtungen zu bewahrheiten. Als Folge der Vertrauenskrise zogen Überlebende und ihre Familien ihre Artefakte und Dokumente aus den Archiven der Mahn- und Gedenkstätten ab, andere kehrten den Einrichtungen ihre Rücken zu und boykottierten sogar die Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Befreiung.

Auch die sorgfältig erarbeiteten, intensiv recherchierten und differenziert argumentierenden, relativ umfangreichen Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten, in denen vermutlich Thomas Lutz vor allem die Teile zur Neukonzeption der Gedenkstättenpädagogik maßgeblich beeinflusste,³ stießen zunächst bei einem Großteil der Verbände auf heftigen Widerspruch. Der spätere Direktor der »Stiftung Topographie des Terrors« Andreas Nachama sprach sicherlich

nicht nur für sich, als er auf dem nach der Vorlage der Empfehlungen im März 1992 veranstalteten Colloquium den Programmverantwortlichen das »Misstrauen« aussprach. Ein Dialog mit den Verfolgtenverbänden, so führte er aus, sei überhaupt nicht angestrebt worden und die Veranstaltung habe nur »Alibicharakter«. ⁴ Hauptsächlich aber kritisierte er die Empfehlungen der Kommission zum Umgang mit der zweifachen Vergangenheit in Sachsenhausen, als Konzentrationslager und als sowjetisches Speziallager. Wenn man deren Vorschlägen folgen wolle, sei es besser, »alle Anlagen zu schleifen und einen Gedenkhain anzulegen.« ⁵ Die von Nachama und anderen Vertretern der NS-Opfer, wie der Sprecherin der VVN-BdA Rosel Vadehra-Jonas, geäußerten Befürchtungen, dass es in den Brandenburgischen Gedenkstätten, insbesondere in Sachsenhausen, zu einer undifferenzierten Vermengung der beiden historischen Phasen vor und nach 1945 und damit zu einer Relativierung der NS-Verbrechen kommen könnte, waren im Hinblick auf die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland und in Europa nicht unbegründet. Selbst das Europa-Parlament wandte sich deshalb mit einer entsprechenden Ermahnung an die internationale Öffentlichkeit. ⁶ Die Empfehlungen der Expertenkommission aber richteten sich eher im Gegenteil gegen solche Tendenzen, »braune« und »rote« Diktaturen, wie Nationalsozialismus und SBZ/DDR gelegentlich bezeichnet wurden, gleichzusetzen.

Vertreter der kommunistischen Opferverbände reklamierten zugleich energisch eine gleichwertige Berücksichtigung ihrer Leiden. »Opfer erster« und »zweiter Klasse«, so ihre moralisch zweifellos berechtigten Appelle, dürfe es nicht geben. Doch viele ihrer Vorstellungen zur Zukunft der brandenburgischen Gedenkstätten gingen weit darüber hinaus. Im Sinne einer Publikation des späteren Vorsitzenden der »Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft« (UOKG) und Überlebenden des sowjetischen Speziallagers Buchenwald Gerhart Finn ⁷ verlangten sie ein einheitliches Museum in Sachsenhausen, in dem »unter einem Dach« über die Geschichte zwischen 1936 und 1950 informiert werden sollte, da es nur ein Konzentrationslager gegeben hätte.

Die in den Empfehlungen der Expertenkommission ausgeführte, später nach ihrem Vorsitzenden benannte »Faulenbach-Formel« ⁸ löste zwar die unterschiedlichen historischen Einschätzungen über den Charakter der sowjetischen Speziallager nicht auf, aber sie trug dazu bei, einen Boykott der neu zu gründenden Gedenkstättenstiftung durch Opferverbände zu verhindern und bot eine Plattform für Verständigung und Gespräche. Erst danach aber kamen »die Mühen der Ebenen« und diese zu bewältigen, war neben den Vertretern der Gedenkstättenstiftung eine der Hauptaufgaben, vor allem auch von Thomas Lutz. Laut Einrichtungsverordnung nämlich vertrat der Beiratsvorsitzende alle in diesem Beratungsgremium vertretenen bis zu 20 Opfer- und Interessenverbände. Es war neben der Stiftungsleitung vor allem seine Aufgabe, mit den anfänglich in zwei getrennten Räumen am Sitz der Stiftung im ehemaligen Verwaltungsgebäude der KZ-



Schiffahrt zum Außenlager Klinkerwerk anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung, Thomas Lutz mit dem ehemaligen polnischen KZ-Häftling Dr. Stefan Król, Lehnitzsee, 24. April 1995. Foto: Bestand Stiftung Topographie des Terrors

Inspektion gegründeten und zumeist zu unterschiedlichen Zeiten zweimal jährlich tagenden Arbeitskommissionen des Beirates, die sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte vor oder nach der Befreiung vom Nationalsozialismus befassten, gemeinsame Initiativen auszuhandeln und die mühsam geknüpften Gesprächsfäden zu pflegen und zu bewahren. Anders aber als erhofft, wurde die Verständigung und Kommunikation zwischen den beiden Kommissionen nicht einfacher, als im Sommer 1994 ein neuer Vorstand der »Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50« gewählt wurde. Zumindest eine Mehrheit im Vorstand und ein großer Teil der Mitglieder trat danach immer offener für revisionistische Positionen ein, lud Rechtsextremisten als Redner zu ihren Veranstaltungen ein und rief zu einer Gedenkveranstaltung für den Kindermassenmörder und T4-Gutachter Professor Hans Heinze auf.

Da Thomas Lutz allerdings zumindest im Stiftungsrat die Gesamtinteressen des Beirates zu vertreten hatte, war dies ein schwieriger Balanceakt, den er jedoch aufgrund seiner herausragenden dialogischen Kommunikationsstärke zumeist mit großem Erfolg bewältigte. Dabei kam ihm zu Hilfe, dass die vier aufeinander folgenden Vorsitzenden der Arbeitskommission zur Geschichte der Speziallager und der kommunistischen Verfolgung, Ulf Müller, Horst Jänichen, Kurt Noak und Hans-Joachim Schmidtchen, die als nicht stimmberechtigte Mitglieder an den Beratungen des Stiftungsrates teilnahmen, sich gleichfalls um eine Verständigung bemühten. Die vier Verfolgten der sowjetischen Geheimpolizei und der DDR-Diktatur, die in den Gefängnissen Bautzen und Hohenschönhausen sowie in den sowjetischen Speziallagern Sachsenhausen und Jamlitz gelitten hatten, bemühten sich gemeinsam mit Thomas Lutz darum, zu den im Beirat vertretenen NS-Opferorganisationen Brücken zu schlagen und vereinzelt auch persönliche Freundschaften zu knüpfen. Durch das bald schon aufgebaute Vertrauens-

verhältnis zwischen ihnen gelang es zwar nicht, die grundlegenden Differenzen und Meinungsunterschiede abzubauen. Trotzdem konnte Thomas Lutz alle Beiratsmitglieder davon überzeugen und dabei durchsetzen, dass wichtige Grundsatzentscheidungen der Gedenkstättenstiftung an bestimmten Wegmarken teils in gemeinsamen Beratungen oder zumindest in Übereinstimmung getroffen wurden. Übereinstimmung konnte dabei zum Beispiel in der Frage des für die Umgestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen grundlegenden dezentralen Gesamtkonzeptes erzielt werden. Der schon Ende 1994 den Stiftungsgremien vorgelegte und einstimmig angenommene Plan beendete den ursprünglichen Streit um die Frage eines alle historischen Phasen umfassenden Museums, indem er vorschlug, mehrere kleine Ausstellungen an bestimmten historischen Schauplätzen des historischen Areals einzurichten und sie mit der konkreten Geschichte des jeweiligen Ortes zu verknüpfen. Das große Museum zur Geschichte der Speziallager sollte demnach, einen Vorschlag der Expertenkommission aufgreifend, an der Schnittstelle zwischen den beiden Lagerzonen I und II des sowjetischen Speziallagers errichtet werden.⁹ Zugleich aber enthalten alle dezentralen Ausstellungen einen einleitenden Teil, in dem alle historischen Phasen zwischen 1936 und 1989 kurz dargestellt werden. Auch der aus dem inhaltlichen und gestalterischen dezentralen Gesamtkonzept folgenden baulichen Zielplanung stimmten in einer gemeinsamen Beiratssitzung 1996 alle Mitglieder beider Kommissionen zu.¹⁰

Auf der Grundlage pauschaler Kostenschätzungen über die notwendigen Finanzmittel zur Restauration, zum Erhalt und zum Umbau der historischen Orte in Brandenburg/Havel, Ravensbrück und Sachsenhausen verlangten die Mittelgeber die Aufstellung eines für zehn Jahre gültigen Rahmeninvestitionsplans. Dieser sah innerhalb eines Gesamtrahmens von maximal 30 Millionen DM den Neubau eines Museums zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers erst in den Jahren 2003–2006 vor.¹¹ Thomas Lutz gelang es daraufhin, auch die Mitglieder der Arbeitskommission für die Geschichte des NS-Terrors von der Notwendigkeit zu überzeugen, gegen diesen Zeitplan zu votieren und eine zeitliche Vorverlegung der Errichtung des Speziallagermuseums zu fordern. Auch als daraufhin Ende der neunziger Jahre ein internationaler Wettbewerb stattfand, als dessen Ergebnis der preisgekrönte Entwurf des Frankfurter Büros Schneider und Schumacher ausgewählt wurde, gelang es dem Beiratsvorsitzenden, beide Arbeitskommissionen auf einer gemeinsamen Tagung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück für die von der Stiftungsleitung vorgeschlagene Realisierung dieses an der Nordspitze des Lagerdreiecks geplanten und mit original erhaltenen, in der KZ-Zeit gebauten Steinbaracken verbundenen Neubaus zu gewinnen. Beide Beiratskommissionen sprachen sich zugleich ohne Gegenstimmen für die von der Gedenkstättenleitung vorgelegte Ausstellungs-konzeption aus.¹²

Natürlich war das Vermittlungsgeschick des Beiratsvorsitzenden, der zugleich auch die Tagungen der Arbeitskommission zur Geschichte der

NS-Verfolgung leitete, auch in der Vermittlung anderer Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlicher Sichtweisen gefragt, die nicht mit dieser sicherlich schwierigsten Problemlage der Stiftungspolitik in Brandenburg zusammenhängen. Einige weitere Beispiele finden sich im Artikel von Peter Fischer in der vorliegenden Publikation. Da hier leider nicht der Platz ist, dieses vielfältige und zumeist erfolgreiche Wirken des Beiratsvorsitzenden näher auszuführen, will ich nur kurz darauf verweisen, dass es vor allem auch dem Vorsitzenden zu verdanken ist, wenn der Präsident des Internationalen Sachsenhausenkomitees Pierre Gouffault im Zuge der Wiederwahl von Thomas Lutz im Juni 1998 im Rahmen einer bewegenden persönlichen Erklärung das »kooperative Arbeitsklima in der Beiratskommission« würdigte.¹³ Für das wachsende Vertrauen der Überlebenden von KZ und Gefängnishaft in die Erinnerungskultur Deutschlands im Allgemeinen und die Einrichtungen der Brandenburgischen Gedenkstättenstiftung im Besonderen trugen zu einem wichtigen Teil sicherlich auch die großen Veranstaltungen zu den runden Jahrestagen der Befreiung bei, zu denen zahlreiche Überlebende kamen. Insbesondere 1995, zum 50. Jahrestag der Befreiung, kamen auf Einladung der Landes- und Bundesregierungen sowie der Stiftung insgesamt ca. 3 400 Überlebende teilweise erstmals an die Orte der Verbrechen und ihrer Leiden zurück. In seiner Bilanz des Verlaufs der Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung schrieb Thomas Lutz: »Die Durchführung des 50. Jahrestages mit zahlreichen Begleitveranstaltungen war ein Erfolg: Für die Überlebenden, die häufig zum zweiten Mal – diesmal eingeladen und freiwillig – nach Deutschland gekommen sind, war dies sowohl eine große gesellschaftliche Anerkennung als auch eine Möglichkeit, sich persönlich mit ihrem Schicksal auseinanderzusetzen. Diese humanitäre Leistung von deutscher Seite wurde in der ganzen Welt sehr dankbar angenommen.«¹⁴

Seine bereits im Titel des Beitrags, »Ende eines Gedenkjahres – Was bleibt?«, zugleich ausgesprochenen Bedenken und Befürchtungen hinsichtlich der Gefahren einer selbstzufriedenen Erinnerungskultur in Deutschland verstärkten sich in den Jahren danach eher. Trotzdem lobte Thomas Lutz auch zehn Jahre später die umfangreiche Weiterentwicklung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, »der von den Häftlings- und Betroffeneorganisationen große Anerkennung und hoher Respekt entgegen gebracht wird.«¹⁵ Mit Sorge betrachtete er die auch wegen des politischen Erfolgs nicht nur in Brandenburg zunehmende Tendenz, das fast idealtypische Konstrukt einer inhaltlich unabhängigen Gedenkstättenstiftung, wie es in Brandenburg entwickelt worden war, zu verändern. Als Beiratsvorsitzender war Thomas Lutz der gewählte Repräsentant der Zivilgesellschaft, die zusammen mit den Vertretern einer unabhängigen Wissenschaft die Stiftungs- und Gedenkstättenleitungen in allen inhaltlichen Fragen beraten. Das dadurch institutionalisierte Subsidiaritätsprinzip beschränkte somit die Entscheidungen der politischen Exekutive hauptsächlich auf grundsätzliche Beschlüsse über Fragen der Stiftungsorganisation und des Haushaltes.

Spätestens nach dem 60. Jahrestag der Befreiung aber häuften sich die Vorstöße, die darauf abzielten, die bereits in der Expertenkommission zugrunde gelegten Prinzipien der Einrichtungsverordnung der Stiftung zu ändern. Diese zielten zum einen auf eine Erweiterung der inhaltlichen Zuständigkeit der Stiftung im Hinblick auf die Nachkriegsgeschichte mit dem Ziel einer äquivalenten Bewertung der historischen Phasen. Zum zweiten sollte die Bedeutung der Beratungsgremien geschwächt und im Gegenzug die Entscheidungen der Exekutive im Sinne einer größeren inhaltlichen Kompetenz des Stiftungsrates verstärkt werden. Schließlich gab es zum dritten Überlegungen, die Kompetenzen des Stiftungsvorstandes und der Gedenkstättenleitungen mit der Begründung der Einführung eines »Kollegialprinzips« zugunsten der Verwaltungsleitung abzuschwächen. Ähnliche »Reformvorschläge«, denen Gutachten von privaten Beratungsfirmen und dem Bundesverwaltungsamt zugrunde lagen, wie zum Beispiel die Befristung der Zeitverträge von Leitungspositionen in den Gedenkstätten, wurden auch in anderen Einrichtungen der Erinnerungskultur betrieben und teilweise durchgesetzt, entsprachen sie doch darüber hinaus dem damaligen neoliberalen Zeitgeist. Parteipolitische Unterschiede waren daher nicht ausschlaggebend, auch wenn die Initiative in Brandenburg von einer konservativen Kulturministerin ausgegangen war.

In dieser mehrjährigen, schwierigen und politisch brisanten Auseinandersetzung konnte sich der Stiftungsvorstand uneingeschränkt auf die Unterstützung des Internationalen Beirats, vertreten vor allem durch seinen Vorsitzenden Thomas Lutz, die Generalsekretärin des Internationalen Sachsenhausenkomitees Sonja Reichert und die Vertreter des Zentralrats der Juden, Stefan Kramer und Peter Fischer, verlassen. Dabei bemühte sich der Beiratsvorsitzende stets um eine enge Abstimmung sowohl mit dem Vorstand als auch den Leitern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Obwohl Thomas Lutz immer dazu bereit war, Erfahrungen, Erfolge ebenso wie Misserfolge, mit allen Beteiligten, auch der politischen Exekutive, ergebnisoffen zu diskutieren, vermochte er keinen Grund zu erkennen, warum die 1992 erstmals von ihm mitformulierten und 1993 in der Einrichtungsverordnung der Gedenkstättenstiftung formulierten Grundsätze und Ordnungsprinzipien abgeschafft oder verändert werden sollten. Es ist mir daher ein Bedürfnis und eine große Freude, Thomas Lutz für diese feste Beharrlichkeit und große Unterstützung im Prozess der Umgestaltung, Modernisierung und Neuorganisation der brandenburgischen Gedenkstätten zu danken. Für die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten war Thomas Lutz ein wichtiger und unverzichtbarer Garant für Kontinuität im Wandel.

Prof. Dr. Günter Morsch, Historiker und Politikwissenschaftler, war von Januar 1993 bis Juni 2018 Leiter von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und ab 1997 auch Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

- 1 Die 1. Fassung ist abgedruckt in: Jahresbericht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für die Jahre 1993 bis 1995, S. 106ff. Sie wurde mehrfach, allerdings ohne entscheidende Veränderungen novelliert.
- 2 Das Gesetz ist abgedruckt in: www.gedenkstaetten-hamburg.de/fileadmin/shgul/Stiftung/2019.11.08_HmbGVBl_Nr.41_HmbGedenkStG-1.PDF.
- 3 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten. Januar 1992, Berlin August 1992.
- 4 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche. Beiträge des internationalen Gedenkstätten-Colloquiums in Potsdam am 8. und 9. März 1992, Berlin 1992, S. 191f.
- 5 Ebenda.
- 6 Entschließung zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale vom 11. 2. 1993, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 15. 3. 1993, Nr. C 72/118ff.
- 7 Gerhart Finn, Sachsenhausen 1936–1950. Geschichte eines Lagers, Bad Münstereifel 1988.
- 8 »Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert, noch die Verbrechen des Stalinismus mit Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatelisiert werden.« In: B. Faulenbach, Einleitung, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hrsg.), Perspektiven, Kontroversen, S. 17.
- 9 Während das vormalige »Schutzhaftlager« des KZ von der sowjetischen Lagerverwaltung als Zone I für die Unterbringung von Internierten nach dem Potsdamer Abkommen benutzt wurde, befanden sich in dem nordöstlich anschließenden Areal des ehemaligen KZ-Sonderlagers, das als Zone II bezeichnet wurde, die von Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten. Günter Morsch, Ines Reich (Hrsg.), Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen (1945–1950), Berlin 2005 (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 14).
- 10 Günter Morsch, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Von der Baugeschichte zum dezentralen Gesamtkonzept, von der Zielplanung zur Realisierung. Stationen und Umwege eines geradlinigen Entwicklungskonzepts, in: Günter Morsch/Horst Seferens (Hrsg.): Gestaltete Erinnerung. 25. Jahre Bauen in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 1993–2018. Eine Dokumentation, Berlin 2020, S. 45ff.
- 11 Günter Morsch, Gestaltete Erinnerung. 25 Jahre Bauen, in: ebenda, S. 37. Zwischen 1993 und 2018 verauslagte die Stiftung für Baumaßnahmen insgesamt 73,2 Millionen Euro.
- 12 Jahresbericht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für das Jahr 1999, S. 82f. Das hinderte aber leider die im Beirat durch ihre Vorsitzende vertretene AG Lager Sachsenhausen 1945–50 nicht, am Tag der Eröffnung des Speziallagermuseums am 9. 12. 2001 gegen Konzept, Lage und Ausgestaltung des Museums öffentlich zu protestieren.
- 13 Jahresbericht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für das Jahr 1998, S. 62.
- 14 T. Lutz, Ende eines Gedenkjahres – Was bleibt? Thesen zur aktuellen und zukünftigen gesellschaftspolitischen Bedeutung und inhaltlichen Arbeit der KZ-Gedenkstätten, in: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg.), Erinnerung und Begegnung. Gedenken im Land Brandenburg zum 50. Jahrestag der Befreiung, Potsdam 1996, S. 56ff, hier S. 57.
- 15 Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Hrsg.), 60. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück sowie aus dem Zuchthaus Brandenburg, Oranienburg 2005, S. 59.

Einheit und Vielfalt – Thomas Lutz als solidarischer und sensibler Beiratsvorsitzender

Ein Experte, ein Entscheider, ein Kommunikator, ein Moderator, ein Berater, ein Delegierter, ein Vorsitzender: Dies alles ist Thomas Lutz. Der Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors ist im In- und Ausland aus guten Gründen ein vielfach gesuchter Erfahrungsträger und herausragender Akteur. Nicht zuletzt ist er Vorsitzender des Internationalen Beirats im Stiftungsrat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, wo er mir vor mehr als 30 Jahren glücklicher Weise begegnete. Seither verbindet sich mit ihm ein »Miteinander«, insbesondere aus Sicht meiner Aufgabenstellungen als Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland. Geradezu prototypisch steht er auch für ein »Füreinander« in der seither vollzogenen Zeitenwende hin zur staatlichen Einheit. Gemeinsam haben Thomas Lutz und ich im Stiftungsrat die Neugestaltung und Weiterentwicklung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen nach 1989 begleitet und unterstützt.

Zeitgemäße Ausdrucksformen von Bebauungen, Gedenkarealen und Ausstellungen, Dokumentationen, Archive und Medienpräsentationen, die gedenkstättenpädagogische Ansprüche differenziert umsetzen, gehören gewiss zum Selbstverständnis progressiver Um- und Neugestaltung der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft zur nationalsozialistischen Geschichte. Insgesamt bilden sie ein multikomplexes Gerüst, das sich nach 1989/90 aus einem Schwerpunkt im Osten Deutschlands heraus entwickelte und zugleich der Gedenkstättenlandschaft der gesamten Bundesrepublik Gültigkeit und Anerkennung verliehen hat. Insofern sind, wenn die in die neu erweiterte Bundesrepublik eingebrachte (obsoletere) Erbschaft der DDR zur historischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus in der Rückschau betrachtet wird, bemerkenswerte Unterschiede von öffentlicher Aufmerksamkeit und Relevanz zu konstatieren.

Allein schon ein Landkarten-Check zur Verteilung der Gedenkstätten im wiedervereinigten Deutschland (nach der Übersichtskarte in der zweibändigen Dokumentation der Bundeszentrale für Politische Bildung¹) war auffällig. Im Vergleich – und im Unterschied zu vielen anderen Bereichen der Gesellschaft – erschien die Karte der Gedenk- und Erinnerungsorte auf früherem DDR-Gebiet »reich bestückt«. Dagegen boten die westlichen Bundesländer mit ihrer relativ seltenen Verortung der deutschen NS-Vergan-



genheit eindeutig ein ziemlich mageres Erscheinungsbild. Dies hätte aus verschiedenen Gründen als schreiend disproportional empfunden werden können, blieb aber doch unverhältnismäßig trocken konstatiert und kaum politisch grundsätzlich kommentiert. Während im kleineren Gebiet, in Ostdeutschland, mit ehemals deutlich staats- und parteipolitischer Ausrichtung, einerseits die Standorte von Gedenkstätten zahlreich waren – und noch zahlreicher die Gedenkstellen, Denkmale und Würdigungstafeln – zeigte sich andererseits in der alten Bundesrepublik eine ziemlich unangepasste Pluralität, die mit einer in Teilen sogar kümmerlichen Befassung einherging, was die inhaltlichen Präsentationen betrifft.

Durchaus mehr aus guten und weniger aus ungunstigen Gründen geriet anstelle dessen das Thema »Instrumentalisierung« von Antifaschismus in der DDR zu einem hitzigen Politikfeld. Dass die Ausgestaltungen von Erinnerung der östlichen Seite sehr weitgehend »von oben« dekretiert und die westdeutsche, mit örtlich sehr unterschiedlichen Basisinitiativen, fast ausnahmslos durch schwierig geführte Auseinandersetzungsprozesse entstanden war, schien in der Folge diametral gegensätzliche Erscheinungsbilder zu begründen. Tatsächlich waren die wesentlich reduzierteren Präsentationen deutlich häufiger eher »von unten« bewegt entstanden. Allerdings konnte dadurch teilweise eine tragfähigere Kultur demokratischen Selbstverständnisses der Auseinandersetzung auf diesem Gebiet aufkeimen. Unter den in der DDR weitgehend vorgegebenen Bedingungen politischer Kanalisierung, sowohl der historischen Forschung als auch der öffentlichen Inszenierung, sind in der Regel Verbindungen zu bürgerschaftlichen »Graswurzel«-Initiativen dann auch eher verhindert als »nur« behindert worden.

Mit dem grundlegenden demokratischen Wandel nahm, nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung um den Stellenwert der NS-Gedenkstättenarbeit im Vereinigungsprozess, der Druck hin zu Veränderungen im erinne-

Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des SS-Massakers an mehr als 1300 Häftlingen des KZ-Außenlagers Lieberose. Foto: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

rungskulturellen Umgang in Ost und West zu. Einerseits galt es zunehmend, alle Opfergruppen umfassend einzuschließen, und andererseits, sich entschieden den Defiziten beider Seiten viel intensiver und in einem handlungsorientierten Verbund von bürgerschaftlicher Mitsprache-Möglichkeit, wissenschaftlicher Kooperation und politischen Entscheidungsgremien zu widmen. Zügig entstanden – auf einem Weg von Ost nach West – ab Anfang der 1990er-Jahre in der Umsetzungsform zumeist durch Landesparlamente errichtete Gedenkstätten-Stiftungen. Sie wurden bundespolitisch durch Enquete-Kommissionen zur deutschen Einheit gestützt. Im Ergebnis versprachen die Stiftungsstrukturen mit ihren verschiedenen Organen, insbesondere den beratenden Gremien, genau die Triebkräfte zu entwickeln, die im Prozess der deutschen Neuvereinigung eine glaubwürdige Erinnerungskultur etablieren würden.

Aus dem breiten Spektrum der nun dreißig Jahre ins Land gegangenen Entwicklung sollen nur Beispiele des eingangs erwähnten »Miteinanders« erwähnt werden: Das jahrzehntelange Ringen um die Anerkennung der Schoah im KZ-Außenlager Lieberose in Jamlitz. In diesem Außenlager des KZ Sachsenhausen mussten Tausende jüdische Häftlinge Zwangsarbeit verrichten. Eine Mehrheit überlebte dies nicht.

Im Februar 1945 erschoss die SS kurz vor Auflösung des Lagers dort mehr als 1 300 jüdische Häftlinge. Mit seinen historisch aus dieser Zeit bedingten Nachkriegs-Verwerfungen wahrlich ein kompliziert bedenklicher Ort, der eine unvergleichliche Sensibilität sowohl gegenüber der weitgehend verdrängten jüdischen Ursprungstragödie, als auch gegenüber der ebenfalls bis 1989 tabuisierten Bruch- und Verlustgeschichte des NKWD-Speziallagers am selben Platz einschloss. Wohl hauptsächlich deshalb verschwammen dort die vereinigten Kräfte aller Seiten oft mehr hinter sehr differenten Eigeninteressen. Und im Fall aller guten Worte zur Geschichts- und Erinnerungspolitik bei gefälligen Reden an Jahrestagen, fand kaum jemand außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Verständnis für eine jüdische Standpunktbeurteilung, beispielsweise zum Charakter eines jüdischen Friedhofs im Bereich des Massakerorts von Anfang Februar 1945.

Wellen von Prestige- und Dominanzstreben unterspülten immer wieder die vermeintlich knapp zuvor erreichten Vereinbarungen. Erst recht nach den archäologischen Suchgrabungen und den vor Ort hinter dem Rücken der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und dem Zentralrat der Juden verabredeten Deals zwischen dem brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Evangelischen Kirche zu Grundstückseigentum und zur Trägerschaft des Gedenkortes. Unverzichtbar für jede Schrittfolge war in diesen Konfliktlagen, dass der Vorsitzende des Internationalen Beirats Thomas Lutz und der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Günter Morsch alle Opferverbände, nicht zuletzt auch den Zentralrat der Juden einbanden und den vertretenen Anliegen Unterstützung zusicherten. Wie sonst hätten die letztendlich klaren Entscheidungen zur Überführung eines historischen Areals herbeigeführt und



schließlich die Aufnahme einer Gedenk-, Erinnerungs- und Dokumentationsstätte Jamlitz/Lieberose in die Stiftungssatzung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verwirklicht werden können? Und wo, wenn nicht an diesem Ereignisort, würde einer Erinnerung, einer Dokumentation und einem Gedenken an die Deportation und Ermordung insbesondere der ungarischen Juden Raum geboten werden können? Denn wer sollte in der Perspektive eine solche, eklatante Missachtung weiter hinnehmen? Hier kam es auf jeden Einzelnen an, der willens und zäh genug war, an den Erfordernissen zur überregionalen, ja international gebotenen Wahrnehmung geschichtspolitischer Verantwortung des Bundeslandes Brandenburg festzuhalten.

So wie in Lieberose kam eigentlich im Wandel der Zeiten zu keiner Zeit irgendein substanzieller Schritt der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten einfach nur aus gutem Willen zustande. Nichts floss wie geschmiert, einfach und selbstverständlich dem Haushalt der Stiftung oder dem der Gedenkstätten zu. Auch bei Sondermitteln, die in durchaus nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt wurden, stellten Begründungen, Anträge und Debatten auf allen Ebenen ständige Herausforderungen dar, um bei den Entscheidungsträgern Akzeptanz zu finden sowie den Standards der öffentlichen Kontrolle zu entsprechen. Jedem Planungszyklus, jedem Gestaltungsschritt, jedem Erhalt von Sachzeugnissen ging ein Wust von Papierkram voraus. Einfach nur Kommen, Sehen, Entscheiden, so lief nichts.

Beispielsweise lag das absolut marode große Holzgebäude auf dem ehemaligen SS-Truppengelände, das als SS-Wirtschaftsgebäude (»Grünes Ungeheuer«) fungierte, in den letzten Zügen vor dem restlosen Zusammenbruch. Das Argument viel zu hoher Kosten drohte jede konstruktive Idee einer Restaurierung zu erdrücken. Doch unsere Diskussion untereinander und die Inaugenscheinnahme der Ruine nahm eine interessante Wendung:

Der von dem Architekten Martin Bennis gestaltete Gedenkort am ehemaligen KZ-Außenlager Lieberose.
Foto: Martin Bennis

Der entgegengerichtete Gedanke wurde laut und der bedeutende Stellenwert des achsenzentrierten Baukörpers des SS-Wirtschaftsgebäudes für das architektonische Verständnis der Gesamtanlage – vom Eingangstor des SS-Kasernengeländes über den Turm A bis zur Spitze des Häftlings-Baracken-Lagers – hervorgehoben. Nun war der Beirat dran, die knifflige Frage zu lösen und die gewonnenen Überzeugungen, den Entscheidungsträgern transparent und mehrheitsfähig zu vermitteln. Das Unterfangen konnte nur gelingen und die Kontur des Baukörpers des SS-Wirtschaftsgebäudes erhalten werden, weil niemand der Stimmberechtigten im Beirat sich der kohärenten und dabei geduldigen Erklärung zu den inakzeptablen Perspektiven einer anderweitigen Entscheidung zu entziehen vermochte. Auf die einfache, aber einsichtige Darlegungsweise kam es an, um auch unbequem-schwierige Projekte umzusetzen!

Erst recht konnten politisch fragwürdige Hürden, zum Beispiel zu den Gedenkstätten in Brandenburg/Havel – wo unter anderem Erich Honecker jahrelang im Zuchthaus einsaß – nur nach langer Wissensakkumulation zu den Geschehnissen dort und oftmaligen Interventionen bei staatlich Verantwortlichen überwunden werden. Ein erster Schritt zur Euthanasie-Gedenkstätte im Alten Zuchthaus konnte nur »Open-Air«, noch mit dem damaligen brandenburgischen Kulturminister Steffen Reiche und zu Lebzeiten von Ignatz Bubis, durchgesetzt werden. Doch was damals an Erkenntnissen schon vorhanden war, verdichtete sich erst zwingend nach einem von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten veranstalteten Symposium und einem überaus nachhaltigen Engagement und wissenschaftlicher Recherche von Sylvia de Pasquale, Günter Morsch und Thomas Lutz. So erfuhr ich von fachwissenschaftlich neuen Belegen für die ersten jüdischen Sammel-Transporte aus dem Klinikum Buch und dem Gaskammer-Massenmord nach Brandenburg/Havel im Juni 1940. So fühlte ich mich bestärkt, die fürchterlichen Erkenntnisse unbedingt in einer gesonderten Gedenkstätte dauerhaft öffentlich machen zu helfen. Manches der Entscheidung, die Gedenkstätte mit neuen Räumlichkeiten, einer neuen Ausstellung und vor allem mit einer Leiterin und pädagogischem Personal (im Mindestmaß!) auszustatten, kam erst nach voneinander getrennten, sehr mühseligen Bemühungen zustande. Dennoch gilt mir dies seither als ein Höhepunkt dessen, was im »Miteinander« bei der Um- und Neugestaltung der Gedenkstätten maßstabsbildend sein sollte. Schließlich gelang es der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten auch, das Gedenken in der Hinrichtungsstätte des früheren Zuchthaus Brandenburg-Görden zu verstetigen und im Rahmen einer Dauerausstellung über den dortigen Terror in den unterschiedlichen historischen Phasen des Zuchthaus aufzuklären.

Von besonderer Bedeutung bei allem war immer – wie im Fall des Klinkerhafens beim KZ Sachsenhausen –, die ehemaligen Häftlinge in die Ausgestaltung der Erinnerung einzubeziehen. Insbesondere wenn es um Überblendungen von jüdischer Erinnerung ging, mussten emotional manche Belastungen, aber auch viele Zielkorrekturen und Kompromisse abgegli-

chen und im Hinblick auf absehbare Realitäten immer wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Jedenfalls war dies beim Autor dieser Zeilen so. Hier erwirkte »mein« Beiratsvorsitzender Thomas Lutz durch seine beruhigende kommunikative Geduld nicht nur bei mir ein hohes Maß an Vertrauen.

Schon der Postumfang für die Einladungen der Ehrenamtlichen zu den halbjährig einzuberufenden Sitzungen sprach Bände. Tagesordnungspunkt für Tagesordnungspunkt waren im Internationalen Häftlingsbeirat vom Vorsitzenden Thomas Lutz und dem Stiftungsdirektor Günter Morsch sowie den jeweils Verantwortlichen für die Gedenkstätten Standpunkte und Argumente zu begründen gewesen, die dann nochmal mit Selbstverständlichkeit in die Vorlagen zu den Sitzungen des Stiftungsrates einfließen, bis sie sattelfest per Beschluss der Umsetzung anempfahlen wurden. Solange ich die Ehre hatte, an der Seite von Ignatz Bubis sel. A. oder Salomon Korn Termine wahrzunehmen, ließ sich noch etwas entspannter mit meiner verantwortbaren Meinungsäußerung umgehen. Doch zunehmend erschienen über »die Wende« hinaus frühere »Mühen der Ebenen« (B. Brecht) konserviert (und manchmal auch »listiges Tagwerk«) in der vereinten Bundesrepublik unbeschadet weiter bestanden zu haben. Meine Rolle in der Vertretung des Zentralrats der Juden zu erfüllen, machte zunehmend Fachkenntnisse erforderlich, die nicht nur angelesen werden mussten, sondern auch ein gewisses Wissens-Verständnis erforderten. Wissensvermittlung, freundschaftlich anvertraut, nie schnöde belehrt, wie ich das von Thomas Lutz erfuhr, war der »Kitt« für das, was das »Füreinander« für mich ausmachte. Und obwohl personell, den neu geschaffenen Stiftungsstrukturen entsprechend, die Leitungsposten neu zu besetzen waren, realisierten wir von den Intentionen her sehr abgestimmt unsere Vorhaben! So liegen die ausgewählt beschriebenen Pakete einer erneuerten Erinnerungskultur in meiner Erinnerung vor, ohne dass ich je auch nur einen Anflug von Arroganz in der Zusammenarbeit erlebt hätte.

Der Vertreter von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Thomas Lutz im Internationalen Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten war, machte seiner Delegation alle Ehre. Er stand dabei immer zugkräftig bereit, koordinierte, kooperierte, bestärkte und ermutigte, informell in Hunderten Beratungen und offiziell in jährlich mehrfachen Gremiensitzungen. Seine Wiederwahl stand niemals in Frage!

Dr. Peter Fischer ist für den Zentralrat der Juden in Deutschland seit 1993 Mitglied im Internationalen Beirat und im Stiftungsrat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

1 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, 2 Bde., Bd.1: Bonn 1995 (2. Aufl), Bd.2: Bonn 1999.

KAPITEL III

Topographie des Terrors



»Es darf kein Gras darüber wachsen«.

Die Aktion ›Grundsteinlegung‹ auf dem Gestapo-Gelände 1989

Groß, schwer und unverrückbar sollte er sein: der symbolische Grundstein für ein »Aktives Museum Faschismus und Widerstand« auf dem damals so genannten »Gestapo-Gelände«, der am 1. September 1989 an Stahlseilen auf das Gelände der heutigen Stiftung Topographie des Terrors schwebte. Zur Zeit liegt er wieder dort, wo er 1989 schon einmal lag: ein schwarzer, grob bearbeiteter Granitblock in den Maßen 160 × 70 × 80 cm. Auf seiner Oberseite ist eine Texttafel aus Messing zu lesen.

Wie kam es zu dieser symbolischen »Grundsteinlegung«? Um sich in die Auseinandersetzungen um das »Gestapo-Gelände« wirkungsvoller einmischen zu können, hatte sich 1983 in West-Berlin das »Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin« gegründet. Der Verein zeigte eine erste Ausstellung »Was geschah hier, was geschieht hier?« sowie anlässlich der Präsentation der Beiträge zum ersten Bauwettbewerb für das »Gestapo-Gelände« im Schatten der Berliner Mauer im Martin-Gropius-Bau eine zweite Ausstellung: »Es darf kein Gras darüber wachsen«. Der Wettbewerb scheiterte an der Aufgabenstellung, sowohl einen Ort des Gedenkens als auch einen Erholungspark für den Bezirk Kreuzberg zu entwerfen. Auf dem Gelände blieb zunächst alles so, wie es war.

Deshalb veranstaltete der Verein Aktives Museum zusammen mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und dem Deutschen Gewerkschaftsbund am 1. September 1989 eine symbolische »Grundsteinlegung« auf dem Gelände. Auf der in den Stein eingelassenen Tafel heißt es: »50 Jahre nach Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch die deutschen Faschisten wurde dieser symbolische Grundstein für ein ›Aktives Museum‹ niedergelegt. Da die Aufarbeitung der NS-Zeit, ihrer Ursachen, Folgen und Auswirkungen bis heute nicht im Ansatz erfolgt ist, müssen die notwendigen Voraussetzungen für eine aktive Auseinandersetzung geschaffen werden. Aus dem damaligen Ort der Täter muss heute ein Denkort werden, damit in Zukunft gilt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesverband Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin (West), Aktives Museum Faschismus und Widerstand Berlin und für alle angeschlossenen Organisationen, 1. September 1989.«

Unterschrieben ist dieser Text von Michael Pagels, Thomas Lutz und Leonie Baumann. Michael Pagels unterzeichnete als DGB-Vorsitzender

Inscription des Grundsteins auf dem Gelände der »Topographie des Terrors«, Februar 2023.

Foto:
Kay-Uwe von Damaros/
Stiftung Topographie
des Terrors

des Landesbezirks Berlin, Thomas Lutz war seit 1984 Leiter des »Gedenkstättenreferates« im Büro der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Berlin, Leonie Baumann war Vorsitzende des Vereins »Aktives Museum«.

In seiner Rede appellierte Michael Pagels: »Wir fordern den Senat von Berlin auf, dem Aktiven Museum endlich eine räumliche Hülle zu geben. Aus diesem Grund wird heute, am 1. September 1989, ein symbolischer Grundstein für das noch zu gründende ›Aktive Museum‹ niedergelegt. Dieser Stein ist mit der Hoffnung verbunden, dass über die Stätte, in der das Grauen geplant wurde, kein Gras wächst und die demokratischen Kräfte in der Stadt sich mit allen Menschen verbünden, die dem aufkommenden Rechtsradikalismus und Neofaschismus aufrecht entgegenzutreten.«

Doch es dauerte weitere Jahre, in denen der Grundstein auf dem Gelände hin und her bewegt wurde. So wanderte er im Kontext der 24-stündigen symbolischen »Mahnwache« des Aktiven Museums gegen das dann gescheiterte Bauvorhaben nach dem zweiten Bauwettbewerb aus der südwestlichen Ecke des Geländes in die Nähe des provisorischen Containerbaus der Stiftung Topographie des Terrors und verharnte dort, bis er nach Vollendung des geglückten Ergebnisses des dritten Bauwettbewerbs der Stiftung Topographie des Terrors auf seinen ursprünglichen Platz in der Nähe der historischen Versorgungseinfahrt zurückkehrte. Wohin ihn sein Weg noch führen wird – er wird an das langjährige Wirken von Thomas Lutz auf dem Gelände erinnern.

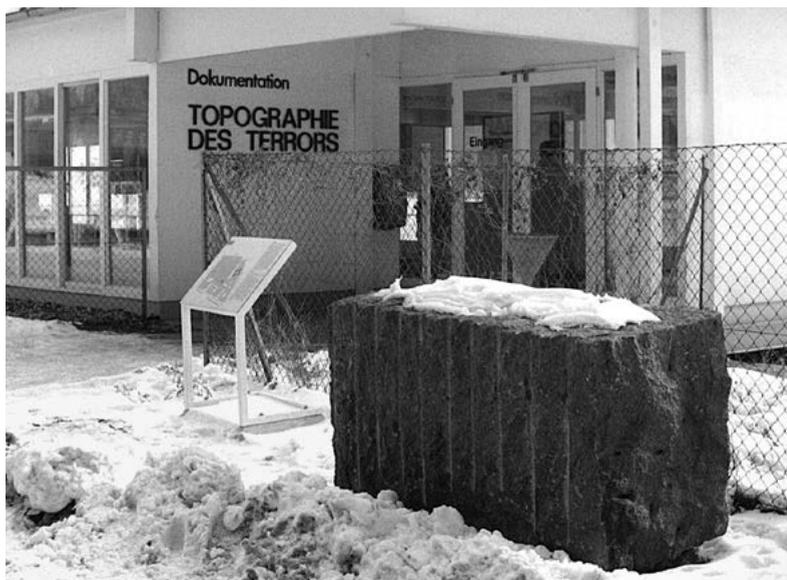
Dr. Christine Fischer-Defoy war bis 2017 Vereinsvorsitzende des Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. Sie ist Mitglied im Arbeitsausschuss der Stiftung Topographie des Terrors.



Anlieferung des Grundsteins zur Veranstaltung am 1. September 1989, im Hintergrund der Martin-Gropius-Bau.
Foto: Stiftung Topographie des Terrors

Michael Pagels und Leonie Baumann bei der Platzierung der Inschrift auf dem Grundstein, Thomas Lutz links oben im Hintergrund, 1. September 1989.
Foto: Aktives Museum

Leonie Baumann,
Vorsitzende Aktives
Museum Faschismus und
Widerstand in Berlin e.V.
bei der Veranstaltung am
1. September 1989.
Foto: Stiftung Topographie
des Terrors



Der Grundstein vor dem
Eingang zur Ausstellung der
»Topographie des Terrors«,
Winter 1990.
Foto: Stefanie Endlich



Neuplatzierung des Grundsteins am Bauzaun, mit Beteiligung von Thomas Lutz, im Rahmen der Mahnwache des Vereins Aktives Museum auf dem Gelände der »Topographie des Terrors«, 7. Mai 2004.
Foto: Friederike Hauffe

Der Grundstein am jetzigen Standort, Mai 2023.
Foto: Florian Kimmelmeier/
Stiftung Topographie des Terrors

Teamerweiterung – aus den ersten Jahren der »Topographie des Terrors«

Als Thomas Lutz im Februar 1993 zu uns stieß, tourte die erste große Sonderausstellung »Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945« gerade durch Russland, wurden eine englische Fassung der Hauptausstellung »Topographie des Terrors« für eine Präsentation in den USA und eine italienische Fassung für die Präsentation in Italien vorbereitet. Der Arbeitsdruck in unserem kleinen Team (Frank Dingel, Klaus Hesse, Andreas Sander) war entsprechend hoch. Da lag es nahe, dass wir uns durch ihn Unterstützung in den übrigen laufenden Tätigkeiten, vor allem bei der zeitintensiven Besucherbetreuung, erhofften. Führungen wurden zu der Zeit durch uns, die wissenschaftlichen Mitarbeiter, durchgeführt, zusätzlich zu den kuratorischen Aktivitäten wie Ausstellungsrecherchen und Arbeit an den Drehbüchern. Da, unter dem Dach der Berliner Festspiele GmbH, unsere eigentlichen Büroräume inzwischen in der Budapester Straße lagen, richteten wir für jeden von uns sogenannte wöchentliche »Präsenzdienste« vor Ort ein, in unserem Büro im Sockelgeschoss des Martin-Gropius-Baus (MGB), gegenüber dem Ausstellungspavillon der ersten Fassung der »Topographie des Terrors«. Sie dienten nahezu ausschließlich der Besucherbetreuung, vor allem den Führungen.

Mit Thomas konnten diese »Präsenzwochen« auf die Schultern von vier wissenschaftlichen Mitarbeitern verteilt und somit gut ein ganzer Monat abgedeckt werden. Dies alles spielte sich in einer sehr kollegialen Atmosphäre ab. Aus heutiger Sicht, nach 30 Jahren, erscheint es einem wie der letzte Rest der oft »familiären« Stimmung im Projekt in seinen Aufbruchsjahren.

Dabei übersahen wir etwas, dass Thomas mit dem Gedenkstättenreferat ein eigenes Tätigkeitsfeld mitbrachte, das ihn zunehmend beanspruchte. Er sagte später einmal, dass er sich damals erhofft hatte, dass jemand von uns ihn dabei unterstützen würde. Angesichts unserer umfangreichen Aufgaben blieb dies aber unrealistisch. So blieb das Gedenkstättenreferat sein eigener, weitestgehend autonomer Arbeitsbereich, dem er sein volles Engagement widmete.

Über das Gedenkstättenreferat ist auch die »Topographie des Terrors« zunehmend in das weitverzweigte internationale Gedenkstätten-Netzwerk einbezogen worden, das Thomas Lutz zusammen mit anderen entwickelte,

auch wenn sie sich selbst immer eben nicht als Gedenkstätte, sondern als wissenschaftliches Dokumentationszentrum an einem zentralen »Ort der Täter« verstand. In den Gedenkstättenseminaren, die als Foren für einen intensiven Austausch dienten, gab es immer wieder die Möglichkeit, die unterschiedlichen Formen der Auseinandersetzung mit den historischen Orten, durchaus auch kontrovers, zu diskutieren und so die eigene Position zu überprüfen und zu schärfen.

Wir hoffen, dass das Gedenkstättenreferat auch nach Thomas Ausscheiden weitergeführt wird und es sein produktives ›Networking‹ fortsetzen kann. Die Voraussetzungen dafür hat Thomas Lutz in jahrzehntelanger Arbeit geschaffen.

Führung mit Thomas Lutz im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Veranstaltung zu spanischen Deportierten, 21. September 2010.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors



Klaus Hesse war von 1987 bis 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ausstellungskurator der »Topographie des Terrors«

Andreas Sander war von 1989 bis 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ausstellungskurator der »Topographie des Terrors«

Das »Gedenkstättenreferat« der Stiftung Topographie des Terrors

Abdruck in: GedenkstättenRundbrief 100 (4/2001), S. 13–18

Die »Topographie des Terrors« in Berlin ist keine Gedenkstätte. Sie bezieht sich jedoch in ihrer Arbeit auf einen konkreten historischen Ort, das »Regierungsviertel des nationalsozialistischen SS- und Polizeistaates«, an dem sich unter anderem die Zentralen der SS, der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes befanden. Seit 1987 hat sie das historische Gelände der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und historisch erschlossen. Zugleich hat sie in einer dokumentarischen Ausstellung, die bis heute über zwei Millionen Besucher angezogen hat, nicht nur über die zentralen Agenturen des nationalsozialistischen Terrors, sondern auch über die großen politischen und rassistischen Verbrechen des NS-Systems informiert.

Obwohl in der Ausstellung wie in der Arbeit der Stiftung allgemein natürlich auch der Opfer gedacht wird, handelt es sich doch in erster Linie um einen Ort der Täter, an dem danach gefragt wird, unter welchen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen die Verbrechen möglich waren und von wem sie verübt wurden. Während der Opfer des NS-Terrors gedacht werden muss, gilt das nicht für die Täter, über die stattdessen kritisch aufzuklären ist.

Wie kommt es nun, dass eine Einrichtung, die selber keine Gedenkstätte ist, ein »Gedenkstättenreferat« hat? Gegründet wurde das »Gedenkstättenreferat« 1983 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., die damit auf das neue gesellschaftliche Interesse an den Orten des NS-Terrors reagierte, das sich seit den späten Siebzigerjahren immer deutlicher äußerte und seinen Niederschlag in zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen zur »Spurensicherung« fand. Das neue Referat bemühte sich mit rasch wachsendem Erfolg um die Unterstützung der einzelnen Initiativen, um den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Beteiligten, um Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter und bald auch um den internationalen Austausch der in der Gedenkstättenarbeit Tätigen. Schon im ersten Jahr dieser neuen Aktivitäten begann der »GedenkstättenRundbrief« zu erscheinen. Im Übergang zu den Neunzigerjahren war das »Gedenkstättenreferat« nicht nur fest etabliert, sondern auch die erste Adresse in der Bundesrepublik für alle Fragen, die mit den Gedenkstätten und der Gedenkstättenarbeit zusammenhingen. Allerdings hing über dem Referat von Anfang an das Damoklesschwert der anhaltenden Finanzschwierigkeiten



der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, und Anfang der Neunzigerjahre entstand eine Situation, in der man einige Arbeitsfelder aufgeben musste, wenn die übrigen Aktivitäten finanziell gesichert sein sollten. In dieser Situation wandten sich der Sprecher des Kuratoriums, Dr. Franz Freiherr von Hammerstein, und der Vorsitzende der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Pfarrer Dr. Manfred Karnetzki, an die »Topographie des Terrors«, die im Januar 1992 als zunächst unselbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet worden war. Da die ASF das »Gedenkstättenreferat« nicht mehr finanzieren konnte, wurde die »Topographie des Terrors« gefragt, ob sie bereit sei, dieses zu übernehmen und so die Kontinuität der Arbeit zu sichern. Obwohl die Stiftung in ihrem Etat über keine entsprechende Stelle verfügte, entschloss sie sich ohne langes Zögern, diesem Wunsch zu entsprechen. Benutzt wurde dafür die neu geschaffene, noch nicht besetzte Stelle eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. So konnte Thomas Lutz, der das »Gedenkstättenreferat« seit Anfang 1984 geleitet und in seiner Arbeit geprägt hatte, am 1. Februar 1993 seine Tätigkeit in der Stiftung Topographie des Terrors aufnehmen. Im März 1993 erschien der erste »GedenkstättenRundbrief« unter der Verantwortung der Stiftung – damals wie heute mit dem Hinweis: »Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.«.

Für die Stiftung Topographie des Terrors bedeutete die Entscheidung, das »Gedenkstättenreferat« zu übernehmen, eine beträchtliche Erweiterung ihres Aufgabenbereichs. Aus dem Projekt von 1987 entstanden, hatte sie bis dahin vor allem Ausstellungsaufgaben wahrgenommen. Von Februar bis September 1989 reiste eine Zweitfassung der »Topographie des Terrors« durch die DDR, im Juni 1991 wurde zum 50. Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion die Ausstellung »Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945« eröffnet, die anschließend auch in Sachsenhausen, später in Hamburg und Dortmund, in einer russischen Fassung erstmals 1992 in Moskau, bald darauf in St. Petersburg, Wolgograd und anderen Großstädten gezeigt wurde,

Deutsch-polnisches Seminar »Regionalgeschichtliche Aufarbeitung des Schicksals polnischer Zwangsarbeiter in Deutschland«, Berlin, Mai 1997.

Foto: Hans D. Beyer/
Stiftung Topographie des Terrors

während die »Topographie des Terrors« in einer englischen Fassung nach Chicago, in einer italienischen nach Mailand und Genua ging.

In Berlin wurden Besucher und Besuchergruppen intensiv betreut. Zugleich wurden die Sammlungen von schriftlichen und bildlichen Dokumenten zu den Themen der »Topographie des Terrors« im Hinblick auf spätere Überarbeitungen der Ausstellung und ergänzende Informationsangebote weitergeführt. Es bestanden, nicht zuletzt durch die Ausstellungsaktivitäten, zahlreiche Kontakte zu anderen Institutionen, es fanden auch öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt, aber es existierte kein systematisch entwickeltes Netzwerk zu NS-Gedenkstätten im In- und Ausland, keine Seminar- und Konferenzprogramme, auch keine regelmäßig erscheinende Publikation der Stiftung. All das kam nun durch das »Gedenkstättenreferat« dazu, und die Stiftung hat mit ihrer Infrastruktur und ihren Haushaltsmitteln von Anfang an entscheidend dazu beigetragen, dass diese Aktivitäten nicht nur fortgeführt, sondern auch ausgebaut werden konnten.

Von großer Bedeutung für die Vernetzung der Gedenkstättenarbeit und für die Durchsetzung gemeinsamer Standards für die pädagogische und inhaltliche Arbeit in den Gedenkstätten sind die zwei Mal jährlich an jeweils wechselnden Orten durchgeführten bundesweiten Gedenkstättenseminare, an denen durchschnittlich ca. 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen, von denen viele ehrenamtlich tätig sind, teilnehmen. Die Spannweite der Themen reicht hier von »Kriegsgefangene und Opfer der Wehrmachtsjustiz – Geschichte und Rezeption in der Gedenkstättenarbeit« (Torgau, Juni 1993) bis »Ostwestfälische Provinz im Spannungsfeld von SS-Ideologie, SS-Mythen und Lageralltag« (Wewelsburg, Mai 2001). Im Jahr 2000 fand beispielsweise das erste Gedenkstättenseminar unter dem Titel »Gedenkstätten – Gesellschaft – Gedächtnis«, das mit einem Grundsatzreferat von Ministerialdirektor Dr. Knut Nevermann, dem Stellvertreter des »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien«, eröffnet wurde, in Schwerin statt, während das zweite Seminar in Köln dem Thema »Polizei und NS-Verbrechen – Aufarbeitung und Dokumentation im NS-Dokumentationszentrum Köln« gewidmet war. Da es inzwischen bis zu 125 Anmeldungen für einzelne Seminare gibt, sind hier längst die Kapazitätsgrenzen erreicht.

Ergänzt werden diese Mitarbeiterseminare durch Fachseminare mit durchschnittlich 25 bis 30 Teilnehmern, von denen inzwischen jährlich zwei bis drei angeboten werden. Hier geht es in der Diskussion mit führenden Fachwissenschaftlern und in Auseinandersetzung mit aktuellen Forschungsergebnissen u.a. um die frühen NS-Lager, »Arbeitserziehungslager«, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager, um die Darstellung der Täter in den Gedenkstätten, die Verbrechen von Nationalsozialismus und Stalinismus an einem Ort, den Umgang mit Orten jüdischer Geschichte, Gedenkstätten und neuen Medien, Gedenkstätten und Homepages im Internet und den Umgang mit den baulichen Überresten der Konzentra-



Studienreise durch
Deutschland für Gedenk-
stättenmitarbeiter/innen
aus 12 Ländern, Burghof
der Wewelsburg,
September 1997.
Foto: Kreismuseum
Wewelsburg

tionslager. Von denjenigen, die im Gedenkstättenbereich praktische Arbeit zu leisten und strategische Entscheidungen zu treffen haben, werden diese Seminare offensichtlich als außerordentlich hilfreich für die eigene Arbeit empfunden.

Seit 1997 ist mit der Veranstaltung internationaler Studienreisen darüber hinaus eine neue Form des internationalen Erfahrungsaustauschs im Gedenkstättenbereich entwickelt worden. Am Anfang stand die Einladung von Mitarbeitern polnischer und tschechischer Gedenkstätten, einige der wichtigsten Gedenkstätten in der Bundesrepublik zu besuchen. Dem entsprach im folgenden Jahr eine Reise zu den polnischen Gedenkstätten in Chelĳno (Kulmhof), Treblinka, Majdanek und Sobibór. Ein ähnliches Programm konnte 1999/2000 für Mitarbeiter italienischer Gedenkstätten, die nach Deutschland eingeladen wurden, und deutscher Gedenkstätten, die nach Italien reisten, durchgeführt werden. Beide Programme haben zu einer deutlichen Intensivierung des Erfahrungs- und Meinungsaustauschs zwischen den beteiligten Ländern geführt. Im Herbst 1997 besuchte eine hochkarätig zusammengesetzte Studiengruppe aus Leitern und führenden Mitarbeitern von Gedenkstätten in zwölf Ländern (Europa, Israel, Nord- und Südamerika) zahlreiche Gedenkstätten in Deutschland. Für die meisten der Teilnehmer, die u.a. aus Auschwitz, Kiew, Vancouver, Washington und Buenos Aires kamen, war es die erste Begegnung mit Stätten der NS-Verfolgung in Deutschland. So wurden nicht nur bestehende Arbeitsbeziehungen ausgebaut, sondern auch neue begründet.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die internationalen Konferenzen hinzuweisen, die vom »Gedenkstättenreferat« organisiert wurden: 1994 in Washington gemeinsam mit dem United States Holocaust Memorial Museum über den Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust in Deutschland und den USA; 1998 in Berlin gemeinsam mit der Gedenkstätte Haus der

Wannsee-Konferenz und der Paulo Freire-Gesellschaft über den Umgang mit der Vergangenheit nach Diktaturen (Argentinien, Chile, Deutschland, Polen, Südafrika); 1998 in Oświęcim (Auschwitz) gemeinsam mit der Internationalen Jugendbewegungsstätte Auschwitz über Chancen und Probleme internationaler Jugendbegegnung an Orten der NS-Verbrechen; 2000 in Oświęcim (Auschwitz) gemeinsam u.a. mit der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und dem Goethe-Institut Krakau über »Die Kunst der Erinnerung – Deutschland, Israel und Polen im Vergleich«. Es ist offensichtlich, dass diese internationale Arbeit immer wichtiger wird und damit auch die Arbeit des »Gedenkstättenreferats« künftig noch stärker prägen wird.

Das zeigt sich auch in den vom »Gedenkstättenreferat« wahrgenommenen Beratungsaufgaben. Thomas Lutz ist beispielsweise Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit des Landes Niedersachsen. Seine Sachkenntnis wird von parlamentarischen Gremien, Ministerien und Behörden in Anspruch genommen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf internationale Aufgaben. Er ist beratend bei der Neukonzeption oder Überarbeitung von Gedenkstätten und ihren Ausstellungsprogrammen tätig. Im Januar 2000 nahm Thomas Lutz als Gast der schwedischen Regierung an dem »International Forum on the Holocaust« in Stockholm teil, wo er über die Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland referierte. Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes ist er Mitglied der deutschen Delegation der »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research« und war als solches wesentlich an der Vorbereitung der »Task Force«-Sitzungen unter deutscher Präsidentschaft beteiligt. Er ist außerdem Vorsitzender der »Memorials Working Group« der »Task Force«.

Der »GedenkstättenRundbrief«, dessen Auflage sich seit 1993 fast verdoppelt hat (im Jahre 2000 waren es ca. 1100 Exemplare, von denen rund 10% ins Ausland geliefert werden), erscheint seit April 1997 in einem veränderten Layout und Format. Als Ergebnis einer zunehmenden Professionalisierung der inhaltlichen Arbeit und der äußeren Aufmachung hat sich der Rundbrief von einem Mitteilungsblatt für einen kleinen Kreis von Interessenten deutlich in Richtung einer Zeitschrift entwickelt, die sich auch an eine breitere Öffentlichkeit wendet. Die bewährte Mischung von grundsätzlichen Reflexionen, Berichten über einzelne Gedenkstätten und thematisch weit gestreuten Fachbeiträgen ist inzwischen durch regelmäßige Hinweise auf neue Literatur, laufende Forschungsvorhaben und einschlägige Veranstaltungen ergänzt worden. In Beiträgen über die Entwicklung von Gedenkstätten in anderen Ländern wird auch hier seit einigen Jahren die Tendenz zur stärkeren internationalen Kooperation deutlich sichtbar.

Im Januar 2000 hat das »Gedenkstättenreferat« der Stiftung Topographie des Terrors mit dem »GedenkstättenForum« schließlich eine zentrale Informations- und Kommunikationsplattform im Internet geschaffen. In der Sparte »Aktuelles« wird ein werktäglich aktualisierter Pressespiegel

zu Themen der Erinnerungskultur und der Gedenkstättenarbeit angeboten. Unter den Rubriken »Veranstaltungen«, »Publikationen«, »Gedenkstätten-Rundbrief« und »Forschung und Projekte« sind aktuelle Informationen abrufbar. Die »Gedenkstättenübersicht« bietet einen Überblick und Kurzinformationen zu den wichtigsten Gedenkstätten, die ein regelmäßiges Besucherprogramm anbieten. Die »Link«-Sammlung enthält zur Zeit etwa 300 Verweise zu anderen Internetprojekten, die für die Gedenkstättenarbeit von Interesse sein können. Die »PublicNewsgroup« bietet ein für alle Internetnutzer offenes Diskussionsforum, das »NetzwerkForum« steht dagegen nur Institutionen und Personen zur Verfügung, die sich angemeldet und ein Passwort erhalten haben (zur Zeit etwa 250 Teilnehmer). Im »GedenkstättenForum« werden derzeit 60–70 Nutzungen pro Tag registriert. Der Betreuungsaufwand für das »GedenkstättenForum« ist beträchtlich, stellt aber eine sinnvolle Investition in die Zukunft dar.

Der Rückblick auf die in nunmehr acht Jahren in der Stiftung Topographie des Terrors geleistete Gedenkstättenarbeit bestätigt eindrucksvoll die Richtigkeit der damaligen Entscheidung, die Weiterführung des »Gedenkstättenreferats« im Rahmen der Stiftung zu sichern. Die Gedenkstättenarbeit ist zu einem zentralen und unverzichtbaren Bestandteil der Stiftung geworden. Sie hat die Sichtbarkeit der Stiftung im nationalen und internationalen Rahmen erhöht, die Kontakte zu anderen Einrichtungen verstärkt und damit die Wirkungsmöglichkeiten der Stiftung insgesamt wesentlich vergrößert. Auf der anderen Seite hat die Gedenkstättenarbeit im Rahmen der Stiftung die Möglichkeit erhalten, sich auf einer gesicherten Grundlage breit zu entfalten, neue Tätigkeitsfelder zu erschließen und nicht zuletzt auch die Möglichkeiten der neuen Medien intensiv zu nutzen. Da die Zukunft durch die immer stärkere Vernetzung der Arbeit in den Gedenkstätten und die fortschreitende Internationalisierung der theoretischen Reflexion und der Gedenkstättenpraxis bestimmt sein wird, werden die Aufgaben des »Gedenkstättenreferats« nicht kleiner, sondern größer werden. Die Stiftung Topographie des Terrors wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um den damit verbundenen Herausforderungen auch künftig gerecht zu werden.

Prof. Dr. Reinhard Rürup (1934–2018), emeritierter Professor für neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin, hat das Ausstellungsprojekt »Topographie des Terrors« von Beginn an geleitet und war bis 2004 wissenschaftlicher Direktor der gleichnamigen Stiftung.

25 Jahre Gedenkstättenreferat



Begrüßung zur Veranstaltung am 6. Februar 2018 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Gedenkstättenreferats, Abdruck in: GedenkstättenRundbrief 189 (3/2018), S. 3–4

Im Juli letzten Jahres haben wir 30 Jahre »Topographie des Terrors« feiern können. Nun, am 1. Februar 2018 steht ein weiteres Jubiläum an: 25 Jahre Gedenkstättenreferat in der Stiftung Topographie des Terrors. Mit diesem Gedenkstättenreferat hat es seine besondere Bewandnis: Wenige Monate nach der Gründung der Stiftung Topographie des Terrors kam Franz von Hammerstein als Vorsitzender des Kuratoriums von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. auf uns zu und regte an, das bereits seit zehn Jahren dort bestehende Gedenkstättenreferat zu übernehmen, da es in dem Prozess der Wiedervereinigung der beiden Aktion Sühnezeichen Ost und West finanzielle Probleme gebe. Das war eine interessante Idee, der wir dann im Frühjahr 1993 nachgekommen sind. Franz von Hammerstein war zu dieser Zeit mit beiden Einrichtungen eng verwoben: Er gehörte zu den frühen Unterstützern des Projekts »Topographie des Terrors« und war Mitglied der Fachkommission, die 1990 unter dem Vorsitz von Reinhard Rürup ein Konzept für einen dauerhaften Lernort »Topographie des Terrors« vorgelegt hatte – und er war 1958 nicht nur Mitgründer der »Aktion Sühnezeichen«, sondern auch fast zehn Jahre deren Generalsekretär gewesen. Die Vorteile einer Übernahme lagen auf der Hand: Das Gedenkstättenreferat gab einen Rundbrief heraus. Für die neu gegründete Stiftung bot sich damit ein bereits bewährtes Kommunikationsmedium an. Zugleich kam als Aspekt dazu, dass die »Topographie des Terrors« mit ihrer konkret vom historischen Ort ausgehenden Ausstellung über den lokalen Rahmen hinaus Aufgaben übernehmen und im Bereich der nationalen, später zunehmend auch der internationalen Erinnerungskultur tätig werden konnte. Reinhard Rürup, der frühere Wissenschaftliche Direktor der Stiftung, hat das anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Gedenkstättenreferats in einer eigens dafür publizierten Broschüre mit dem Titel »Netzwerk der Erinnerung« so formuliert – und zwar in Anbetracht der Feststellung, dass es sich bei der »Topographie des Terrors« um einen »Täterort« handele, nicht aber um eine Gedenkstätte im üblichen Sinne: »Deshalb mag es auf den ersten Blick überraschen, dass die Stiftung gleichwohl die einzige Einrichtung in Deutschland ist, die seit nunmehr zehn Jahren über ein bundesweit arbeitendes Gedenkstättenreferat verfügt. [...] Dennoch gab es kein längeres Zögern [...]. Die von dem Referat bisher geleistete Arbeit wurde als sinnvoll und notwendig eingeschätzt, und die

Stiftung als eine hauptstädtische Einrichtung die es mit der Geschichte des NS-Terrors insgesamt zu tun hat, war bereit, auch übergreifende Aufgaben zu übernehmen.«

Das Gedenkstättenreferat hat als »Ein-Mann-Betrieb« begonnen – bereits damals in der Person von Thomas Lutz –, der damit, einschließlich seiner Zeit bei Aktion Sühnezeichen, über 35 Jahre hinweg – bis heute – seine Kenntnisse, Kontakte und Praxiserfahrungen eingebracht hat. Auch dieses möchten wir heute besonders würdigen und sagen herzlichen Dank für Deine kontinuierliche, mit großem Engagement betriebene und erfolgreiche Arbeit!

Im Laufe der Zeit konnte das Gedenkstättenreferat personell erweitert werden und so kam Michaela Illner mit einer Halbtagsstelle dazu. Außerdem waren über die Jahre hinweg insgesamt zwölf österreichische Gedenkdiener im Referat tätig sowie vier Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr in der »Topographie des Terrors« absolviert haben. Sie alle haben vor allem die kontinuierliche Betreuung des Online-Gedenkstättenforums und damit auch die tägliche Pressebericht-Auswahl, gewährleistet. Auch ihnen allen gebührt unser besonderer Dank!

Wenn ich im Folgenden die wesentlichen Arbeitsfelder des Gedenkstättenreferats benenne, so soll deutlich werden, dass das Referat nicht nur eine bedeutende Abteilung der Stiftung ist, sondern in gewisser Weise zugleich auch ein eigenes Feld bestellt. Innerhalb der dezentralen Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik dient das Gedenkstättenreferat als zentrale Informations- und Koordinierungsstelle für Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Des Weiteren nimmt es vielfältige Beratungsaufgaben in Deutschland und im Ausland wahr. Dazu gehört die Beratung bei Neu- und Weiterentwicklungen von Gedenkstätten, die Beratung von Bundesregierung und Landesregierungen, aber auch die Beratung von neuen Ausstellungen in diversen anderen Ländern sowie von internationalen Projekten der UNESCO, des International Council of Museums (ICOM) und der International Holocaust Remembrance Association, an der Thomas Lutz als Delegierter der Bundesrepublik seit über 15 Jahren mitwirkt. Neben dem nach wie vor regelmäßig erscheinenden »GedenkstättenRundbrief« ist auch das bereits erwähnte »Online-GedenkstättenForum« mit eigenem Pressespiegel ein wichtiges Kommunikationsforum. Darüber hinaus organisiert das Referat bundesweite Gedenkstättenseminare sowie internationale Seminare und Konferenzen. Das Gedenkstättenreferat hat die nationale und internationale Anerkennung der Stiftung Topographie des Terrors wesentlich mitgeprägt. Durch die guten Beziehungen war es etwa möglich, die Kabine, in der Adolf Eichmann während seines Prozesses in Jerusalem gesessen hat, anlässlich der hier 2011 gezeigten Sonderausstellung auszuleihen und erstmals außerhalb von Israel zu zeigen.

Prof. Dr. Andreas Nachama war bis 2019 Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.

Grußwort zur Veranstaltung am 6. Februar 2018
anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Gedenkstättenreferats,
Abdruck in: GedenkstättenRundbrief 189 (3/2018), S. 5–7

Am 5. Juli des vergangenen Jahres habe ich in der »Topographie des Terrors« gesprochen. Anlass war der 30. Geburtstag der Stiftung und der Einrichtung. Damals habe ich gesagt, dass mit – seit Jahren konstant über der Millionengrenze liegenden Besucherzahlen – die »Topographie des Terrors« ein Eckpfeiler des kulturellen Lernens in Berlin und ganz Deutschland geworden ist. Die Geschichte begann ja aber noch eher: Der in den 1980er-Jahren gegründete Verein »Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin« und die dann etwas später entstandene »Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände«, aber auch viele andere gehörten zu denen, die dann im Mai 1985 hier – am Ort der Täter – anfangen, im wahrsten Sinne des Wortes nachzugraben. Gemein war ihnen allen, dass sie sich einsetzten für einen Lernort und seine Verstetigung. »Topographie des Terrors« – das ist nicht nur ein Ort, das ist weit mehr – es ist auch eine Aufgabe. Die Aufgabe besteht darin, am historischen Ort und darüber hinaus dafür zu sorgen, dass die Erinnerungsarbeit unserer Tage auf einer wissenschaftlich fundierten Basis steht. Es kann daher in erster Linie nicht darum gehen, immer wieder ein »Tal der Tränen« zu durchschreiten – auch, wenn wir es bei der Vermittlung von NS-Verbrechen mit unvorstellbarer Gräueltat und immensen Leiden zahlloser Opfergruppen zu tun haben. Wir haben uns immer wieder dem Auftrag einer progressiven Ausstellungs- und Bildungsarbeit zu stellen. Dazu trägt bei der »Topographie des Terrors« auch das Gedenkstättenreferat bei, das sich bundesweit einsetzt, für das, was über Trauerarbeit und Gedenken hinaus an Erinnerungsarbeit zu leisten ist. Es steht seit 25 Jahren für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur, die sich immer auch aktuellen Fragestellungen und Herausforderungen gegenüberstellt.

Lassen Sie mich kurz einen Blick zurückwerfen auf einige markante Etappen der »Topographie des Terrors«. Eingangs habe ich die frühen Wurzeln ja bereits erwähnt: Nach der »Wende« 1989/90 und nach dem Beschluss, Berlin zur Hauptstadt zu machen, wurde aus dem von bürgerschaftlichem Engagement unterstützten, ursprünglich West-Berliner Projekt »Topographie des Terrors« 1992 eine zunächst unselbstständige Stiftung öffentlichen Rechts, eingerichtet durch das Land Berlin. Ein Jahr später, 1993, gab es dann zwei einschneidende Ereignisse: Das Land Berlin lobte einen Wettbe-

werb für das neue Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors« aus, und der Stiftungsrat unter dem Vorsitz des Berliner Kultursenators stimmte zu, das vorher bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. angesiedelte Gedenkstättenreferat in die neu gegründete Stiftung zu übernehmen. Damit war Berlin bereit, Verantwortung für eine bundesweite Aufgabe zu übernehmen – und ich bin stolz darauf. Berlin konnte mit der Arbeit auch in das Bundesgebiet hineinwirken, bevor es dann ein Jahr später, also 1994, zu einer seither gemeinsamen finanziellen Trägerschaft der »Topographie« mit dem Bund kam.

Der Anlass des nun 25-jährigen Bestehens des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors ist ein geeigneter Moment, die ebenso erfolgreiche wie notwendige Tätigkeit der Stiftung zu würdigen. Im Jahr 1993 war die »Topographie des Terrors«, wie eben erwähnt, ja selbst noch im Aufbau. So sind die beiden damaligen Direktoren, Prof. Dr. Reinhard Rürup und Prof. Dr. Andreas Nachama, für den Weitblick zu beglückwünschen, das Gedenkstättenreferat in die entstehende Stiftung eingegliedert zu haben. Die Entscheidung hat sich bewährt – das steht heute fest. Das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors hat sich im Laufe der Zeit als absolut adäquates Pendant der dezentralen Gedenkstättenlandschaft in Deutschland entwickelt. So wichtig es ist, dass es sowohl von den historischen Zusammenhängen als auch von der geografischen Verteilung her sehr viele unterschiedliche Gedenkstätten in Deutschland gibt, so sehr hat sich das Gedenkstättenreferat als die Einrichtung erwiesen, die in der Lage ist, dieses Netzwerk zu koordinieren und damit die Stärken der einzelnen Institutionen im Gesamtrahmen zu unterstützen. Sicherlich hat das auch mit der thematischen Ausrichtung des Dokumentationszentrums »Topographie des Terrors« zu tun, dass sich dadurch von den Gedenkstätten unterscheidet, dass es sich mit all den verschiedenen Facetten der NS-Verbrechensgeschichte in ihrer Gesamtheit auseinandersetzt. Die Entscheidung der Übernahme des Gedenkstättenreferats hat sich auch in einer weiteren Hinsicht bewährt.

Mit der Zunahme der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung über NS-Verbrechen, der Gestaltung neuer Gedenkort und der Entwicklung der Bildungsarbeit wird das Gedenkstättenreferat auch vom Ausland immer mehr angefragt. So ist das Gedenkstättenreferat in bewährter Weise beides: Ein überregional wirkender Knotenpunkt des Netzwerkes der Gedenkstätten in Deutschland und ein Kompetenzzentrum für nationale wie internationale Beratungstätigkeiten. Das ist auch angesichts der aktuellen Entwicklungen hierzulande, dem wachsenden Rechtspopulismus und einer AfD als Akteur in der Parteienlandschaft, wichtig. Das Gedenkstättenreferat hat mit der Stiftung Topographie des Terrors die in jeder Hinsicht passende Basis für seine Tätigkeit. Und die Stiftung Topographie des Terrors konnte ihr Ansehen in Deutschland und im Ausland auch dadurch stärken, dass sie das Gedenkstättenreferat vor 25 Jahren übernommen und in anspruchsvoller Weise weiterentwickelt

hat. Es bleibt zu wünschen, dass die Arbeit in dieser anerkannten Form als Rückgrat einer dezentralen ausgeformten Gedenkstättenlandschaft fortgeführt werden wird. Das Land Berlin und der Bund stehen dahinter! Die Aufarbeitung des NS-Terrors kennt keinen Schlusstrich. Allerdings wird es nötig sein, auf die sich im Laufe der Zeit verändernden Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte für die Gedenkstätten angemessene Möglichkeiten des Agierens zu finden. Ich bin mir sicher: Das Gedenkstättenreferat hat dabei als Ideengeber und Koordinator in dieser Hinsicht auch in Zukunft eine zentrale, wenn auch keine zentralisierende Funktion inne. Ich beglückwünsche Sie zu 25 Jahren, danke Ihnen für Ihre Arbeit und weiß, dass sich unsere Wege auch in Zukunft noch häufig kreuzen werden, da die Aufarbeitung und die Präsentation von Gedenken und Erinnerung mir große Anliegen sind und ich Sie dabei an meiner Seite weiß.

Dr. Klaus Lederer war von 2016 bis 2023 Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin.



Podiumsdiskussion am 6. Februar 2018 in der »Topographie des Terrors«, mit (v.l.) Thomas Lutz, Alexander Hasgall, Carol Gluck und Uwe Bergmeier. Foto: Britta Scherer/ Stiftung Topographie des Terrors

CHRISTEL TROUVÉ *In Vertretung
von Thomas Lutz*

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass ich ohne Thomas Lutz nicht in Bremen gelandet wäre. Den Pfad zu meiner heutigen Tätigkeit am Denkort Bunker Valentin in Bremen hat er gelegt – und ich bin ihm sehr dankbar dafür!

Alles fing Mitte der 1990er-Jahren an, als ich als junge Studentin auf dem Gelände der Topographie des Terrors tätig wurde. Damals wurden die Gruppen noch von den »WiMis«, den wissenschaftlichen Mitarbeitern, begleitet: für Thomas Lutz, Frank Dingel, Andreas Sander und Klaus Hesse sprang ich bei französischen Besuchergruppen als Dolmetscherin ein. Bald übernahmen studentische Hilfskräfte die Betreuung der immer zahlreicher werdenden internationalen Besucher*innen-Gruppen. Zu dieser Zeit wiesen noch die weißen Türme von Peter Zumthor auf eine andere architektonische Zukunft der »Topographie« hin. Jahre, Projekte und eine abgeschlossene Promotion später vertraute mir dann Thomas »sein« Referat für die Zeit seines Forschungsaufenthalts am USHMM in Washington D.C. an.

Ich lernte die Kulissen des Gedenkstättenreferats und zahlreiche (inter)nationale Akteur*innen kennen, durfte den GedenkstättenRundbrief mitgestalten und diverse Tagungen mit organisieren – und war froh, nicht alle anstehenden Auswärtstermine wahrnehmen zu müssen ... Heute noch denke ich mit großer Freude an diese anspruchsvollen und umso bereichernden Monate.

Dr. Christel Trouvé ist wissenschaftliche Co-Leiterin am Denkort Bunker Valentin in Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung Bremen.

Freiwillige im Gedenkstättenreferat – zwei Generationen

Zoom-Gespräch am 6. März 2023. Interviewer: Florian Kimmelmeier

Florian Kimmelmeier (FK): Ich wollte euch beide zunächst bitten zu sagen, was ihr überhaupt mit dem Gedenkstättenreferat zu tun hattet.

Wolfgang Madl (WM): Ich bin Österreicher und in Österreich gibt es nach wie vor einen Wehrdienst, den man auch als Zivildienst absolvieren kann, und ich war von Mai 2000 bis Ende Juni 2001, also 14 Monate lang, bei der Stiftung Topographie des Terrors, als Auslands-Zivildienst. Das ist in Österreich eine fest verankerte Institution, eine Möglichkeit, dass man einen sogenannten Gedenkdienst an einer Einrichtung, die sich mit den Verbrechen des Nazi-Regimes auseinandersetzt, absolvieren kann.

FK: Caro, wie ist das bei dir?

Caroline Tupikowski (CT): Das erste Mal war mein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) Kultur, als erste FSJ-lerin nach dem österreichischen Gedenkdienst, von September 2014 bis August 2015. Das war bei mir auch alles eher Zufall. Während meiner Abizeit wusste ich noch gar nicht, was ich machen will. Meine Schwester hat ein normales FSJ in einem Hort gemacht und dann hab' ich mich informiert und das FSJ Kultur gefunden. Ich glaub' so um die 120 Einrichtungen waren es damals, da konnte man sich drei aussuchen. Ich hatte mir ausgesucht: die Topo, Sachsenhausen und Ravensbrück. Also da war schon immer so eine Tendenz bei mir zur NS-Geschichte, aber ich war mir nicht ganz sicher, was ich damit machen soll.

FK: Wie kam das bei dir, dass du da so einen starken Fokus hattest?

CT: Insgesamt sind es bei dem FSJ Kultur, wie der Name schon sagt, kulturelle Einrichtungen, tatsächlich ist der Teil von Erinnerungskultur da sehr klein. Ich glaub' neben den drei erwähnten gab es noch das Museum Karlsborst und das war's eigentlich, was NS-Geschichte oder Erinnerung anging. Mir war klar, ich will nicht aus Berlin weg, das heißt, entweder ich erreich' es mit der Bahn, oder es ist raus für mich. Irgendwie hat mich die Topo vom Namen extrem angezogen, denn obwohl ich in Berlin geboren und aufgewachsen bin, kannte ich die Topo nicht! Darum war das auf jeden Fall mit in der Auswahl. Mein Opa war zu Kriegszeiten ein Kind, und hat mir, als ich jünger war, auch viel davon erzählt, und irgendwie hat er mir diese Affinität zu Geschichte vermittelt und dadurch war dann für mich klar, ich will nicht in ein Theater und Kulissen bauen, sondern ich will in Richtung Geschichte gehen und schauen, ob mir das gefällt.

FK: Und Wolfgang, wie war das bei dir?

WM: Welche Einrichtung speziell, da war ich jetzt nicht so fixiert. Mir war ein bisschen daran gelegen, dass ich in eine größere Stadt komme. Es war sicher etwas mehr Berlin als die Topo, muss ich ganz ehrlich gestehen. Es war damals eine enorm spannende Stadt. Und dann ist es halt die Topo geworden. Ich war da, wie gesagt, relativ unbelastet, in dieser ganzen Erinnerungskultur.

FK: Kannst du dich noch erinnern, wann du das erste Mal diesen Titel »Topographie des Terrors« gehört hast?

WM: Das war definitiv, nachdem ich eigentlich den Dienst fest hatte. Dass man sich auch mit der Organisation, mit der Täter-Struktur auseinandersetzt, das hab' ich sehr interessant gefunden. Allerdings muss ich sagen: Wenn ich danach ins Berufsleben eingestiegen bin, und dann einen Lebenslauf geschrieben hab, und da hat man immer so ein Buzzword »Terror«, das war immer etwas erklärungsbedürftig ... Ich bin zurückgekommen, da war 9/11, da wurde man schon des Öfteren angesprochen.

FK: Sehr spannend. Ich würde allerdings gerne noch mal ein Stück an den Anfang gehen. Als ihr im Gedenkstättenreferat gearbeitet habt, stell' ich mir vor, waren die Umstände komplett verschieden. Wolfgang, wenn ich dich erst noch mal fragen darf: Wo war denn das Gedenkstättenreferat überhaupt? Also, wie hast du da gearbeitet? Wie viele Leute waren da? Wie muss man sich das vorstellen?

WM: Das war ja dazumals noch am Breitscheidplatz, im Bikini-Haus, glaub' ich, heißt das, oder? Also im obersten Stock, ein wunderschönes Büro mit der Aussicht in den Zoo, wenn die Fenster offen waren, hat man die Affen schreien gehört. Mitten in der Stadt, sehr zentral gelegen. Per Zufall hatte ich auf der anderen Seite des Breitscheidplatzes in der Rankestraße, am Ende vom Ku'damm eine Wohnung. Auf dem heutigen Topo-Gelände war eine Bauruine, eine neue Bauruine, zwei Stiegenhäuser, die dann ja abgetragen wurden in weiterer Folge. Da gab's noch die Ausstellung, entlang der Mauer in dem Graben. Aber alles andere war ja in der Schwebe, wie es überhaupt weitergeht. Das Team hat halt in diesem Bürogebäude am Breitscheidplatz gearbeitet, da gab's eine kleine Bibliothek, ein kleines Archiv, und eben die einzelnen Büros. Also keine Besucher, keine Tagungen oder sonstige Veranstaltungen, das war dort im Wesentlichen ein Bürobetrieb, bis auf ein paar Studenten, die die Bibliothek für sich entdeckt hatten.

FK: Blick auf den Zoo, oberstes Stockwerk, das hört sich auf jeden Fall gut an. Caro, wie war das bei dir 2014?

CT: Bei mir stand der Neubau. Von außen hat man einfach diesen grauen Würfel mit außen Metallgittern dran. Innen hat man dann oben die ganze Ausstellungsfläche, mit einem Café, mit dem Auditorium dran, und wenn man runtergegangen ist, hat man noch die Bibliothek, nach links die Seminarräume und das Gedenkstättenreferat und nach rechts alle anderen Büros. Das Referat war und ist immer komplett abgetrennt von allen anderen. Aber ich hab' mich nie ausgeschlossen gefühlt, das fand ich immer sehr schön.



Ich saß immer in diesem Büro mit Betonwänden, und Wände auch voll mit allen Akten, mit allem, was Thomas Lutz so gesammelt hat.

FK: Du hast eben gesagt, das Ambiente war eher bürokratisch. War denn auch der Arbeitsalltag dadurch geprägt? Was habt ihr überhaupt gemacht?

CT: Bei mir 2014 war's viel Arbeit mit den Websites damals, nämlich das GedenkstättenForum und die GedenkstättenÜbersicht. Man macht täglich die News, man sucht Artikel zu Gedenkstätten, zu historischen Ereignissen und stellt die rein oder auch Veranstaltungen aus verschiedenen Einrichtungen. Das war ein sehr großer Teil meines Alltags. Und grade als ich angefangen hab, hatte ich das Glück, dass Thomas an einer Ausstellung gearbeitet hat, die in Warschau gezeigt werden sollte, im damals neuen Museum für die Geschichte der polnischen Juden. Und ich weiß noch, ich war komplett überfordert, aber er hat mir mehrere Seiten Text in die Hand gedrückt und meinte, »wär' schön, wenn du das bis morgen übersetzt hast!« und ich hatte noch nie ... ich bin zwar muttersprachlich polnisch, aber ich musste nie so Fachbegriffe nutzen, und dann hab' ich angefangen das zu übersetzen, mit meiner Mutter zuhause, weil ich einfach komplett überfordert war. Aber das war tatsächlich eine der besten Erfahrungen, die ich gemacht hab', weil ich eben in diese Ausstellungseröffnung sofort eingebunden wurde und das hat mir so viel Spaß gemacht! Das war aber ein Sonderfall, nicht jeder FSJ-ler hatte dann so eine ähnliche Erfahrung.

FK: Wolfgang, wie lief bei dir der Arbeitsalltag?

WM: Ja, erstaunlich, dass sich die Inhalte nicht ganz so verändert haben, über die Jahre. Auch dazumals war es eben das GedenkstättenForum und diese – ich hätt's nicht mehr gewusst – die GedenkstättenÜbersicht, so eine Karte mit den ganzen Punkten und Informationen. Zu dem Zeitpunkt war

Zoom-Interview mit Caroline Tupikowski und Wolfgang Madl, Interviewer: Florian Kimmelmeier, 6. März 2023. Screenshot, Stiftung Topographie des Terrors

das Forum noch relativ neu. Ich hatte das übernommen von meinem Vorgänger, mit dem hatte ich mich zwei Monate überschritten. Neben der Pflege – also Zeitungen durchsuchen, Artikel einstellen, Veranstaltungen pflegen – hatten wir die Seite auch noch inhaltlich und von der Struktur ausgebaut, das ist mir entgegengekommen, weil ich ein bisschen Webdesign oder Programmieren auch mitgebracht hatte.

FK: Gab's auch bei dir, Wolfgang, besondere Momente in der Zeit als Freiwilliger, an die du dich erinnern kannst?

WM: Es gab einmal so ein jährliches Treffen, da waren wir auf der Wewelsburg, kann das sein? Da war rundherum etwas anderes zu tun. Und zum anderen war damals Rechtsextremismus im Internet irgendwie neu aufgekommen. Dazu hatten wir etwas recherchiert, dann auch einen Beitrag zum GedenkstättenForum dazu geschrieben und an ein paar Tagungen, die in Berlin waren, teilgenommen. Wir haben dann auch Adressen gesammelt, wo Inhalte sind, die verdächtig sind, auch mit der Domain »kz« hinten. Da sind wir darauf gestoßen, dass die ganzen gängigen KZ-Bezeichnungen mit dieser Domain geschützt wurden. Da hatten wir dann mit der Botschaft von Kasachstan Kontakt, ob man da was machen kann, damit man diese Domains sperrt. Und, was auch sehr angenehm war – das bringt vielleicht auch der österreichische Gedenkdienst mit sich –, dass man ganz gut vernetzt ist mit anderen Einrichtungen. Also sei es jetzt Karlshorst oder Oranienburg, oder Ravensbrück, oder eben auch in Hamburg. Das haben wir dann öfters selbst organisiert mit anderen Gedenkdienstleistenden, dass man da mal wohin fährt, Ausstellungen anschaut, und ... ja, Austausch auf dieser Ebene pflegt. So ist man ziemlich gut rumgekommen, überall wo es jemand gegeben hat in dem Bereich.

FK: Caro, wie war das bei dir mit dem Austausch und der Vernetzung mit anderen FSJ-lern?

Caro: Bei dem FSJ ist es so, dass man sowieso Weiterbildungsseminare hat. Mit den Leuten, die in Karlshorst, in Sachsenhausen und Ravensbrück waren, war ich zusammen in der Seminargruppe. Und dann gab's noch ein Weiterbildungsseminar mit einer Vertiefung, bei mir war's tatsächlich auch die Vertiefung »Erinnerungskultur«, ich meine aber, dass es die nach mir nicht mehr gab, weil die unter den FSJ-lern nicht so ganz beliebt war und es sehr schwierig war, für das Seminar Leute zu finden. Aber da waren wir dann auch eine Woche in Ravensbrück und haben auch zwei Überlebende kennengelernt, mit der einen hatte ich auch nach dem Seminar noch ganz lange Kontakt.

FK: Mich würde jetzt noch mal interessieren, wir haben übers Arbeiten gesprochen, wie ihr die Atmosphäre im Referat einschätzt. Also, ich nehme jetzt mal an, Thomas Lutz hat dabei eine Rolle gespielt. Wer war denn sonst noch da?

WM: Also ich kann sagen, wie's zu meiner Zeit war: Da war's ein Zivildienst-, oder ein Gedenkdienstleistender, dann war's Thomas, das waren sozusagen zwei Büros nebeneinander, und dann gab's noch eine Dame, die



Eröffnung der Ausstellung
»Twarz getta« – »The Face
of the Ghetto« im Museum
der Geschichte der
polnischen Juden POLIN in
Warschau, 26. Januar 2015.
Foto:
Magdalena Starowieyska

glaub' ich zweimal die Woche kam, ich bin nicht gut mit Namen. Und das war's schon.

Und Thomas war wenig anwesend. Ich glaub, das ist so ein bisschen immanent, oder? Also da war man sehr – im Positiven auch – sehr selbstständig. Dieses Forum, diese Sachen sollten ja laufen, und die haben, glaub' ich, auch ganz gut funktioniert. Es war auf den Gängen durchaus ruhig, muss man auch dazu sagen.

FK: Okay! [lacht], wir sagen mal positiv: »entspannte Atmosphäre«, ich höre jetzt mal weiter: »an der Grenze zur Langeweile«, oder wäre das zu viel gesagt?

WM: Nein, ich denke, es gab so einen klassischen Tagesablauf. In der Früh war man – ich weiß nicht, ob das bei Caro ähnlich war – beschäftigt, damit alles läuft. Da hat man mal zwei Stunden ordentlich zu tun gehabt. Ich bin durchaus jemand, der früh startet. Mein Ehrgeiz war immer, dass um neun die Website auf Stand ist, und alles passt, und alle News drauf sind ... und dann halt je nachdem, was noch an anderen »Projekten« anstand, sei es an Verbesserung der Website, sei es an Sonderthemen oder Ausstellungen, oder auch Seminarvorbereitung, oder etwas rund um den neuen GedenkstättenRundbrief, ein paar administrative Tätigkeiten.

CT: Bei uns war's auch ein kleines Team, eben Thomas, Michaela, die, ich glaube, damals bei Wolfgang auch schon da gewesen sein müsste ...

WM: Ich glaub' sie war neu! Ich glaub', sie war gerade gestartet, in meinen letzten zwei Monaten oder so.

FK: Michaela Illner, die jetzt heute auch im Referat ist.

CT: Genau, Michaela ist ja auch schon sehr lange dabei. Und Thomas und sie waren quasi der Kern des Referats. Dann gab's noch mich als FSJlerin und ich habe mich in dem Jahr, das ich da war, mit zwei Praktikanten überschritten, sonst waren wir eigentlich hauptsächlich zu dritt. Ja, bei mir

war die Arbeitsatmosphäre insgesamt auch sehr entspannt. Wie Wolfgang es gesagt hat, man macht halt morgens seine ganzen alltäglichen Arbeiten, aber dann ist es auch irgendwann durch. Und dann sucht man sich Arbeit! Ich hab' dann zum Beispiel die Aktenablage ordentlicher gemacht, hab' alte Akten ins Archiv gebracht, neue Akten angelegt, so Sachen. Was ich auch machen konnte und durfte, war, mich selbst zu beschäftigen, mit einem Thema. Ich weiß noch, damals hatte ich die Biografie von Amon Goeth gelesen, weil da grade das Buch seiner Enkelin rauskam, mit dem Titel »Mein Opa hätte mich erschossen«. Es war immer flexibel und entspannt. Weil, wie bei Wolfgang: Thomas war immer viel auf Dienstreise. Und dann ist es natürlich immer angenehm, wenn einem auch das Vertrauen entgegengebracht wird, dass man seine Aufgaben macht, und niemand steht dahinter und kontrolliert einen, und man kann sich auch noch selber beschäftigen, das fand ich immer sehr schön.

WM: Dieser Gedenkdienst ist ja auch ein bisschen ein Geben und Nehmen. Ich glaub', das hat der Topo und dem Gedenkstättenreferat was gebracht, weil es einfach doch einen wesentlichen Teil der Kontinuität ermöglicht hat. Und andererseits hat es den jungen Leuten ermöglicht, ins Ausland zu kommen, sich mit den Themen zu beschäftigen. Solange das funktioniert hat, das beide so verstanden haben, war das sehr angenehm. Und man hat sich, wie Caro das sagt, ein Stück weit halt auch schon selbst organisieren müssen.

FK: Habt Ihr das so erlebt, dass das Gedenkstättenreferat der unmittelbare Bezug war und die anderen Kollegen dann eher ein Stückchen weiter weg waren oder war das für euch gerade nicht so?

CT: Ich hatte ja mit mir im Büro Michaela immer als Ansprechpartnerin, also sie war schon mein Hauptbezugspunkt für jede Frage, die ich hatte. Aber ich hab' die Topo damals auch als sehr offen erlebt. Ich erinnere mich noch genau an meine Vorstellungsrunde, wie ich alle kennengelernt hab', ein paar davon sind ja jetzt auch immer noch da. Man hat sich dann zwar irgendwie nur beim Kaffeeholen gesehen, aber sich dann sehr nett unterhalten. Also ich hatte auch, ähnlich wie bei Wolfgang, durch Eigeninitiative kleine Mini-Projekte am Laufen, bei mir waren's dann die Volontäre, die grade an einer Ausstellung gearbeitet haben zu »Massenerschießungen« und verschiedene Dokumente hatten, die noch nicht übersetzt waren. Man hatte so seine Home Base im Referat, aber man konnte auch gut rauskommen damals.

FK: Wolfgang, bei euch war alles noch so ein bisschen übersichtlicher, hab' ich das noch richtig im Ohr?

WM: Ja, da war zuerst jeder ein bisschen in seinem Büro, geschlossene Türen, das war für mich etwas Neues von der Uni kommend, wo alles immer offen war, alles überbelegt. Hier war plötzlich sehr viel Platz, sehr viel Ruhe. Nach einer gewissen Zeit haben sich dann doch einige gefunden, die entweder als Hiwi gearbeitet haben oder Dissertationen gemacht haben, oder eben festangestellt waren, wie Ulrich [Tempel] dazumals, ein



Arbeitszimmer von Thomas Lutz in der Stresemannstraße 110, kurz vor dem Umzug in das neue Dokumentationszentrum, 22. Februar 2010.
Foto: Stiftung Topographie des Terrors

paar so jüngere Leute, die grob in der gleichen Altersschiene waren, also das hat sich eigentlich sehr gut entwickelt. Das halte ich schon für enorm wertvoll, dass das entstanden ist in der Zeit, dass neben der inhaltlichen Beschäftigung auch Bekanntschaften fürs Leben entstanden sind. Mit ein paar wenigen natürlich.

FK: Wie würdest du die Nachwirkungen bei dir beschreiben, Caro, von diesem FSJ?

CT: Die Topo hat mich ja über die Jahre schon begleitet, mein FSJ 2014/15, dann bin ich zurückgekommen fürs Praktikum während des Studiums und ab Februar 2021 hatte ich eine zweijährige studentische Aushilfsstelle. Diese ganzen Kontakte aus dem FSJ sind halt einfach noch geblieben. Man weiß nicht, wo es hinführt, aber es hat mich eben... das FSJ hat mich auf den Weg des Geschichtsstudiums gebracht mit der Sicherheit ich will das 100 % machen, und ich hoffe, dass es auch einfach so bleibt.

FK: Ich fand ja interessant, Wolfgang, dass die Topographie des Terrors im Lebenslauf erst mal so ein irritierender Moment war. Wenn du da jetzt noch mal mit diesem längeren Abstand zurückschaust, wie würdest du den Platz für die Topographie beruflich einschätzen?

WM: Ich mach' fachlich ganz was anderes. Ich fand es irrsinnig spannend zu sehen, wie im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich gearbeitet wird, ganz anders mit Sprache umgegangen wird, viel sensibler.

Ich muss sagen, persönlich hab ich viel mitgenommen. Ich find's toll, dass es die Möglichkeit immer noch gibt, weil mittlerweile mein Größter langsam in das Alter kommt, wo er über solche Dinge nachdenken muss. Ich find es nach wie vor toll, dass da viele junge Leute aufbrechen, und damit eben auch mit dem Thema nach wie vor in Berührung kommen.

FK: Caro, wenn du jetzt noch mal aus der Gegenwart auf diese Zeit, die du an der Topo bisher verbracht hast, zurückschaust, was würdest du sagen, was hat sich verändert?

CT: Ich hab' das Gefühl, dass Corona ein bisschen was verändert hat. Zwischen meinem FSJ und meinem Praktikum habe ich es als sehr ähnlich empfunden. Im Februar 2021 kam ich wieder und hab' nen Laptop bekommen: »Bleib bitte zu Hause, das ist ein Dreier-Büro, du solltest hier nicht sitzen.« Bei der letzten Anstellung hatte ich viel weniger Kontakt zu den Leuten insgesamt. Ich habe drei FSJ-ler erlebt, die während Corona da arbeiten mussten, und das ist natürlich viel schwieriger, wenn die Hälfte der Belegschaft nie da ist. Das tut mir immer so ein bisschen leid, weil die selber auch sehr isoliert in diesem Büro sitzen. Ich hab' einfach das Gefühl, dass man vielleicht den Kontakt zu den Kollegen irgendwie anders wieder aufbauen muss, also gerade als FSJ-ler. Was wirklich schade ist, weil es für mich eine riesige Bereicherung war, diese ganzen Kontakte zu haben, ich wurde sehr herzlich empfangen damals. Aber insgesamt ist die Topo gleich geblieben, es ist immer noch eine ähnliche Arbeit. Wir haben zwar das Gedenkstätten-Forum gerelauncht, aber die FSJ-ler machen immer noch quasi genau die Arbeit, die ich gemacht hab', nur eben ein bisschen moderner sozusagen.

FK: Ich fand interessant, dass eben doch vieles ähnlich geblieben ist. Es gibt eine große Kontinuität, und das spricht ja eigentlich auch dafür, dass in der einen oder anderen Form dieser Freiwilligendienst auch nicht vor dem Ende steht.

CT: Wir haben jetzt wenig zu Thomas gesagt. Ich habe ihn als einen der besten Vorgesetzten die ich jemals hatte, empfunden. Wir haben beide gesagt, er war viel nicht da, und klar ist das so, aber ich habe zum Beispiel nichts gemacht, ohne das mit ihm abzustimmen. Das Vertrauen, dass man diese ganzen Aufgaben auch schafft und dass man die nicht beaufsichtigt machen muss, finde ich toll. Es hat alles immer sehr viel Spaß gemacht, auch wenn es mal stressige Momente gab, aber es war immer toll, wirklich!

WM: Gut, dass Caro es angesprochen hat. Wir hatten jetzt ein sehr angenehmes Gespräch, ich hatte vorab etwas Bedenken, weil ich eben zur Person, aus dem Abstand heraus so viel gar nicht sagen kann. Aber ich glaube, ich habe das vorhin auch schon angesprochen, es war da ein sehr großes Vertrauen, dass die Freiwilligen diesen Teil der Arbeit übernehmen: »Kannst du das mal anschauen? Oder kannst du mal einen Bericht schreiben?« Dass man nur mitläuft, dass man nur assistieren kann, nicht selber arbeiten kann, das war definitiv nicht der Fall. Das war vielleicht auch zu meiner Zeit noch ein Stück weniger selbstverständlich wie es heute ist.

FK: Es bleibt auf jeden Fall spannend, wie's dann weitergeht, wenn Thomas und das Gedenkstättenreferat nicht mehr ein und dasselbe sein werden. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Euch beiden für das interessante Gespräch!

Wolfgang Madl ist studierter Umwelttechniker und arbeitet als Bereichsleiter Energie & Umwelt. Von Mai 2000 bis Juni 2001 war er als österreichischer Gedenkdiener des Vereins »Niemals vergessen« im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors.

Caroline Tupikowski studiert Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 2014 bis 2015 absolvierte sie ein Freiwilliges Soziales Jahr Kultur (FSJ-Kultur) im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors, wo sie später auch als Praktikantin, sowie zwischen 2021 und 2023 als studentische Hilfskraft tätig war.

Ein Vierteljahrhundert mit Thomas Lutz!

Unsere Beziehung währt über ein Vierteljahrhundert. Schon in einer Zeit, in der man noch mit Fax und Festnetz-Telefon hantierte, habe ich als Grafiker unter Thomas' Regie den GedenkstättenRundbrief gestaltet, inzwischen sind es mehr als 130 Hefte.

Warum lief das nur so konfliktfrei? Nie haben wir uns gestritten, nie hat er meine Entwürfe abgelehnt. Ein Wunder!

Einen Einblick davon, was Thomas an Aufregung bei der Besorgung der Rundbrief-Texte und Bilder vor mir verheimlicht hat, bekam ich erst letztes Jahr, als er dienstlich in Israel und Palästina war: Ich musste mich selbst um die Korrekturwünsche der Autorinnen und Autoren, und wieder neue Änderungen und Korrekturen bemühen. Wie ist es Thomas nur in all diesen Jahren gelungen, bei solchem Hickhack ruhig zu bleiben?

Dank der harmonischen Arbeitsbeziehung ist eine Freundschaft entstanden und ich bin froh, dass Thomas mir auch nach seinem Ausscheiden aus der Stiftung weiter erhalten bleibt. Und doch: Einmal hat er mir blaue Flecken eingebracht.

Bei einem gemeinsamen Skiurlaub hat er mich trotz starkem Nebel zu einer Abfahrt überredet. Nun kann ich zwar mit der Computermaus elegante Kurven zeichnen, aber nicht beim Skifahren. Ich lag also alle paar Meter im Schnee, während Thomas problemlos unten ankam. Und mir erst hier grinsend eröffnete, dass er mal Ski-Lehrer war.

So bleibt nur zu hoffen, dass er in Zukunft noch genügend Schnee unter den Skiern findet und mich manchmal (aber bitte nur bei klarer Sicht) mitnimmt.

Kurt »Adam« Blank-Markard,
Grafikdesigner, gestaltet den
GedenkstättenRundbrief seit 1997.

Thomas Lutz und das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit *oder* Wen fragt man? Man fragt Thomas Lutz

Wir waren viele und engagierten uns für die Einrichtung eines Erinnerungsortes auf dem Gelände eines ehemaligen Lagergeländes von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Berlin-Schöneweide. Wir hatten schon einiges erreicht, aber nun sollte aus dem Projekt eine Institution werden.

Und damit kamen die Fragen: Wie verschafft man unserem Anliegen mehr Gewicht? Wie gewinnt man Unterstützer und Unterstützerinnen in der Politik? Wo bekommt man Förderung? Wen fragt man? Na ja, wen fragt man! Man fragt Thomas Lutz. Zu unserer großen Freude fand Thomas unser Projekt überzeugend. Von ihm stammen die wertvollen Hinweise, dass wir mehr Öffentlichkeit schaffen müssen, um den Ort bekannter zu machen, dass wir einen Förderverein gründen sollten, um mehr Gehör zu finden. Und vor allem das Alleinstellungsmerkmal sehr klar kommunizieren müssten, um förderwürdig zu werden: Das Gelände sollte DER Erinnerungsort für die Gruppe der zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter werden. Das gab es noch nicht in der deutschen Gedenkstättenlandschaft. Und dann sprach Thomas mit dem damaligen Stiftungsdirektor Andreas Nachama, der Interesse an diesem einmaligen Ort zeigte. Und Thomas sprach mit der Politik, konnte das Thema im Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses platzieren. Dieser sprach sich für die Einrichtung eines Erinnerungsortes aus. Ein internationaler Beirat wurde gegründet, Thomas Lutz stellte den Förderantrag für die Finanzierung, wusste die Beiräte und Beirätinnen zu benennen, organisierte die Sitzungen und schärfte dabei das entstehende Konzept für den Ort und die Erinnerungsarbeit. Am Ende des Etablierungsprozesses entschied die Berliner Politik, dass das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit von der Stiftung Topographie des Terrors betreut werden solle. 2006 öffneten sich die Tore des Dokumentationszentrums für die ersten Besucherinnen und Besucher. Thomas war Wegbegleiter und ein Stück weit Geburtshelfer.

Daniela Geppert war Mitglied des Fördervereins für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum NS-Zwangsarbeit und ist heute wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des Bildungsprogramms am Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

KAPITEL IV

Internationales

Internationalisierung im Kontext des Gedenkstättenreferats

Gedenkstättenarbeit ist per se international geprägt. Ausgehend von den geografisch weitreichenden nationalsozialistischen Herrschaftsansprüchen und der daraus resultierenden europäischen und globalen Dimension der Verfolgung von ethnisch und kulturell sehr diversen Opfer- und Betroffenengruppen war der Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 von Beginn an international. So waren die sogenannten Lagergemeinschaften ehemaliger KZ-Häftlinge international zusammengesetzt und agierten über Grenzen hinweg, ein für viele Gedenkstätten maßgeblicher Sachverhalt. Damit hatte auch die Arbeit des Gedenkstättenreferats seit seiner Gründung 1983 eine unabwendbar internationale Dimension, wobei die Reflexion der Bedeutung und Folgen dieser Internationalität sich ebenso kontinuierlich entwickelt hat wie andere Facetten der Arbeit auch.

So lohnt ein näherer Blick, wie Internationalität in der Gedenkstättenarbeit im Verlauf der Jahrzehnte wahrgenommen wurde, was sie begünstigt hat und welche Herausforderungen sich durch sie ergeben haben. Und natürlich, wie sie Perspektiven und Ansätze (nicht nur) in der Bildungsarbeit verändert hat.

Thomas Lutz hat die unterschiedlichen Phasen seit 1984 erlebt und mitgestaltet. Die Begegnung mit den Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager während seiner Freiwilligenzeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Polen hat ihn geprägt. Zwangsläufig hatte die Tätigkeit des Gedenkstättenreferats unter seiner Leitung so von Beginn an einen grenzübergreifenden Charakter. Über die Ebene persönlicher Erfahrung hinaus liegt dies auch an der originären Anbindung an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Bereits ab Ende der 1950er-Jahre, als die gesellschaftliche Ablehnung einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit deutlich überwog – waren durch die frühen Freiwilligendienste der Aktion Sühnezeichen in Norwegen, Frankreich und anderen europäischen Ländern wichtige Kontakte zu erinnerungskulturell und -politisch dort tätigen Organisationen entstanden, die länderübergreifende Kooperationen ermöglichten.

Hatte diese Internationalität im Zuge der Freiwilligenarbeit einerseits etwas Selbstverständliches, so waren es andererseits zugleich mühevollere Zeiten, was Polen oder die Sowjetunion anbelangt: Durch den Kalten Krieg und die Grenzregelungen waren der Zugang und die Kontaktmöglichkeiten

zu ehemaligen Häftlingen oder Zwangsarbeiter_innen in Osteuropa ebenso erschwert, wie zu zivilgesellschaftlich getragenen Initiativen. Aber es gab sie auch hier seit den 1960er-Jahren,¹ so dass die Kontakte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu Einzelpersonen, Verbänden und Organisationen in ganz Europa sich mit den Kontakten des Gedenkstättenreferats zu den sukzessive gegründeten Gedenkstätten und Gedenkinitiativen verbanden.

Gegenstand der Reflexion durch die Beteiligten war Internationalität damals allerdings nicht: Vielmehr wurde das vorhandene Netzwerk als selbstverständlich angesehen, und seine besondere Qualität – die sich in der Vielzahl der Kontakte einer einzigen Institution zu gänzlich unterschiedlichen Organisationen und zahlreichen Ländern äußerte – gar nicht wahrgenommen. Weder der in allen Ländern bestehende spezifisch nationale Blick auf Geschichte noch die Vorstellung einer homogenen Sowjetunion wurden als besondere Herausforderungen angesehen.

In den 1990er-Jahren wurden dann– mit der sogenannten Wende in Deutschland, dem Ende der Sowjetunion und den damit einhergehenden neuen (eigentlich alten) Nationalstaatsgründungen – viele bestehende Narrative in Frage gestellt. Auch gewohnte Begegnungsrituale waren plötzlich nicht mehr möglich, etwa im Rahmen der in vielen KZ-Gedenkstätten alljährlich stattfindenden internationalen Jugendbegegnungen: Mit einem Wodka alle osteuropäischen Gäste mit dem Trinkspruch »Nasdorowje« zu begrüßen konnte nun zum Scheitern eines angedachten Programms führen. Die zunehmende Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus, die teilweise, etwa in Polen, mit einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen einhergingen, stellte eine weitere Herausforderung dar, die sich auch in der internationalen Arbeit des Gedenkstättenreferats widerspiegelte. Durch seine begleitende Rolle vieler Aktivitäten und Institutionen war Thomas Lutz bei all dem nicht nur häufiger Gast, sondern auch ein gefragter Berater. Die große Stärke des Gedenkstättenreferats bestand in der guten Vernetzung seines Mitarbeiters. Die konstruktiven Ratschläge entstanden nicht im luftleeren Raum oder am grünen Tisch. Im Gespräch mit Akteur_innen der unterschiedlichen Länder, beim Zuhören der spezifischen (neuen) Bedürfnisse, die nunmehr formuliert werden konnten und nicht mehr einem übergreifenden sowjetischen oder jugoslawischen Narrativ untergeordnet werden mussten, wurden tragfähige Antworten generiert. Tragfähig waren diese auch deswegen, weil es dem Gedenkstättenreferat vielfach gelang, Menschen mit unterschiedlichen Positionen miteinander ins Gespräch zu bringen, Bereitschaft zum Zuhören zu bewirken und Verständnis für die jeweils andere Position zu wecken.

Die Überlegung, das Gedenkstättenreferat angesichts der Finanzkrise von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der Stiftung Topographie des Terrors anzusiedeln, war eine inhaltlich gute Entscheidung, die eine Fortschreibung und gleichzeitig den Ausbau der internationalen Arbeit ermöglichte. Schließlich war der historische Ort, der Sitz des Reichssicher-



heitshauptamts in der Prinz-Albrecht- und Wilhelmstraße, nicht nur zentral gelegen, sondern stand auch für die europäische Dimension der Verfolgung. Seit ihrer Gründung war die »Topographie des Terrors« auch Ort eines zunehmend internationalen Publikums. Und so überrascht nicht, dass hier unterschiedliche Fragestellungen und Herausforderungen einer globalisierten Erinnerungskultur wie in einem Brennglas zusammenliefen.

Angeregt durch Besucher_innen aus Post-Militärdiktaturen Lateinamerikas, die bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Bezüge zu eigenen Erfahrungen herstellten, weiteten sich Ende der 1990er-Jahre die Perspektiven auf Vergleiche zu strukturellen Ähnlichkeiten zum Umgang mit gewaltbelasteten Vergangenheiten auch in anderen Regionen der Welt. Deswegen führte die Stiftung Topographie des Terrors gemeinsam mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und der Paolo-Freire-Gesellschaft 1998 die erste große Tagung zum Vergleich durch. Die Tagung mit dem Titel »Der Umgang mit der Vergangenheit nach der Überwindung von Diktaturen. Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen Argentinien, Chile, Deutschland, Polen und Südafrika« zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass die Perspektiven der einzelnen behandelten Länder von Referent_innen aus den jeweiligen Ländern eingebracht wurden und nicht ein »deutsches Reden über« stattfand.

Mit dieser Tagung entstanden wichtige Kontakte, die die globale Zusammenarbeit im Themenfeld bis heute prägen und tragen, und zugleich

Teilnehmende der USA-Studienfahrt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in einem Büro des Aufbaustabs für das US Holocaust Memorial Museum, 20. Oktober – 11. November 1989.

Foto: USHMM/Privatarchiv
Gunnar Richter

wurden wichtige Fragestellungen und für den Dialog kritische Momente identifiziert. So war schon zum damaligen Zeitpunkt ersichtlich, dass in Gesellschaften mit gewaltbelasteten Vergangenheiten, deren Erfahrungen nicht wahr- oder wertgeschätzt werden, vielfach objektiv unzutreffende Vergleiche zwischen den in ihrem Land begangenen Menschenrechtsverletzungen und der systematischen Massenmordpolitik des NS-Regimes gezogen werden, um Empathie für die eigene Geschichte zu wecken. Geheime Haftzentren der Militärdiktatur wurden im Sprachgebrauch mit Auschwitz gleichgesetzt, Verhaftung und Folter mit »Vernichtung«.²

Und es deutete sich schon zu diesem Zeitpunkt die große Diskrepanz an, zwischen der Verflochtenheit der Geschichten der Länder und Kontinente bei gleichzeitig geringem Kenntnisstand und schwach ausgeprägtem Bewusstsein dieser Verflechtung. Obwohl viele Mitarbeiter_innen der Gedenkstätten für NS-Opfer damals von sich sagten, sie hätten ihre politische Sozialisation durch die Solidaritätsbewegung mit Chile nach dem Putsch 1973 oder mit Argentinien 1976 erfahren, standen die historischen Sachverhalte unverknüpft nebeneinander. Erst mit dem direkten Kontakt zu Vertreter_innen der in Chile oder Argentinien entstehenden Gedenkstätten erfuhr man beispielsweise vom antisemitischen Umgang mit jüdischen Oppositionellen oder dem Schicksal von Holocaust-Überlebenden, deren Kinder von den Militärs verhaftet wurden. Auch die Tatsache, dass sich die zweitgrößte jüdische Gemeinde in der Welt nach New York damals in Argentinien befand, wurde erst durch die erwähnten Kontakte konkret wahrgenommen. Trotz allen Engagements für die Bearbeitung der Folgen des Nationalsozialismus hatten Themen wie Nachkriegsbiografien von NS-Täter_innen jenseits von Deutschland oder Österreich und deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen bis dahin eher zu den blinden Flecken der Auseinandersetzung gehört.³

Im Jahr 1998 wurde die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) gegründet – damals noch International Task Force for Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research genannt –, womit die internationale Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen, Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten im Hinblick auf den Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen einen wichtigen Schub erhielt. Vergesenen oder vernachlässigten Opfergruppen konnte nun die Aufmerksamkeit zuteilwerden, die sie verdienten.⁴ Durch das Konzept internationaler Fortbildungen für Multiplikator_innen lernten nicht nur die Teilnehmer_innen etwas über Vermittlungsstandards, sondern die durchführenden Einrichtungen auch immer etwas über die Erinnerungskultur der Länder aus denen die Teilnehmer_innen stammten. Die grenzübergreifende Auseinandersetzung schien facettenreicher, vielfältiger und durchaus komplexer zu sein, und damit auch dem historischen Kontext mehr zu entsprechen. Die wachsende globale Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ging jedoch auch mit Vereinfachungen einher – vielleicht zwangsläufig, weil die Kenntnisse zur Geschichte umso geringer wurden, je weiter geografisch entfernt



Deutsch-Französisches
Seminar in Rivesaltes,
19. Oktober 2006.
Foto: Thomas Lutz/Stiftung
Topographie des Terrors

ein Land lag. Umso schwieriger war es oft im deutschen Fall, Zusammenhänge zwischen Ideologien, Strukturen und Personen eines Regimes zu erklären, dessen Verbrechen sich beispielsweise durch die Beteiligung der Verwaltung mitsamt der Schreibtischtäter_innen von anderen Gewalttaten unterschied.

Gleichzeitig bildete sich eine weitere Facette im Diskurs um Internationalität heraus: Ein Ergebnis der Diskussionen um die Gestaltung der Erinnerungskultur in der vielfältigen (deutschen) Gesellschaft war die Erkenntnis, dass alle Gesellschaften in sich divers sind und für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus inhaltliche Angebote jenseits nationaler Grenzen sinnvoll und richtig sind. Anfangs war in der Diskussion zunächst der Vorschlag formuliert worden, die breiten Erfahrungen und Kompetenzen der internationalen Zusammenarbeit auf die (vermeintliche) didaktische Herausforderung innergesellschaftlicher »anderer« zu übertragen. Dabei wurde jedoch nicht beachtet, dass es sich bei den anzusprechenden Zielgruppen um Menschen handelte, die mehrheitlich in Deutschland sozialisiert worden waren und deswegen überhaupt nicht als kulturell »andere« oder »ausländische« Gruppe zu behandeln waren. Wenngleich Erinnerungsdiskurse in anderen Ländern die Perspektive von Teilnehmer_innen, deren Familienmitglieder dort sozialisiert worden waren, durchaus beeinflussen können, so bildete sich in der Diskussion bald die Überzeugung heraus, dass die Entscheidung, welche Verbrechen Geschichten über den Nationalsozialismus hinaus im Geschichtsunterricht zu behandeln seien, sich nicht an der Herkunft einzelner Schüler_innen sondern an den Lernzielen für die gesamte Lerngruppe richten sollten.⁵ Hinzu kam die Erkenntnis, dass jenseits ethnischer oder kultureller Zugehörigkeiten und Zuschreibungen andere Kategorien wie zeitliche Distanz, tradierte Narrative und – in jünger-



77. Jahrestag der Befreiung,
Gedenkstätte Belower Wald,
2. Mai 2022.
Foto: Stiftung Topographie
des Terrors

ter Zeit – auch zunehmend Identitätsfragen die viel entscheidendere Rolle im Rahmen von Bildungsformaten spielten.

Nicht zuletzt durch die Migrationsbewegungen der letzten Jahre hat sich inzwischen ein Bewusstsein für eine globalisierte Welt und Erinnerungskultur durchgesetzt. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Heterogenität von Gruppen in jedem Lernkontext von Gedenkstätten wahrgenommen wird. Die Kompetenzen und das Wissen um notwendige Reflexion und Fortbildung sind in der Gedenkstättenlandschaft erheblich gewachsen – und lassen, im Vergleich zur fröhlichen Unbedarftheit der 1980er-Jahre, vieles nachdenklicher und an der einen oder anderen Stelle weniger optimistisch und naiv erscheinen. Das Wissen um die Komplexität von Geschichte und deren internationale Verflechtung auf unterschiedlichen Ebenen bietet heute sehr viele Anknüpfungspunkte, auch um auf ganz individuelle Bedürfnisse in unterschiedlichen Kontexten eingehen zu können.

Fazit

Wenn man die Entwicklung der Internationalität von Gedenkstättenarbeit betrachtet, dann hat sie sich trotz aller Widrigkeiten von einer lange Zeit vorherrschenden und nicht besonders wertgeschätzten »Selbstverständlichkeit« hin zu einer reflektierten und qualifizierten Wahrnehmung von komplexen historischen und gegenwärtigen Zusammenhängen entwickelt. Im Weiteren lässt sich eine Teilung feststellen: Ein Strang der internationa-

len Zusammenarbeit versucht, die Komplexität aufrechtzuerhalten und den zuvor bewusst gemachten komplexen Zusammenhängen gerecht zu werden, wie beispielsweise den Bezügen zwischen Nationalsozialismus und Kolonialismus. Ein weiterer Strang versucht die Komplexität der verflochtenen Narrative zu reduzieren und dem Risiko einer Trivialisierung der NS-Verbrechen durch Fokussierung auf das unvergleichbarste Menschheitsverbrechen entgegen zu treten. Beide Stränge berühren sich hin und wieder, verlaufen aber auch immer wieder parallel zueinander, ohne miteinander in Kontakt zu kommen.

Wollte man die Entwicklung als Zeichnung darstellen und ein Bild für Thomas Lutz und das Gedenkstättenreferat ergänzen, müsste man eine Figur malen, die sich zunächst entlang der Entwicklungslinie bewegt und nach der Bildung der Stränge in der Lage ist, sich von einem Strang zum anderen hin und her zu bewegen und diese auch situativ miteinander in Verbindung zu bringen. Es war kein Zufall, dass Thomas Lutz sich in den unterschiedlichen regionalen, bundesweiten und auch internationalen Netzwerken wie IHRA oder IC MEMO wie selbstverständlich bewegt und die unterschiedlichen Diskurse miteinander in Verbindung gebracht hat. Gerade angesichts von sich in Teilen verhärtenden Debatten ist diese Funktion wichtig. Das Gedenkstättenreferat kann durch seine vielen nationalen wie internationalen Kontakte vermitteln und moderieren. Vor allem aber kann es auch in Zukunft wichtige Fragestellungen auf die Tagesordnung bringen, die ohne die Gedenkstättenseminare und andere Veranstaltungsformate in Vergessenheit zu geraten drohen.

Dr. Elke Gryglewski ist Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Sie war Freiwillige von ASF in Israel und hat lange Jahre in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gearbeitet.

- 1 Detlef Garbe: Die Entwicklung der Gedenkstätten und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (3/2018), S. 11–21, hier: S. 12.
- 2 Daniel Gaede/Elke Gryglewski: Vergleiche in der Gedenkstättenpädagogik, in: Elke Gryglewski/Verena Haug et. al. (Hrsg.), Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 345–356.
- 3 Personelle Kontinuitätslinien und deren Folgen insbesondere in der Bundesrepublik wurden dabei durchaus thematisiert, wie sich stellvertretend an der Auseinandersetzung mit der Person Hans Globke zeigt.
- 4 Seit Prof. Yehuda Bauer im Kontext der IHRA den Völkermord an den Sinti und Roma als solchen anerkannt hatte, stieg beispielsweise das Engagement zur Erarbeitung antiziganismuskritischer Bildungsangebote.
- 5 Ein Beispiel war die Diskussion um die Thematisierung des Völkermords an den Armeniern. Dieser hat eine Relevanz für alle – auch im Hinblick auf die Beteiligung Deutscher, und sollte deswegen nicht als Thema »für türkische Jugendliche« gesehen werden, die sich wegen eines vermeintlich fehlenden Bezugs zum Nationalsozialismus dann damit beschäftigen sollten.

I met Thomas Lutz in an office near Ku'damm, at the heart of former West Berlin, so long ago that the details have become blurry in my memory. Back then, there were only a few of us working towards Holocaust commemoration. We were each working independently miles apart, and it wasn't until we came together that we realized we shared the same concerns and challenges. I was already familiar with young Germans like Thomas, who had visited Holocaust survivors like my mother in Communist Poland during the 70s. Their unwavering commitment to the cause had always impressed me.

Over the years, Thomas and I would occasionally exchange thoughts and experiences, but it wasn't until he became our visiting scholar at the USHMM in 2007 that we truly collaborated. Our encounters were always thought-provoking, providing me with a valuable perspective on our work. Since then, the Holocaust commemorative landscape in Berlin and beyond has grown tremendously, and Thomas' guidance and active participation have left a lasting impact.

As we celebrate our 30th anniversary at the USHMM this April, we are grateful for Thomas' unwavering support and presence throughout the years, even prior to opening. Although Thomas may be retiring from his position at the Topography of Terror, I have no doubt that he will continue to wear many hats in organizations committed to Holocaust memory.

Jacek Nowakowski

ist Senior Curator for Collections at the United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington, D.C.

Our long-term partnership with Thomas Lutz began soon after the United States Holocaust Memorial Museum opened in April 1993. In the 30 years since then, he has been a close friend, partner and advisor to our institution in multiple ways over the decades. His expertise in history, memorialization and museology and his commitment to the future have made him a unique leader of and contributor to our field.

Thomas' vision of bringing German museum and memorial representatives together in a regular exchange has helped to establish the key professional network of memorial museums across Germany, and increasingly across Europe. It also deepened our trans-Atlantic connections. We were pleased to welcome him in 2007 as a visiting fellow at our Mandel Center for Advanced Holocaust Studies, and most recently, in 2021, he was a speaker for the Museum on International Holocaust Remembrance Day. At all times, Thomas' knowledge, generosity, dedication and kindness made working with him enjoyable and productive. It is with great pleasure that we

join his friends and colleagues in wishing him all the best and thanking him for his exceptional legacy to the cause of Holocaust remembrance and education.

Sara J. Bloomfield ist Direktorin des United States Holocaust Memorial Museums in Washington, D.C.

»Erfolg hat nur, wer nicht aufgibt«: Thomas Lutz und die IHRA

Es gilt einen Großen der Erinnerungskultur aus dem aktiven Berufsleben zu verabschieden und zu ehren. Dr. Thomas Lutz hat als Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors an vielen Stellen gewirkt: Er war Herausgeber des GedenkstättenRundbriefs und Initiator des Gedenkstättenforums. Er war Mitglied im Expertengremium zur Vergabe der Mittel im Rahmen der Bundesgedenkstättenkonzeption und Gründungsmitglied der Fachgruppe IC MEMO im Weltmuseumsrat ICOM. Nicht zuletzt war er aber seit ihrer Gründung auch Mitglied der deutschen Delegation der Internationalen Allianz für Holocaust-Erinnerung (International Holocaust Remembrance Alliance – IHRA).

Ich bin Thomas Lutz zum ersten Mal im Herbst 2018 begegnet, kurz vor meiner ersten Teilnahme an der Plenarsitzung der IHRA in Ferrara. Der IHRA, die 1998 als Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research gegründet wurde, gehören über 30 Mitgliedsstaaten und acht internationale Partnerorganisationen an. Gemeinsames Ziel der Allianz aus Fachleuten und Regierungsvertreterinnen und -vertretern ist es, Bildung, Forschung und Erinnerung an den Holocaust und den Genozid an den Sinti und Roma zu fördern. Für mich war es extrem hilfreich, im Kreis der Expertinnen und Experten mit Thomas Lutz jemanden zur Seite zu haben, der seit mehr als 20 Jahren Mitglied der deutschen Delegation in der IHRA war. Thomas Lutz hat die Memorial and Museums Working Group mitgegründet und an unzähligen Projekten der IHRA mitgewirkt, darunter dem Multi-Year Work Plan »Killing Sites« zu Orten von Massenerschießungen und dem Projekt »Safeguarding Sites«.

Als ehemalige deutsche Delegationsleiterin (2018–2022) und Präsidentin (2020–2021) der IHRA bin ich Herrn Lutz zu großem Dank verpflichtet. Mit seinem reichen Erfahrungsschatz über die Funktionsweise der IHRA und seinem profunden Wissen über Gedenkstätten war er mir über die vier Jahre, in denen ich die deutsche Delegation leiten durfte, ein unverzichtbarer Ratgeber. Er hat mich laufend auf problematische Entwicklungen in den IHRA-Mitgliedsländern hingewiesen. Nicht immer war es mir möglich, alle Punkte aufzugreifen. Und doch fühlte ich mich sicher, gut Bescheid zu wissen. Es half in Diskussionen die Positionen der einzelnen Mitgliedsländer zu verstehen und Kompromisslinien zu finden.



Als Experte für Gedenkstätten hat Thomas Lutz an wegweisenden Papieren und Initiativen der IHRA mitgearbeitet. Die Gedenkstättenarbeit der IHRA beruht dabei auf der 2012 von der Vollversammlung verabschiedeten International Memorial Museums Charter, in der es heißt: »Gedenkstätten tragen Verantwortung für den Schutz der Würde der Opfer vor allen Formen der Ausbeutung und sie müssen, jenseits des herkömmlichen Geschichtsunterrichts, gewährleisten, dass die Interpretation politischer Ereignisse zu kritischem und unabhängigem Nachdenken über die Vergangenheit anregt.«¹

Besonders geschätzt habe ich, dass mir Thomas Lutz über seine dienstlichen Verpflichtungen hinaus für Beratung zur Verfügung stand. So hat seine Beurteilung des Globalen Restaurierungsplans für die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau mit dazu beigetragen, dass sich Bund und Länder mit jeweils 60 Millionen Euro daran beteiligten. Auch die Restaurierung im zum ehemaligen Lager Groß-Rosen gehörenden Außenlager Schlesiersee I durch die Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen hat Thomas Lutz begutachtet und mich darin bestärkt, die Förderung durch das Auswärtige Amt fortzusetzen.

Thomas Lutz war nicht immer bequem. Wenn er von etwas überzeugt war, verfolgte er es mit einer guten Portion Hartnäckigkeit. So gelang es, eine von der IHRA unterstützte Veranstaltung zu Jasenovac, die während der Pandemie hätte stattfinden sollen, wiederzubeleben und trotz anfänglicher Widerstände durchzuführen. »Erfolg hat nur, wer nicht aufgibt« ist das Motto von Thomas Lutz.

Plenarversammlung
der IHRA, Ferrara,
29. November 2019.
Foto: Marco Caselli Nirmal



Übergabe des Bundes-
verdienstkreuzes an
Thomas Lutz, Auswärtiges
Amt, 19. November 2021.
Foto: Stiftung Topographie
des Terrors

Damit hat er einen immensen Beitrag zur deutschen Erinnerungskultur geleistet und zu einem erheblichen Teil zu ihrem guten Ruf beigetragen. 2022 verlieh ihm Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Anerkennung seiner Verdienste das Bundesverdienstkreuz, das ich Herrn Dr. Lutz im Auswärtigen Amt übergeben konnte.

Ich danke Dr. Thomas Lutz für seine vielfältigen nationalen und internationalen Beiträge zur Erinnerungskultur. Er hat damit international das Bild Deutschlands, das sich seiner Verantwortung für den Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden und Hunderttausenden Sinti und Roma stellt, mitgezeichnet.

Michaela Küchler ist deutsche Generalkonsulin in Chennai. Von 2018 bis 2022 war sie Leiterin der deutschen IHRA-Delegation, von 2020 bis 2021 Präsidentin der IHRA.

1 www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/internationale-gedenkstaetten-charta?focus=expertiseremembrance

»Lieber Werner, ich bin gerade in Phnom Penh«, oder »soeben in Washington gelandet«, oder »unterwegs zu einer Tagung in Deutschland« – jedenfalls: Thomas Lutz ist unterwegs. Seine Mail aus Phnom Penh stand im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Initiative, die Mitgliedsstaaten der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) an die von ihnen übernommenen Verpflichtungen zu erinnern und eine klare Positionierung der IHRA gegen nationalistische Tendenzen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Der erste Satz des in deutsch-österreichischer Kooperation entwickelten Papiers lautete: »Since two years many members of the IHRA have become concerned about the shift of official state politics to the more and more extremist right, also in Member States.« Das war 2019, das Papier schaffte es nie ins Plenum der IHRA und wie es mit den rechten Regierungen seither weiterging, lesen wir jeden Tag in den Zeitungen. Das Schöne an der Zusammenarbeit mit Thomas Lutz in diesen internationalen Zusammen-

hängen war, dass er sich nicht nur mit dem abgab, was gerade politisch oder diplomatisch opportun war. Dass ihm dabei Vieles gelang, hängt ganz stark mit seiner verbindlichen, in der Sache hart argumentierenden, jedoch die persönliche Beziehung zum Gegenüber immer pflegenden Arbeitsweise zusammen. Solche wie Thomas Lutz, freundlich und fußballinteressiert, mit klaren Positionen und Weitblick – die braucht's, damit etwas gelingen kann.

Werner Dreier leitete von 2000 bis 2021 das Holocaust-Education Institut erinnern.at und gehörte der österreichischen IHRA-Delegation an.

»Many people don't want to get into these kinds of problems«

I have been working with Thomas Lutz for more than 10 years within the International Holocaust Remembrance Alliance or through direct bilateral relations between our respective institutions in Paris and Berlin.

Thomas is not only an excellent expert recognized in Europe, he is also a man with values never avoiding to confront difficult questions. I had the privilege to work together with him on many sensitive issues related to Holocaust distortion in Europe. Many people don't want to get into these kinds of problems. Thomas has always responded with strong commitments and involvements, because he knows that the legacy of the Holocaust is to act!

With his retirement, we lose a major figure, but I know he will keep an active role even after. Congratulations Thomas, you can look back with pride and satisfaction!

Bruno Boyer ist Directeur des relations internationales am Mémorial de la Shoah in Paris.

Gerade im Umgang mit schwerer Geschichte braucht es die Leichtigkeit

In den ersten Jahren unserer Zusammenarbeit in der IHRA habe ich es gemeinsam mit Thomas Lutz zu einer Tradition gemacht, nach unseren Meetings, am letzten Abend vor der Abreise nach Hause, gemeinsam auszugehen, Musik zu hören, um »runterzukommen«, und alles loszulassen, was sich bei der Arbeit mit NS-Geschichte so lastend aufs Herz legen kann.

Besonders gern erinnere ich mich an ein Treffen im Jahr 2004 – wie schnell doch die Jahre verfliegen – als wir in einem Club in Washington tanzten, auf einer Terrasse draußen im Freien...

Mit Thomas Lutz verbindet mich auch die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Beirat für die Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz. Wie dankbar war ich oft für seine unglaublich pragmatische, klare und besonnene Art. Er war immer einer, der sich vermittelnd einschaltete, wenn wir Österreicher uns mal nicht einigen konnten. Nie habe ich ihn ungeduldig erlebt.

Ich weiß gar nicht, wie viele Jahre wir uns schon kennen,

sicher 20, wenn nicht mehr, und ich hoffe, es werden noch viele sein. Thomas Lutz ist für mich ein Mensch, mit dem man sich vorstellen kann, friedlich an einem Strand zu sitzen, aufs Meer hinauszuschauen und über Gott und die Welt zu philosophieren. Ich wünsche Thomas für die Zukunft viele goldene Tage ...

Hannah M. Lessing ist Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich sowie Co-Leiterin der österreichischen Delegation in der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

Die Gründung der internationalen Fachgruppe IC MEMO

Ende der 1990er-Jahre setzte sich Thomas Lutz als Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors gemeinsam mit Wulff E. Brebeck, dem damaligen Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, für die Gründung einer internationalen Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums (ICOM) ein. Die beiden hatten sich bereits in den Jahren zuvor zusammen mit weiteren Mitstreiterinnen und Mitstreitern vergeblich um einen bundesweiten Zusammenschluss der Gedenkstätten für die Opfer der NS-Verbrechen und der Stasi-Diktatur eingesetzt. Doch zu unterschiedlich waren die Standpunkte, Trägerschaften und Vermittlungsansätze, als dass es zu einer Einigung gekommen wäre. Dennoch sahen sie die Dringlichkeit, dass sich Gedenkstätten organisieren sollten, um von den gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren und auch mit einem größeren Wirkungskreis öffentlich Stellung beziehen zu können. Da Thomas Lutz durch seine vielen bilateralen Verbindungen zu Gedenkstätten im Ausland und durch seine Arbeit in internationalen Gremien über sehr gute Kontakte verfügte, entstand die Idee, sich einer bestehenden internationalen Vereinigung anzuschließen, um ein eigenes Netzwerk zu gründen. Es wurden zunächst Gespräche mit der 1999 gegründeten »International Coalition of Historical Site Museums of Conscience« geführt, der allerdings keine Gedenkstätten aus Deutschland angehörten. Die Wahl fiel deshalb auf den internationalen Museumsverband ICOM, in dem eine eigene Fachgruppe für »Memorial Museums« eingerichtet werden sollte.

Durch die zunehmende Distanz zu den unmittelbaren Erfahrungen der Nazi-Verfolgung und den Übergang von der »kommunikativen« hin zur »kulturellen Erinnerung« sahen Thomas Lutz und Wulff E. Brebeck eine stärker werdende Musealisierung der Gedenkstätten und damit den Bedarf nach einem professionellen Austausch zwischen den Museumsfachleuten zur Aufbewahrung und Dokumentation der anwachsenden Sammlungsbestände, zu Restaurierungsfragen, zeitgeschichtlicher Archäologie und Ausstellungsdesign. Durch die Möglichkeiten des Internets ergaben sich vereinfachte Kommunikationswege zwischen den Gedenkstättenakteurinnen und -akteuren weltweit.¹

Im Frühjahr 2000 fanden mehrere informelle Vorgespräche zwischen Thomas Lutz, Wulff E. Brebeck und weiteren Vertreterinnen und Vertretern

von Gedenkstätten weltweit statt. Am 10. April trafen sich Wesley A. Fisher und David Marwell (US Holocaust Memorial Museum (USHMM), Washington), Avner Shalev (Yad Vashem, Israel), Tereza Świebocka (Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, Polen), Hans-Martin Hinz (Präsident von ICOM Deutschland) und Günter Morsch (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen) mit Thomas Lutz und Wulff E. Brebeck in Berlin. Im Mai trafen sich Thomas Lutz und Kirsten John-Stucke (Kreismuseum Wewelsburg) mit dem damaligen Generalsekretär von ICOM, Manus Brinkmann, am Rande einer ICOM-Konferenz am Bodensee, um die Regularien für die Einrichtung einer Fachgruppe abzuklären. Während Wulff E. Brebeck mit der Erstellung eines Plädoyers beauftragt wurde, bemühte sich Thomas Lutz zusammen mit Jan Munk (Gedenkstätte Theresienstadt, Tschechien) und Volkhard Knigge (Gedenkstätte Buchenwald) darum, weitere Unterstützer für das Projekt zu finden.²

Am 31. Januar 2001 fand schließlich ein offizielles vorbereitendes Treffen zur Gründung der internationalen Fachgruppe in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin statt, an dem neben Thomas Lutz und Wulff E. Brebeck 17 weitere Interessierte aus sieben Ländern teilnahmen. In dem Plädoyer für die Bildung eines »Internationalen Komitees« der »Historic Site Museums/Memorial Museums for Public Crimes against Humanity« im Rahmen des »Internationalen Museumsrates« (ICOM) werden Gedenkstätten definiert als »historical museums of a new type«.³ Sie funktionierten als Museen mit einem großen Sammlungsbestand originaler Objekte und Ausstellungsbereichen, die den klassischen Museumsaufgaben Sammeln, Bewahren,

ホロコーストで意見交換
チェコの博物館長ら 福山の記念館訪問



第二次大戦中のナチス・ドイツ教育の取り組みについてユダヤ人収容所のい意見交換した。実態などを伝えるチェコの博物館長ら四人が二館長のヤン・ムンクさん十九日、福山市御幸町の(左)、ドイツ国際博物館ホロコースト記念館を訪協会代表のウルフ・プレベックさん(右)ら。テレビの市の大久野島を視察すで館内を回り、ホロコースト市にはユダヤ人の子

大塚館長(左端)の説明で展示品を見るムンクさん(左から3人目)ら

どもや芸術家らの収容所があり、同博物館は収容所の建物を使っている。ムンクさんは「人は他人のために必ず何かができる」とを伝えるのがホロコースト教育の根本。一人の子どもの行動が何千人ものユダヤ人を救ったことになったという展示には感銘を受けた」と話していた。廿日市市中学生との交流が予定されていたが、台風のために来館が延期され、実現しなかった。

四人は韓国で開かれる博物館の国際会議に出席する機会に日本に立ち寄った。二十八日は広島市中区の原爆資料館を訪問。三十日には竹原市の大久野島を視察す

Zeitungsausschnitt einer japanischen Tageszeitung mit Bericht und Foto des Besuchs von IC MEMO in Japan, 2004. Privatarchiv Kirsten John Stucke

Ausstellen, Forschen und Vermitteln nachgehen, gleichzeitig aber auch die besonderen Aufgaben des Gedenkens und der sozialen Kontaktpflege zu Opfern und ihren Angehörigen erfüllen: »Gedenkstätten an authentischen Orten sind nicht autonome Museen, was sie von historischen – auch zeitgeschichtlichen – Museen unterscheidet, sondern genuine Gedenkort für die Opfer und ihre Angehörigen, Mahnmäler für die Wahrung menschlicher Grundrechte durch staatliche Ordnungen und Zeichen des Appells an jeden Menschen, jeder Inhumanität Widerstand zu leisten. Als solche sind sie Einrichtungen, die dem Prozess der Selbstvergewisserung der jeweiligen Gesellschaft über ihre humanitären Grundkonventionen dienen. Ihre Gebäude und Anlagen dokumentieren die Durchführung der Verbrechen. Vielfach finden sich Friedhöfe oder Leichen- bzw. Aschefelder auf den Geländen oder in der Nähe. Künstlerisch und architektonisch gestaltete Mahnmäler und Anlagen kommen in der Regel hinzu, wie mancherorts Sakralbauten. In der Umgebung dieser Museen finden gesellschaftliche Rituale und Manifestationen statt. [...] Bei den »Historischen Museen neuen Typs« besitzt diese [Vermittlungsarbeit] ein größeres Gewicht als im herkömmlichen Selbstverständnis vieler Museen. Es gibt eine psychosoziale Komponente durch die Arbeit mit Überlebenden; die Intentionen der Bildungsarbeit sind von moralischen Impulsen geprägt und stärker auf die gesellschaftliche Gegenwart bezogen als es bei historischer Vermittlung gemeinhin üblich ist. [...] Ihr Widmungszweck ist das Gedenken an die Opfer staatlich-gesellschaftlich verursachter, ideologisch motivierter Verbrechenkomplexe. [...] Sie verstehen sich als Mahnmäler zur Wahrung menschlicher Grundrechte.«⁴

Diese Definition wurde von den Teilnehmenden intensiv diskutiert. Zahlreiche Stellungnahmen konzentrierten sich auf den Begriff »Memorial Museums for Public Crimes against Humanity« und was darunter genau zu fassen sei. Auch wurde sich gegen die Historisierung und Musealisierung von Gedenkstätten ausgesprochen und befürchtet, dass eine ICOM-Fachgruppe propagandistisch missbraucht werden könne. Trotz vieler Bedenken befürwortete letztlich die Mehrheit der Anwesenden den Versuch, eine ICOM-Fachgruppe für Gedenkstätten zu gründen.⁵ Eine Arbeitsgruppe bereitete die notwendigen Unterlagen inklusive Satzung für eine Fachgruppen-Neugründung vor. Am 20. April 2001 erfolgte die offizielle Anmeldung beim ICOM-Generalsekretariat. Am 3. Juli 2001 konnte schließlich im Rahmen der ICOM-Generalkonferenz in Barcelona (Spanien) das Fachkomitee mit dem endgültigen Titel »International Committee for Memorial Museums for the Remembrance of Victims of Public Crimes« (IC MEMO) gegründet werden. Thomas Lutz wurde von den zehn anwesenden Gründungsmitgliedern zusammen mit Jan Munk zum zweiten Vorsitzenden gewählt, Wulff E. Brebeck übernahm den Vorstandsvorsitz. Jan Erik Schulte (Kreismuseum Wewelsburg) wurde Sekretär und Schatzmeister, Bettina Bouresh (Archivamt Landesverband Rheinland) und Klaus Müller (USHMM) wurden Beisitzer. Thomas Lutz behielt seine Aufgabe als zweiter Vorsitzender über zwei Wahlperioden bis zur Generalkonferenz in Wien im Jahr 2007 und wechselte



Diskussion im National Museum of the American Indian, Washington D.C., 2018.

Foto: Kirsten John-Stucke

dann ins »Advisory Board«, da laut Satzung eine weitere Verlängerung des Vorstandsamtes ohne Unterbrechung nicht möglich war.⁶ Von 2016 bis 2019 übernahm er noch einmal die Funktion des zweiten Vorsitzenden, seitdem füllt er wieder die Rolle des beratenden Vorstandsmitglieds im »Advisory Board« aus.

Die Organisation und Durchführung von Konferenzen zum gegenseitigen inhaltlichen Austausch gehörten von Anfang an zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Zusammenschlusses. Schon im ersten Jahr des Bestehens gelang es Thomas Lutz aufgrund seiner bereits bestehenden guten Kontakte zu internationalen Gedenkstättenakteurinnen und -akteuren im November 2001 eine Tagung in Berlin zu organisieren, die den Titel trug »On the Way towards Europe? Memorial Museums Facing New Challenges«. Ein Jahr später, im Oktober 2002 beteiligte sich IC Memo an der Jahreskonferenz von ICOM Deutschland, die auf Einladung von ICOM Polen in Warschau stattfand. Die erste internationale Tagung, bei der IC MEMO zusammen mit dem Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung, Braunschweig, eine bedeutende Funktion als Co-Organisator übernahm, war die Genozid-Konferenz vom 12. bis 15. März 2003 in Berlin mit dem Titel »Learning and Remembering: The Holocaust, Genocide and State Organized Crime in the Twentieth Century«. ⁷ Durch die bestehenden Beziehungen von Thomas Lutz und der Stiftung Topographie des Terrors zum Auswärtigen Amt der Bundesrepublik wurden beträchtliche Zuschüsse eingeworben, mit denen über 30 Referierende eingeladen werden konnten. Nicht nur die über 150 Teilnehmenden aus Europa, Asien, Afrika sowie Nord- und Südamerika machten die internationale Ausrichtung der Konferenz deutlich, sondern auch die breite Themenauswahl zur Genozidforschung. Neue, vergleichende Sichtweisen auf Völkermorde und Gewaltverbrechen, die Vielzahl der Arbeitsfelder der Beteiligten und die Präsentation der vielfältigen Schauplätze von Terror und

Verbrechen ließen die Konferenz zu einem Meilenstein in der Genozidforschung werden. Die im Anschluss an die Konferenz stattfindende Mitgliederversammlung von IC MEMO zählte 18 Mitglieder und sechs Gäste aus acht Ländern und drei Kontinenten.

Mit der Teilnahme von IC MEMO an der ICOM-Generalkonferenz in Seoul im Jahre 2004 beschritt das Fachkomitee neue Wege. Zum einen folgte es dem Ziel des Internationalen Museumsverbands, mit der Konferenz in Asien neue Mitglieder auf dem asiatischen Kontinent zu gewinnen. Das Fachkomitee IC MEMO war nach den ersten Jahren der Konsolidierung vor allem auf das Gedenken an die Opfer des Holocaust und der NS-Verbrechen im europäischen Umfeld beschränkt gewesen. Nun wollte der Vorstand neue Perspektiven eröffnen und weitere Gedenkstätten für Opfer staatlicher Gewalt für das Fachkomitee gewinnen, um dem Anspruch eines internationalen Komitees auch wirklich gerecht zu werden. Zum anderen kooperierte IC MEMO erstmalig mit ICOMAM, dem Fachkomitee für Armee- und Militärmuseen, die sich zunehmend auch der sozialgeschichtlichen Dimension von Kriegsgeschehen und moralischen Aspekten des Krieges widmen und eine Zusammenarbeit ermöglichen.⁸

Die Konferenz vom 4. bis 10. Oktober 2004 in Seoul beschäftigte sich mit dem Vergleich der unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und Völkermord in Europa und Asien, hier vor allem Südkorea und Japan. Die unterschiedlichen Entwicklungen der Nachkriegsgesellschaften und daraus resultierende Verdrängungsmechanismen wurden thematisiert. Thomas Lutz stellte die Gründung und Entwicklung der Stiftung Topographie des Terrors vor. Im Vorfeld der Generalkonferenz waren Thomas Lutz und die weiteren IC MEMO-Vorstandsmitglieder Wulff E. Brebeck, Jan Munk und Vojtěch Blodig (beide Terežín) von Julie Higashi (ICOM Japan) nach Kyoto eingeladen worden. Dort besuchten sie das Friedensmuseum in Hiroshima und das Holocaust-Center in Fukujama, was auch in den dortigen Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Am Ende der Reise wurde Thomas Lutz von einer Initiative, die ein Museum für »Comfort Women« (Frauen aus Korea, China und anderen Staaten, die im Zweiten Weltkrieg als Zwangsprostituierte in Bordelle für japanische Soldaten arbeiten mussten)⁹ nach Tokio eingeladen und in einer Kultursendung des öffentlichen japanischen Fernsehens zur Erinnerungskultur und Entschädigungspraxis in Deutschland interviewt.¹⁰

2005 wurde IC MEMO von Iratxe Momoito, Vorstandsmitglied und Direktorin des »Museo de la Paz« in Gernika (Spanien), dorthin zu einem Internationalen Kongress der Friedensmuseen eingeladen und erhielt dadurch die Möglichkeit, sich mit den weltweit vernetzten Friedensmuseen auszutauschen. Weitere Mitglieder schlossen sich dem Fachkomitee an. 2007 bei der Generalkonferenz in Wien zählte die Mitgliederversammlung bereits 58 Mitglieder aus 21 Ländern.

IC MEMO war nicht nur an dem fachlichen Austausch im Rahmen von gemeinsamen Konferenzen oder Tagungen interessiert, sondern entwickelte



Besuch der Gedenkstätte
Auschwitz, 2008.

Foto: Kirsten John-Stucke

2003 auch ein internationales Austauschprogramm für zwei- bis dreimonatige Stipendien an Gedenkstätten in Deutschland, das von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« gefördert werden sollte. Besonderen Eindruck hinterließ Oribe Cures aus Montevideo (Uruguay), mit dem der internationale Austausch gestartet wurde. Er nahm 2003 in Berlin an der Genozid-Konferenz teil und besuchte anschließend mehrere Gedenkstätten in Deutschland.¹¹ Da sich allerdings erhebliche Schwierigkeiten ergaben, junge Kandidatinnen und Kandidaten für das Austauschprogramm zu finden, wurde das Programm 2005 eingestellt.

Zu den weiteren Aufgaben von IC MEMO gehört die Lobbyarbeit für die Gedenkstätten, die sich in den ersten Jahren stark auf Deutschland konzentrierte. So beschäftigte sich der Vorstand 2004 mit einer parlamentarischen Initiative der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die das Gesetz zur Gedenkstättenförderung zu Ungunsten der Gedenkstätten für NS-Verbrechen ändern wollte. Der Vorstand protestierte zusammen mit internationalen Vertretungen erfolgreich gegen diese Pläne.

Weitaus schwieriger gestaltete sich die Idee, mittels einer deutschsprachigen Sektion innerhalb des internationalen Fachkomitees den Gedenkstätten in deutschsprachigen Ländern und Regionen einen eigenen Zusammenschluss zu bieten. Diese Idee griff das eingangs erwähnte Vorhaben auf, eine eigene Vertretung für die Gedenkstätten in Deutschland zu gründen. Der damalige ICOM-Generalsekretär John Svereff unterstützte die Idee ebenso wie das deutsche ICOM-Nationalkomitee, das traditionell eng mit den Komitees in Österreich und der Schweiz zusammenarbeitet. Thomas Lutz als Gedenkstättenreferent der Topographie des Terrors und zweiter Vorsitzender von IC MEMO und Wulf E. Brebeck als Präsident des Fachkomitees luden zu einem Vorbereitungstreffen am 22. Juni 2007 zur Gründung einer deutschsprachigen Sektion nach Breitenau ein, an dem 13



Thomas Lutz auf der Karlsbrücke während der ICOM Generalkonferenz in Prag, 2022.
Foto: Kirsten John-Stucke.

Personen, unter anderem Dr. Peter Fischer (Zentralrat der Juden in Deutschland), teilnahmen. Thomas Lutz betonte in seinem Plädoyer die Offenheit des Fachkomitees IC MEMO für alle Gedenkstätten, auch wenn diese zu unterschiedlichen Formen von staatlicher und gesellschaftlicher Gewalt arbeiteten. Ein Vorteil der deutschsprachigen Sektion könne die weitergehende Verständigung zwischen den Erinnerungskulturen in West und Ost sein, auch könne man von den transnationalen Beziehungen zwischen Deutschland, Österreich, Schweiz, Luxemburg und deutschsprachigem Belgien profitieren. Weiterhin wurde bedacht, dass ehrenamtliche Initiativen, die nicht Mitglied bei ICOM werden können, über ein Delegiertensystem im Museumsverband mitarbeiten könnten. Die Mehrheit der Anwesenden befürwortete die Initiative und berief einen Arbeitsausschuss, der die Verfahrensordnung für die Sektion vorbereiten sollte. Die Gründung einer deutschsprachigen Sektion scheiterte im Folgenden allerdings erneut an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorstellungen der Gedenkstätten und -initiativen in Deutschland.

Wo steht IC MEMO heute?

Das Scheitern der deutschsprachigen Sektionsgründung war kein Hindernis für die erfolgreiche Weiterentwicklung des internationalen Fachkomitees. Nach den ersten sechs Jahren Basisarbeit mit starker Fokussierung auf Europa hatte das Komitee einen sicheren Stand in der internationalen Gedenkstättenlandschaft für Opfer von staatlicher Gewalt erlangt und konnte sich als echtes internationales Netzwerk ausweiten. Wurden 2016 auf der Generalkonferenz in Mailand 125 Mitglieder gezählt, stieg die Zahl bis März 2023 auf 331 individuelle und 74 institutionelle Mitglieder weltweit an. Auch die Besetzung des aktuellen Vorstands ist mit Mitgliedern aus Nordamerika, Afrika, Asien und Europa international aufgestellt.¹² Durch seine langjährige und beständige Vorstandsarbeit als zweiter Vorsitzender und Mitglied des »Advisory Boards« übernahm Thomas Lutz in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren eine prägende Rolle im sich stets weiterentwickelnden internationalen Fachkomitee für »Memorial Museums«.

Die jährlich stattfindenden Mitgliederversammlungen werden ergänzt durch weitere Konferenzen, die in Kooperationen mit zahlreichen anderen ICOM-Fachkomitees und Universitäten weltweit organisiert werden. 2017 fand eine Kooperationstagung zu den Themen Sklaverei und Menschenrechte mit ICOM USA (ICOMUS) und anderen Verbänden in Cincinnati, Ohio und Washington, D.C. statt. 2018 traf sich IC MEMO auf Einladung von ICOM Israel und dem israelischen Bildungsministerium in Yad Vashem und Massuah. 2019 fand die Mitgliederversammlung im Rahmen der Generalversammlung von ICOM in Kioto (Japan) statt. Ein Teil der IC MEMO Mitglieder

konnte die Reise mit dem Besuch einer Konferenz im Tuol Sleng Genozid Museum in Phnom Penh, Kambodscha verbinden.

In den Konferenzbeiträgen diskutiert IC MEMO aktuell darüber, dass die Menschenrechte weltweit missachtet und verletzt werden und Menschen aufgrund ihrer Einstellungen, Religion, Herkunft und ihres Geschlechts verfolgt werden. IC MEMO hält es für eine wichtige Voraussetzung zur Vermeidung von zukünftigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sich der Wichtigkeit der Menschenrechte bewusst zu werden. Die Wahrung der Menschenrechte als Ziel von IC MEMO wurde schon in den Gründungspapieren des Fachkomitees (Plädoyer und Satzung) festgeschrieben. Es soll nun noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, indem das Komitee ausdrücklich auch für »Human Rights Museen« geöffnet und der Begriff »Human Rights« mit in den Namen aufgenommen werden soll (»The International Committee of Memorial & Human Rights Museums«).¹³ Auf den nächsten Konferenzen wird sicher über Kooperationen und gemeinsame Ziele diskutiert werden. Man wird sehen, in welche Richtung sich das rege Komitee entwickeln wird.

Kirsten John-Stucke ist die Leiterin des Kreismuseums Wewelsburg und seit 2022 Beiratsmitglied im Vorstand von IC MEMO.

- 1 Wulff E. Brebeck: What is IC MEMO?, in: Fundación Museo de la Paz de Gernika (Hrsg.): Museums for Peace: A Contribution to Remembrance, Reconciliation, Art and Peace, Gernika 2006, S. 406–421.
- 2 Ebd.
- 3 Plädoyer in letzter Fassung vom April 2001, englische Fassung: Plea for the creation of an International Committee of Historic Site Museums/Memorial Museums for Public Crimes against Humanity within the scope of the International Council of Museums (ICOM) (abgerufen am 7. 3. 2023).
- 4 Ebd.
- 5 Jan-Erik Schulte: Vorbereitende Sitzung zur Gründung einer Fachgruppe für Gedenkstätten im International Council of Museums. Ein Kurzbericht, in: Gedenkstätten-Rundbrief 99 (2/2001), S. 33 f.
- 6 Satzung, s. https://icmemo.mini.icom.museum/wp-content/uploads/sites/17/2019/01/rulesIC_MEMO.pdf (abgerufen am 7. 3. 2023).
- 7 Wulff E. Brebeck: Genocide – a Subject for Museums? in: ICOM News. Newsletter of the International Council of Museums 57 (2004), Nr. 3, S. 12.
- 8 Eine weitere Kooperation mit ICOMAM fand 2016 während der Generalkonferenz in Mailand statt.
- 9 2005 wurde das »Women’s Active Museum on War and Peace« in Tokio eröffnet.
- 10 Wulff E. Brebeck, Thomas Lutz: NS- und Kriegsverbrechen: ihre Rezeption in Europa und Ostasien seit dem 2. Weltkrieg, in: ICOM Deutschland-Mitteilungen, 2005, S. 31–34.
- 11 Oribe Cures starb wenige Wochen nach seinem Austauschaufenthalt in seiner Heimat, siehe der Nachruf von Bettina Bouresh: Our Man in Montevideo: In Memoriam Oribe Cures, Honorary Member, IC MEMO, in: Newsletter Memorial Museums, Nr. 2/2005, S. 10.
- 12 Vorsitzende: Wulff E. Brebeck, Deutschland (2001–2007), Voitěch Blodig, Tschechien (2007–2010), Jon Reitan, Norwegen (2010–2013), Karen Franklin, USA (2013–2016), Ophelia Leon, Großbritannien (2016–2022); Jane Klinger, USA (2022–2025).
- 13 Die Mitgliederabstimmung für Eingliederung der Menschenrechtsmuseen in das Fachkomitee IC MEMO lief bis zum 26. März 2023, mit positivem Ergebnis.

Values, pragmatism and backbone

I engaged with Thomas Lutz on different projects over the last 20 years, sometimes it would be just asking for his advice, other times developing big ideas. His knowledge and understanding of the international landscape of memorial sites, their evolution and their political intricacies is unsurpassed. When I worked at Yad Vashem, we were a small working group of Germans and Israelis reflecting over several years on how different the representations of the Holocaust in Germany and Israel are, and then developed interventions aimed to generate multiperspectivism into the work of memorial sites. Thomas deeply understands the complexity of memory and the role it plays in shaping our images of the past. He represents a rare combination of values, pragmatism and backbone, a strategist, observing the field in which we operate and setting goals to fulfill values shared by many of us, and having the perseverance to see it through.

Yariv Lapid ist Senior Strategy Advisor für das United States Holocaust Memorial Museum. Zuvor war er unter anderem für Yad Vashem, die KZ-Gedenkstätte Mauthausen und das Ghetto Fighters House Museum tätig.

In einer beruflichen Laufbahn gibt es einzelne Menschen, denen man enorm viel verdankt. Menschen, die einem zuhören, einen begleiten, unterstützen, beraten und leiten, die einem ihre Zeit, ihr Talent oder ihre Ideen zur Verfügung stellen.

Thomas Lutz ist für mich so ein Mensch und Freund, der mich geleitet hat und auf den ich über ein Jahrzehnt lang zählen konnte, vor allem bei unseren gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen der IHRA und bei der UNESCO. Neben Bescheidenheit und Humor zeichnet ihn eine große Willensstärke aus. Er weiß, worauf es im Feld des europäischen Gedächtnisses ankommt, und auch um die Bedeutung seiner Mission im Dienst der Geschichtsvermittlung. Mehr als einmal hat er mir den Weg gewiesen in meiner Laufbahn, und ich bin ihm dafür unendlich dankbar.

Karel Fracapane ist International Relations Manager bei der UNESCO, Paris. Von 2003 bis 2007 war er Executive Secretary der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

KAPITEL V

Aktuelle Entwicklungen

Ein bundesweites Netzwerk mit Wirkung. Die AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager

Zu den vielen Vernetzungsaktivitäten von Thomas Lutz gehört die maßgebliche Beteiligung an der Gründung der AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager im März 2019. Das Gründungsfoto zeigt ihn inmitten der Kolleginnen und Kollegen vor einem großen Plakat der »Topographie des Terrors«, nachdenklich-freundlich in die Kamera schauend. Mit dem Foto wurde der Zusammenschluss von 14 teils namhaften, teils wenig bekannten Erinnerungsorten zu einem neuen Netzwerk dokumentiert. Das Treffen, zu dem Thomas Lutz nach Berlin eingeladen hatte, bildete den Startschuss für den Ausbau der Zusammenarbeit. Die 14 Gründungsmitglieder planten, einen bundesländerübergreifenden Wissenstransfer zu organisieren, sich gegenseitig bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und konservatorischen Anstrengungen zu unterstützen und den Austausch über die spezifischen Herausforderungen historisch-politischer Bildungsarbeit an Orten früher Konzentrationslager zu intensivieren.¹

Das erste gemeinschaftliche Großprojekt, die Ausstellung »Auftakt des Terrors« für das Themenjahr 2023 wurde im GedenkstättenRundbrief 208 vorgestellt.² In diesem Artikel stehen die Hintergründe des Zusammenschlusses und die wichtigsten Aktivitäten im Mittelpunkt. Dabei verbindet sich der Blick hinter die Vernetzungskulissen mit einem wehmütigen Abschiedsgruß an Thomas Lutz.

Ausgangssituation und Hintergründe: Bad Urach 2018 und Berlin 2019

Wie so oft bei Gedenkstättennetzwerken basierte auch die Gründung dieser AG auf einer Fachtagung. Eingeladen hatten im September 2018 das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, der Lernort Kislau, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Stiftung Topographie des Terrors zu einer Bestandsaufnahme der Gedenkstätten-situation an Orten früher Konzentrationslager. Zwei Tage diskutierten über 60 Gäste in Bad Urach Herausforderungen in Forschung, Vermittlung und Denkmalschutz. Den Referenzrahmen bildete ein Impulsvortrag von Thomas Lutz zur Entwicklung von Forschung und Rezeption in den letzten 25 Jahren.³

Schnell zeigte sich, dass die Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager bei aller Heterogenität viele Aufgaben, Potenziale und Probleme teilen: Sie vermitteln am jeweils lokalen oder regionalen Beispiel, wie die

Nationalsozialisten die Weimarer Republik aushebelten und wie sie die politischen Gegnerinnen und Gegner mit dem zentralen Terrorinstrument der frühen Konzentrationslager ausschalteten, um ihre Macht zu sichern. Viele Gedenkstätten nehmen die Zerstörung der Weimarer Demokratie zum Ausgangspunkt, um Theorien und Methoden der heutigen Demokratiebildung in ihrer Arbeit zu integrieren. Denn wie die Nationalsozialisten die erste deutsche Demokratie destabilisierten und 1933 in kürzester Zeit eine rechts-extreme Diktatur errichteten, betrifft das politische Selbstverständnis und das Zusammenleben der heutigen Gesellschaft unmittelbar.

Gleichzeitig verbinden die Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager spezifische Herausforderungen: Hannah Arendt machte bereits 1964 darauf aufmerksam, dass die Geschichte der frühen Konzentrationslager von den Schrecken der späteren Verbrechen überlagert worden sei.⁴ Dabei ist gerade das Wissen um die Anfänge des NS-Regimes ein zentraler Schlüssel für das Verständnis der NS-Geschichte, wie Thomas Lutz in seinem Vortrag in Bad Urach herausarbeitete. Zum einen könnten die Völkermordverbrechen und Massenmorde der Nationalsozialisten nur verstanden werden, wenn der Prozess der »kumulativen Radikalisierung« der Gewalt von seinen Anfängen her gedacht wird. Bereits in der Phase der Machtübernahme seien einige der hierfür zentralen Strukturen, Organisationen und Methoden ausgebildet worden. Gleichzeitig, so Lutz, zeigten die frühen Lager im Reich, dass die Verbrechen eben nicht nur in Osteuropa, in den großen Konzentrations- und Vernichtungslagern begangen wurden, sondern flächendeckend, initiiert und ausgeübt im Zusammenspiel zahlreicher Tätergruppen auf kommunaler-, Landes- und Reichsebene.

Mit Blick auf ihre historisch-politische Relevanz müssten die Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager, die sich am konkreten historischen Beispiel explizit mit Fragen der Demokratiezerstörung und Diktaturetablierung befassen, eigentlich besonders gestärkt werden. In der Realität aber stehen sie vor gravierenden Problemen: Sie müssen bei steigenden Erwartungen aus Gesellschaft und Politik ihren wachsenden Aufgaben in Forschung und Vermittlung bei oftmals knappen Ressourcen gerecht werden. Sie arbeiten an komplexen, oftmals multipel genutzten Orten, deren Zugänglichkeit allzu oft eingeschränkt und deren bauliche Substanz gefährdet ist. Die aktuelle Forschung hat zwar die zentrale Bedeutung der frühen Lager für die Geschichte des Nationalsozialismus herausgearbeitet. Es fehlt aber an vergleichenden und länderübergreifenden Untersuchungen und Darstellungen. Viele der Gedenkstätten vor Ort arbeiten mit großem ehrenamtlichem Engagement, teils noch darum kämpfend, überhaupt einen eigenen Erinnerungsort aufbauen zu können. Alle stehen mit dem wachsenden Abstand zum Nationalsozialismus und den zunehmenden Angriffen auf die Erinnerungskultur vor besonderen Herausforderungen, um eine erfolgreiche historisch-politische Bildungsarbeit leisten zu können. Hinzu kommt ein strukturelles Problem: Geografisch verteilen sich die Gedenkstätten an Orten früher Lager über das gesamte Bundesgebiet, so wie auch die etwa



Die Gründungsmitglieder der AG beim konstituierenden Treffen im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Berlin, März 2019.
Foto: AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager

100 frühen KZ dezentral im Reich verteilt waren. Daraus ergibt sich, dass die Einrichtungen jeweils die einzigen in ihrem Bundesland beziehungsweise in ihrer Region sind, die diese spezifischen Probleme haben. Die Gründung der AG war also auch als Mittel gedacht, die »strukturelle Einsamkeit« zu überwinden.⁵ Dass Thomas Lutz von Beginn an als Impulsgeber, Berater und Unterstützer in einer Person auftrat, half hierfür sehr.

Beim Gründungstreffen im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors im März 2019 identifizierten die Teilnehmenden vier Felder und Themenkomplexe, die sie gemeinsam angehen wollten: Dazu gehörten Forschung/Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie Vermittlung und der kollegiale Austausch. Im Gründungsprotokoll wurde auch schon der Plan für eine gemeinsame Ausstellung festgehalten: »Bei der Erarbeitung der Wanderausstellung sollen inhaltliche und didaktische Expertise möglichst optimal verzahnt werden.«⁶ Die Umsetzung dieses Vorhabens band viele Kräfte der AG. Darüber hinaus trafen sich die Mitglieder, wie in Berlin vereinbart, mindestens einmal im Jahr an einer Gedenkstätte, um die dortige Arbeitssituation mit ihren Problemen und Chancen kennen zu lernen, und, falls erforderlich, durch den bundesweiten Schulterchluss zu unterstützen.

Der Fall Sachsenburg und weitere Vernetzungstreffen der AG

Schon beim Gründungstreffen der AG kam ein Thema auf, das gewissermaßen gleich zum ersten »Auftrag« des neuen Zusammenschlusses werden sollte. Konkret ging es um die Frage, wie im Hinblick auf die Erinnerungsarbeit am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenburg in Fran-

kenberg (Sachsen) verfahren werden sollte.⁷ Zwar waren sich die Akteurinnen und Akteure vor Ort grundsätzlich darüber einig, dass auf dem Gelände eine Gedenkstätte entstehen sollte. Darüber, wie diese Gedenkstätte aussehen sollte, gab es jedoch unterschiedliche Meinungen.

Einer der zentralen Streitpunkte zwischen den ehrenamtlich Aktiven der Geschichtswerkstatt Sachsenburg und der Lagergemeinschaft Sachsenburg auf der einen Seite und der Gemeinde Frankenberg auf der anderen Seite war die Zukunft der sogenannten »Kommandantenvilla«. Die Gemeinde vertrat den Standpunkt, dass sich diese in einem so schlechten Zustand befinde, dass ein Abriss die einzige Lösung sei. Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss lag zu diesem Zeitpunkt bereits vor. Für die ehrenamtlich Aktiven hingegen war klar, dass die Villa erhalten bleiben und im Vermittlungskonzept der Gedenkstätte berücksichtigt werden sollte. Auch Thomas Lutz trieb die schwierige und konfliktbehaftete Situation um. Er schlug vor, dass sich die AG-Mitglieder schon möglichst bald in Sachsenburg treffen sollten und übernahm die Koordination.⁸

Mit dem Treffen sollten gleich mehrere Ziele verfolgt werden: Zum einen war damit die Hoffnung verbunden, dass die Anwesenheit und die Fürsprache von Vertreterinnen und Vertretern aus Gedenkstätten in ganz Deutschland dazu beitragen würde, der Gemeinde die Bedeutung des historischen Gesamtensembles zu verdeutlichen. Zum anderen sollte dadurch die Sichtbarkeit des Ortes und der damit verbundenen Problematik auch über Frankenberg hinaus erhöht werden. Thomas Lutz war es zudem wichtig, dass die AG-Mitglieder bei der Überarbeitung des Antrags auf Fördermittel im Rahmen der Bundesgedenkstättenkonzeption mitwirken sollten. Ein erster Antrag der Stadtverwaltung war abschlägig beschieden worden.

Schnell waren sich die Gründungsmitglieder der AG einig, den Prozess mit ihrem Knowhow zu begleiten und die Aktiven der Geschichtswerkstatt Sachsenburg zu unterstützen. Thomas Lutz und Anna Schüller von der Geschichtswerkstatt übernahmen im Anschluss die Vorbereitungen für das Treffen, das unter den Titel »Entwicklung einer partizipativen Erinnerungskultur am Geschichtsort Sachsenburg« gestellt wurde. Daran teilnehmen sollten neben den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft auch Simon Lenge mann für die Bundeszentrale für politische Bildung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten.

Im Juni 2019 war es schließlich so weit: In Frankenberg fanden sich zahlreiche Mitglieder der AG ein. Leider konnte Thomas Lutz krankheitsbedingt nicht an dem Treffen teilnehmen. Allen, die vor Ort waren, ist es vermutlich noch sehr präsent. Da war zum einen das beeindruckende Gebäudeensemble, das viele zum ersten Mal in Augenschein nehmen konnten, und zum anderen das unermüdliche und rein ehrenamtliche Engagement der Geschichtswerkstatt und der Lagergemeinschaft, um diesen Ort zu erhalten und zum Sprechen zu bringen. Und da waren die Konflikte, die nicht nur zwischen Ehrenamtlichen und Gemeinde, sondern zum Teil auch innerhalb der ehrenamtlichen Gruppierungen entbrannt waren. Diese schwie-



Beirat der Gedenkstätte Sachsenburg vor der Kommandantenvilla, 2021.
Foto: Stiftung Topographie des Terrors

rige Gemengelage galt es für die Teilnehmenden zunächst einmal zu durchdringen.

An zwei dichten Programmtagen diskutierten die AG-Mitglieder unter anderem mit dem Bürgermeister der Gemeinde Frankenberg, mit Vertreterinnen und Vertretern der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst. Dabei verließen sie ihrer Überzeugung Ausdruck, dass das Gesamtensemble der Gebäude erhalten und nach Möglichkeit auch für die Vermittlungsarbeit nutzbar gemacht werden sollte.⁹ Im Gespräch zeigte sich der Bürgermeister offen, Modelle zu prüfen, die zumindest die Außenmauern und das Dach der Kommandantenvilla erhalten würden, und darüber im Stadtrat zu beraten.

Leider stellte sich schon bald heraus, dass die zweitägige Anwesenheit der AG-Mitglieder nicht ausreichen würde, um zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation beizutragen. Wie tief die Gräben schon waren, ließ sich unter anderem daran erkennen, dass neueste Informationen über die Konzept-Ideen der Gemeinde in der Presse lanciert wurden – noch während die AG-Mitglieder vor Ort waren.

Im Anschluss an das Treffen fassten die Teilnehmenden ihre Empfehlungen für den weiteren Prozess in einem Schreiben an den Bürgermeister zusammen. Darin sprachen sie sich unter anderem für die Etablierung eines partizipativen und transparenten Verfahrens sowie für die Schaffung eines wissenschaftlichen Beirats aus. In dem kurz darauf berufenen Gremium wirken mit Thomas Lutz sowie Melanie Engler von der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin seitdem gleich zwei Mitglieder der AG an der Weiterentwicklung des Konzepts mit. Darüber hinaus unterstützten sie den von der

Stadt eingestellten Historiker Mykola Borovyk dabei, einen weiteren Antrag auf Bundesmittel zu stellen. Dieser Antrag wurde schließlich im Mai 2022 von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bewilligt. Vor Ort gibt es inzwischen ein provisorisches Kommunikations- und Dokumentationszentrum. Die Kommandantenvilla allerdings wurde aufgrund ihres schlechten baulichen Zustands – trotz eindringlichen Appells weiterer Historikerinnen und Historiker sowie zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure – im Herbst 2022 abgerissen. Das Treffen in Sachsenburg war das erste Treffen der AG an einem der Orte früher Lager. Diesem folgten weitere Zusammenkünfte in Neustadt an der Weinstraße (2020) und Osthofen (2021). Zuletzt war die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen im März 2023 Gastgeberin. Diskutiert wurde dort das Thema »Vielfältig gelagerte Interessen bei mehrfach genutzten historischen Liegenschaften«, das viele der in der AG vertretenen Einrichtungen beschäftigt.

Dass Thomas Lutz an der Programmplanung der Treffen mitwirkte und an diesen teilnahm, war für die gesamte AG, aber auch für die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter der Einrichtungen ein großer Gewinn. Durch seine jahrzehntelange Erfahrung in den Bereichen Gremienarbeit und politische Kommunikation sowie durch seinen Überblick über die gesamte deutsche Gedenkstättenlandschaft konnte er wichtige Impulse geben und die Prozesse voranbringen.

Sechzehn Gedenkstätten machen eine Ausstellung – Die Wanderausstellung »Aufakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus« als Gemeinschaftsprojekt

Im Kern beschäftigte die AG aber seit der Gründung vordringlich die Frage, wie sie das eingangs erwähnte Projekt einer gemeinsamen Ausstellung für das Jahr 2023 am besten angehen könnte. In diesem Jahr würde sich der Machtantritt Adolf Hitlers und in diesem Zuge auch die Errichtungen der ersten Konzentrationslager zum neunzigsten Mal jähren. Es war selbstverständlich, dass die AG zu diesem Anlass eine Präsentation gestalten musste, um dem Thema mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Zur Umsetzung bildeten sich die Unter-AGs »Pädagogik« und »Ausstellung«.

Das Projekt wurde groß angedacht. Die Idee war, eine zentrale Ausstellung 2023 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors zu zeigen oder alternativ beziehungsweise ergänzend dazu mehrere kleinere dezentral zu eröffnen. Mit dem Ziel, finanzielle und personelle Unterstützung zu erhalten, sollte ein Förderantrag bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingereicht werden. Und dann kam das Jahr 2020 und alles bekanntlich anders als geplant. Die Zeit verstrich durch diverse Lockdowns und der Antrag blieb in einer inhaltlichen Rohfassung stecken. Erst im August 2021 war wieder an ein Präsenztreffen zu denken, welches in der Gedenkstätte KZ Osthofen stattfand.

Bei dem Treffen in Osthofen wurde der Zeitverlust schmerzlich bewusst, der auch durch verschiedene Videokonferenzen nicht hatte aufgefangen



Eröffnung der Ausstellung
 »Auftakt des Terrors« in der
 »Topographie des Terrors«,
 28. Februar 2023,
 v.l.n.r. Dr. Thomas Lutz,
 Dr. Andrea Riedle,
 Philipp Holt,
 Agathe Conradi.
 Foto: Irene von Götz

werden können. Ein Antrag bei der Kulturstatsministerin hätte terminlich kaum noch geklappt. Aber die AG wäre nicht die AG, wenn nicht konstruktive Lösungen gesucht worden wären. Ann Katrin Düben von der Gedenkstätte Breitenau hatte Kontakt zur Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft aufgenommen, die schließlich die Entstehung der Ausstellung wesentlich fördern sollte. Die Gedenkstätte Esterwegen stellte hierfür als Institution stellvertretend für die AG den gemeinsamen, erfolgreichen Antrag und verwaltete die Fördermittel. Für die personelle Unterstützung schufen die Einrichtungen ein Crowdfunding, um einen Werkvertrag mit entsprechenden Mitteln ausstatten zu können. Die Redaktion der Ausstellung sollte später nach einem Auswahlverfahren Sebastian Zehetmair übernehmen. Gleichzeitig arbeitete die Unter-AG »Pädagogik« an einem Antrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung, um eine Förderung der Bildungsmaterialien sowie personelle Unterstützung zu erhalten, den Agnes Ohm für die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen einreichte. Die Unter-AG übernahm auch die Planungen für die Begleitung der Ausstellung durch eine Social Media-Kampagne unter dem Hashtag #HeuteVor90Jahren. In Osthofen verständigten sich die Anwesenden über Inhalte und bauliche Voraussetzungen der Ausstellung. Mittlerweile war die AG auch von einer zentralen Ausstellung in Berlin abgerückt. Stattdessen würde jede Einrichtung ein Exemplar eigenständig in Auftrag geben, welches später jeweils als Wanderausstellung verliehen werden könnte. Am Ende hatte das Projekt erste Konturen bekommen.

In der Folge fanden Redaktionsgruppen für alle thematischen Module zusammen, die sich später vor allem im virtuellen Raum bei Videositzungen trafen – die Konferenztechnik hatte bekanntlich katapultartige Fortschritte gemacht. Im März 2022 kam das nächste Planungstreffen im Hybridformat in

Osthofen. Zu diesem Zeitpunkt war mittlerweile auch Alyn Beßmann für die Hamburger Gedenkstätte Fuhlsbüttel zu dem Projekt gestoßen. Die Anwesenden stimmten über Entwürfe von Grafikagenturen ab, bei denen sich das Weidner Händle Atelier aus Stuttgart im Votum durchsetzen konnte. Inhaltlich liefen viele Arbeiten nun digital ab bei unzähligen Videokonferenzen mit unzähligen Teilnehmenden an unzähligen Terminen. Inhaltlich war es nicht leicht, so viele diverse Meinungen, Ansichten und Präferenzen auf einen Nenner zu bringen. Die Kompromissfähigkeit aller Beteiligten wurde auf einige harte Proben gestellt. Zugleich waren diese vielen Herangehensweisen auch ein Gewinn, ohne den sicherlich eine ganz andere, viel monolithischere Ausstellung entstanden wäre. Zeitgleich focht auch die Unter-AG »Pädagogik« ihren eigenen schweren Kampf gegen vielerlei Probleme. In dieser Phase kam der Eindruck auf, für jedes Problem, welches man bewältigte, tauche ein neues auf. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges waren mittlerweile auch in den Planungen angekommen: Rohmaterialien wie Pappe waren knapp und mussten auf Vorrat gegen Vertrauen und Vorkasse gekauft werden. Das eigentlich vorgesehene, brandhemmende Material mit Aluminium-Anteil war vergriffen und ein adäquater Ersatz musste in Belgien beschafft werden.

Im Dezember 2022 starteten Ulrike Holdt, Sebastian Weitkamp und Sebastian Zehetmair die zehrende Schlussredaktion, die auch der Grafikagentur manche Überstunde bescherte. Gleichzeitig liefen für jede Einrichtung die selbstständigen Bestellungen bei der Druckerei. Für alle, aber gerade für die kleineren Einrichtungen war die Arbeit, die zusätzlich zu den alltäglichen Aufgaben zu leisten war, enorm. Doch letztlich konnte so der Zeitplan eingehalten werden.

Am 28. Februar 2023 fand schließlich anlässlich des 90. Jahrestages der Reichstagsbrandverordnung die zentrale Eröffnung der Ausstellung in der Gedenkstätte Oberer Kuhberg in Ulm in Anwesenheit von Kulturstaatsministerin Claudia Roth statt. Als Vertreterinnen und Vertreter der AG waren zu diesem Anlass neben Nicola Wenge (Oberer Kuhberg) auch Agnes Ohm (Sachsenhausen), Ingaburgh Klatt (Ahrensböök) und Sebastian Weitkamp (Esterwegen) nach Ulm gekommen. Zeitgleich eröffneten acht weitere Einrichtungen an diesem Tag die Ausstellung, was ein breites regionales wie bundesweites Presseecho zur Folge hatte. Weitere Einrichtungen eröffneten die Ausstellung in den kommenden Monaten.

Bei allen Widrigkeiten und den Herausforderungen einer basisdemokratischen AG-Struktur ist es unter den schwierigen Rahmenbedingungen doch gelungen, eine sehenswerte und wichtige Ausstellung im Team von zuletzt sechzehn Einrichtungen zu erstellen. Die Ausstellung macht deutlich, wie schnell und brutal sich eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft durch politische Prozesse in eine Diktatur mit unvorstellbarer Gewalt wandeln kann. Als AG stehen wir in der Verantwortung, daran zu erinnern. Wir tun es nicht zuletzt für die vielen Häftlinge, deren Angehörige und die Toten der frühen Konzentrationslager.

Wenige Wochen nach der Ausstellungseröffnung ist es noch zu früh, ein Fazit zu Wirkung und Rezeption zu ziehen. Sie hat aber bereits jetzt ein deutlich stärkeres Medienecho hervorgerufen als zu erwarten war und viele Besucherinnen und Besucher angezogen. Das macht Lust auf weitere Projekte und vertiefte Netzwerkbildung, auch wenn uns Thomas Lutz dabei fehlen wird.

Luisa Lehnen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lernort Kislau e.V. und forscht und vermittelt zum frühen badischen Konzentrationslager Kislau bei Bruchsal.

Dr. Nicola Wenge ist wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm und im Sprecherrat der LAGG Baden-Württemberg. Ausstellung und Veröffentlichungen zu NS-Verfolgungsgeschichte, Struktur der Konzentrationslager, Widerstand, Antisemitismus und jüdische Geschichte, Erinnerungskultur.

Dr. Sebastian Weitkamp ist Co-Leiter der Gedenkstätte Esterwegen und forscht schwerpunktmäßig zum KZ Esterwegen 1934–1936. Veröffentlichungen zu den »Emslandlagern«, SS, Antisemitismus, NS-Außenpolitik und Geschichte des Auswärtigen Amtes im »Dritten Reich«.

- 1 Pressemitteilung »AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager gegründet«, www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Veranstaltungen/Dokumente/2019/04_April/AG_GOK.pdf (zugegriffen: 11. 4. 2023).
- 2 Luisa Lehnen/Nicola Wenge: Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Bundesweite Gemeinschaftsausstellung der AG Gedenkstätten an Orten früher KZ. Ein Werkstattbericht zu einem besonderen Kooperationsprojekt, GedenkstättenRundbrief 208 (12/2022), S. 34– 37.
- 3 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager. Rückblick auf die Fachtagung, www.gedenkstaetten-bw.de/fruehe-lager mit einer Zusammenfassung des Vortrags von Thomas Lutz (zugegriffen: 11. 4. 2023).
- 4 Zitiert nach Gerald Gemser/Norbert Haase/Bert Pampel: »Was dann losging, war ungeheuerlich...« Frühe Konzentrationslager in Sachsen 1933–1937, Gedenkstätten-Rundbrief 141 (3/2008), S. 26–30, hier S. 26.
- 5 Vortrag Nicola Wenge: Probleme und Potenziale der Gedenkstättenarbeit zu frühen Konzentrationslagern, Zusammenfassung: www.gedenkstaetten-bw.de/fruehe-lager (zugegriffen: 11. 4. 2023).
- 6 AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager: Auftakttreffen am 18. und 19. März 2019 in Berlin – Gründungsprotokoll verfasst von Andrea Hoffend, 20. März 2019.
- 7 Vgl. Anna Schüller: Gedenkstätte KZ Sachsenburg – Ringen um einen angemessenen Gedenkort, in: GedenkstättenRundbrief 191 (9/2018), S. 21–35. Weitere Informationen zum Ort und zur Gedenkstätte: <https://gedenkstaette-sachsenburg.de>; www.frankenbergsachsen.de/Bildung-Kultur/gedenkstaettesachsenburg/.
- 8 Siehe Endnote 6, S. 3.
- 9 Pressemitteilung: »Wie geht es weiter mit dem Geschichtsort Sachsenburg? Die Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager tagt in Frankenberg«, 21. Juni 2019.

Sisyphos lässt grüßen. Von der Arbeitsgemeinschaft zum Bundesverband: Etappen bundesweiter Interessen- vertretung der Gedenkstätten

Den Verband der Gedenkstätten in Deutschland e.V., für den wir hier schreiben, gäbe es ohne das Engagement von Thomas Lutz nicht. Bereits mit dem Beginn seiner Tätigkeit im Gedenkstättenreferat, seinerzeit noch bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste angesiedelt, war ihm stets der Austausch untereinander und die Vernetzung der Aktiven ein wichtiges Anliegen.

Einen Beitrag zur Verabschiedung von Thomas Lutz in den Ruhestand zu verfassen, bedeutet daher auch und nicht zuletzt, seine Rolle und große Bedeutung für die Selbstorganisation der Gedenkstätten in Deutschland zu betonen und ihm hierfür nachdrücklich und herzlich zu danken.

Selbstfindung und Selbstorganisation – der lange Weg zur Verbandsgründung

Das kontinuierlichste und erfolgreichste Instrument beim Austausch untereinander und letztendlich beim Aufbau eines bundesweiten Zusammenschlusses der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen waren sicherlich die vom Gedenkstättenreferat unter Thomas Lutz ausgerichteten und bis heute stattfindenden Gedenkstättenseminare, von denen das erste 1983 in Hannover organisiert wurde; zwei Jahre zuvor hatten sich in Hamburg im Oktober 1981 Gedenkinitiativen und -aktivist:innen erstmals zu einem überregionalen Treffen zusammengefunden. Die daraus entstandene, zunächst lockere und unverbindliche Selbstorganisation hat dann im Laufe der folgenden 15 Jahre zu verschiedenen regionalen und überregionalen Zusammenschlüssen geführt, teils mit Thomas Lutz als Mitinitiator (so beispielsweise bei der Gründung der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten). Das waren erste regionale Vernetzungen von Gedenkstätten und -initiativen, die zu demselben Verfolgungskomplex arbeiteten. Hier ließen sich etwa der Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation nennen oder Zusammenschlüsse mit professioneller Fragestellung wie der Arbeitskreis Gedenkstättenpädagogik und die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken.

Neue Impulse erfuhr die Diskussion 1997 um einen verbindlicheren bundesweiten Zusammenschluss durch die Erklärung »Selbstverständnis, Leitlinien und Organisationsprofile«, verfasst von der im selben Jahr



gegründeten Arbeitsgemeinschaft der KZ Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland. Über diesen, von der Breite der kleinen und mittleren Gedenkstätten durchaus kritisierten Text und über die nur wenige »große« Einrichtungen erwähnende Gedenkstättenförderung betreffenden Passagen im Schlussbericht der Bundestags-Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« kam es dann bei einem Gedenkstättenseminar im Oktober 1998 in Nordhausen zu einer intensiven und grundsätzlichen Diskussion. In der Folge wurden Vertreter:innen kleinerer und mittelgroßer Gedenkstätten delegiert, die Interessen der nicht in der Arbeitsgemeinschaft organisierten Einrichtungen zu sondieren und (gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft) über eine zukünftige Arbeits- und Organisationsform auf Bundesebene nachzudenken, in der auch die Interessen der kleineren und mittelgroßen Gedenkstätten widerspiegelt werden sollten.

Bei einem gemeinsamen Gespräch am 22. Februar 1999 betonte die Arbeitsgemeinschaft, die kleinen und mittelgroßen Einrichtungen seien bei sämtlichen Gesprächen etwa mit dem Bund oder bei Expert:innen-Anhörungen immer mitvertreten und mitgedacht. Dagegen verwahrten sich jedoch die kleineren und mittelgroßen Gedenkstätten. Es reiche nicht, nur »mitgedacht« zu werden, man wolle mitreden.

Gruppenfoto von der 9. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Stuttgart, 17. September 2021. Foto: Lea-Theresa Berg, Haus der Geschichte Baden-Württemberg/ Hotel Silber

Es zeichnete sich bei diesem Treffen aber eine grundsätzliche Bereitschaft ab, insbesondere hinsichtlich eines gemeinsamen Gedenkstättenverbandes und der politischen Außenvertretung bis zur Gründung eines solchen Verbandes zusammenzuarbeiten.

Bei einem Gespräch zwei Monate später, am 30. April 1999, sollte dann weiteres geklärt werden. Dieser Austausch, an dem neben Vertreter:innen der kleinen und mittelgroßen Gedenkstätten auch Detlef Garbe (Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und Thomas Lutz teilnahmen, erbrachte in der strittigen Frage allerdings keine Einigung: Die eine Seite plädierte für eine unabhängige Bundesorganisation, die andere argumentierte in Richtung eines dem International Council of Museums (ICOM) angeschlossenen Gedenkstättenverbandes. 2001 wurde dann mit dem International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes (IC MEMO) zwar eine internationale Arbeitsgruppe der Gedenkstätten gegründet, ein bundesweiter Gedenkstättenzusammenschluss ließ aber noch lange auf sich warten.

Es setzte nun eine gewisse Stagnation in den Diskussionen ein. Erst im Oktober 2010 kamen Vertreter:innen der mittlerweile in vielen Bundesländern existierenden Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten (sogenannte LAGs) auf Einladung der Stiftung Topographie des Terrors (respektive des Gedenkstättenreferats in Person von Thomas Lutz) in Berlin zusammen. Betont wurde wie schon häufig zuvor die große Bedeutung des Austausches und der gemeinsamen Diskussion und es wurden weitere Treffen vereinbart. Um eine gewisse Kontinuität zu wahren, wurde nun aber ein Delegationsprinzip beschlossen, bei dem jede LAG von zwei Vertreter:innen repräsentiert werden und diese die Ergebnisse in die Landesverbände vermitteln sollten.

Bereits beim zweiten Treffen der LAGs am 8. Juni 2011 wurden als Ziele vereinbart, diesen Zusammenschluss, neben einem allgemeinen Austausch auch dazu zu nutzen, Standards für die Bildungsarbeit von Gedenkstätten zu erarbeiten, hinter die einzelne Landesregierungen nicht zurückfallen können, und zu guter Letzt einen verfassten Zusammenschluss der Gedenkstätten zu erreichen. Es folgten bis 2014 intensive Diskussionen um die Zusammensetzung und die Struktur einer bundesweiten Organisation. Sie mündeten in ein konkretes Ergebnis: Im Rahmen der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Bremen am 2. September 2014 wurde das »Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland« (FORUM) gegründet und ein vierköpfiger Sprecher:innenrat gewählt. Das FORUM gab sich Richtlinien für seine Tätigkeit, die darauf abzielen, »dass sich die Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen untereinander stärker vernetzen und austauschen, um einerseits die eigene Professionalisierung zu fördern und andererseits auch innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Rahmens zu einer stärkeren Vertretung gemeinsamer Interessen und einer verbesserten öffentlichen Wahrnehmung zu gelangen«.

Damit war nun, 33 Jahre nach dem ersten überregionalen Treffen von Gedenkinitiativen und -aktivist:innen 1981 in Hamburg, ein erster bundesweiter verbindlicher, wenngleich noch nicht in Rechtsform gebrachter Zusammenschluss der kleineren und mittelgroßen Gedenkstätten und -initiativen geschaffen. Der Sprecher:innenrat arbeitete aber kontinuierlich daran, den Zusammenschluss auch in einen rechtlich verfassten Status zu überführen. Nach vielen Programmdiskussionen gründeten die Vertreter:innen der Landesarbeitsgemeinschaften im FORUM schließlich am 9. Dezember 2020 den »Verband der Gedenkstätten in Deutschland. Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren« (VGDF). Die Anerkennung als eingetragener Verein erfolgte am 23. März 2022. Die AG der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, die die Interessen der institutionell auch vom Bund geförderten Einrichtungen vertritt, war Gründungsmitglied des Verbands und entsandte bis Anfang 2023 mit dem jeweils amtierenden Sprecher der AG ein kooptiertes Mitglied in den Vorstand.

Zum Zeitpunkt der Gründung waren im Verband der Gedenkstätten in Deutschland über 300 kleine und mittelgroße Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen aus neun Bundesländern organisiert, die nach einer groben Schätzung etwa 1,4 Mio. Besucher:innen pro Jahr verzeichnen. Damit repräsentiert der Verband die ganz überwiegende Mehrzahl der in Deutschland aktive Bildungsarbeit betreibenden Gedenkstätten und -initiativen. Er verdeutlicht, dass die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht nur auf die großen, von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) kofinanzierten Gedenkstätten zu fokussieren ist, sondern zu einem sehr großen Teil in der weiten Fläche stattfindet. Eine Arbeit, die auch auf Bundesebene stärker honoriert werden sollte.

Die »Mühen der Ebene« – der Gedenkstättenverband seit seiner Gründung

Nach den langen Jahren der Diskussion über die Zweckhaftigkeit und Machbarkeit einer gemeinsamen organisatorischen Vertretung aller Gedenkstätten in Deutschland und der langsamen Formierung erster Schritte auf diesem Weg, war die Gründung des Bundesverbands Ende 2020 tatsächlich ein Meilenstein. »Der neue Verband versteht sich als Interessenvertretung gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft und will sich um die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung bemühen«, heißt es in der Gründungserklärung des VGDF. »Sein Ziel ist die Förderung eines bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausches der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen untereinander sowie die Stärkung der Kooperationen mit allen relevanten Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung, um die Professionalität der Einrichtungen zu stärken.«

Inzwischen ist die bescheidene Euphorie ob der geglückten Verbandsgründung einer aufgeräumteren Stimmung und Lageeinschätzung gewichen. Gewiss, der Verband hat endlich ein eigenes Bankkonto, eine

herzeigbare Website, schreibt interessenpolitische Papiere für die bundesweite Debatte um die Zukunft der Gedenkstättenentwicklung und hat auch erste Lobby-Gespräche mit Kulturpolitiker:innen des Bundestags geführt. Tatsächlich steht der Gedenkstättenverband jedoch vor einigen strukturellen Problemen, die schrittweise anzugehen sind, um eine gemeinsame bundesweite Interessenvertretung abzusichern und so peu à peu auf sichere organisatorische Beine zu stellen. Eine überregionale Interessenvertretung muss dabei nach innen und nach außen systematisch entwickelt werden.

Im Kern umfasst die Aufgabe zwei Fragen: Wie kann der Verband im anspruchsvollen Sinne arbeitsfähig werden, also adäquate finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen für die professionelle und effektive Vertretung der Interessen der Akteur:innen in den Gedenkstätten und im Weiteren der Erinnerungskultur erlangen? Und: Wie kann das leitende Ziel realisiert werden, ein Dachverband für alle aktiven Einrichtungen zu werden, die – meist unmittelbar am historischen Bezugsort – Bildungsarbeit für die gegenwartsorientierte Vermittlung der Geschichte und Verbrechen des Nationalsozialismus leisten – und zwar für alle Beteiligten mit ihren teilweise beträchtlichen Unterschieden? Denn die Spanne von den »großen Tankern« der vom Bund geförderten Gedenkstätten und Dokumentationszentren mit bis zu über einer Million Besucher:innen pro Jahr und Einrichtung (vertreten durch die AG KZ-Gedenkstätten) über mittelgroße Einrichtungen bis hin zu kleinen, oft von ehrenamtlichen Trägervereinen geleiteten Gedenkstätten (vertreten durch den VGDF) ist beträchtlich.

Für seine Arbeit verfügt der sechsköpfige Vorstand nur über minimale finanzielle Mittel. Hinzu kommt, dass die Vorstandsmitglieder ihre Tätigkeit zusätzlich zu ihrer normalen Arbeit in ihrer jeweiligen Organisation verrichten und auch keine Mitarbeiter:innen haben, die etwa organisatorische Aufgaben übernehmen könnten. Keine finanziellen Mittel, wenig Zeit und keine hauptamtliche personelle Unterstützung – das allein ist schon Anlass genug für eine realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten der »äußeren« Interessenvertretung bei Entscheidungsträger:innen des Berliner Politikbetriebs, wo der VGDF organisatorisch und personell weitgehend Newcomer ist. Verschärft wird die Lage zudem durch eine schwierige Gemengelage bei der »inneren« Interessenvertretung, also beim Bemühen, wirklich alle Gedenkstätten unter einem gemeinsamen »Dach« zu integrieren. Denn faktisch konkurriert die sehr anspruchsvolle Idee eines professionellen Dachverbands mit der pragmatischeren Perspektive zweier verschiedener Organisationen, die vielleicht punktuell kooperieren, freilich nur bedingt mit einer Stimme sprechen.

Immer dann, wenn Sisyphos des Abstimmens und Integrierens der verschiedenen Interessen und Akteur:innen müde ist, überkommt ihn der regressive Traum des Wiederauseinanderfallens einer gemeinsamen organisatorischen Vertretung aller Gedenkstätten. Aber er weiß, dass dies keine Option ist – und dass es um ein Grundproblem von Politik geht, die Max

Weber in seiner klassischen Formulierung als »starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich« definierte. Vordergründig zeigt sich das Problem als die verbindliche gemeinsame Interessenvertretung und Repräsentation der Gedenkstätten gegenüber Bundestag, Bundesregierung, Medien und anderen Interessengruppen. Jenseits von Fragen der Repräsentation und divergierender Interessen geht es, last but not least, allerdings auch um Machtfragen.

Die innere Integration, zu der besonders auch die organisatorische Abbildung der dezentralen Vielfalt der Gedenkstättenzene inklusive diverser überregional aktiver Arbeitsgruppen gehört, ist eine zentrale, vielleicht die Kernherausforderung des Verbands – die Bedingung der Möglichkeit wirksamer Interessenvertretung. Der Weg zu einer tragfähigen und attraktiven organisatorischen Lösung ist gepflastert mit Satzungsreformen, Brückenlösungen, verstärktem Austausch – und viel gutem Willen im Sinne der gemeinsamen Sache, der Sicherung und Professionalisierung der Orte des Gedenkens und Erinnerns an die NS-Opfer. Denn auch für die politische Interessenvertretung gilt: Wer sich primär mit sich selbst beschäftigt, wird seine Ziele nur mühsam erreichen.

Andreas Ehresmann, Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel und Geschäftsführer der Stiftung Lager Sandbostel, Stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Gedenkstätten in Deutschland e.V.

Jonas Kühne, Referent bei der sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Vorstand des Trägervereins der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Gedenkstätten in Deutschland e.V.

Dr. Harald Schmid, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V., Mitglied im Vorstand des Verbands der Gedenkstätten in Deutschland e.V.

Die digitalen Angebote des Gedenkstättenreferats. Eine Bestandsaufnahme

Seit 30 Jahren ist das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors eine Anlaufstelle zur Beratung und Information für Gedenkstätten und Initiativen, Kommunen und Länder, für Medien, Politik und Forschung.¹ Die Gedenkstättenlandschaft und die alltägliche Arbeit der Gedenkstätten haben sich in dieser Zeit durch die Nutzung von Computer und Internet stark gewandelt. Im Jahr 2023 bietet das Gedenkstättenreferat daher unterschiedliche digitale Angebote an, um einer Nachfrage der Gedenkstätten zu entsprechen.

Das GedenkstättenForum und die GedenkstättenÜbersicht

Zur übersichtlichen Darstellung des Informationsangebots setzt das Gedenkstättenreferat schon seit dem Jahr 2000 eine eigene Website, das GedenkstättenForum, ein. Als Ort des Überblicks und des Erfahrungsaustauschs hat sich seine Grundidee bis heute erhalten.² Die GedenkstättenÜbersicht wurde zwar bereits in ihrer Grundkonzeption als Teil des GedenkstättenForum gedacht, war aber durch Webadresse, Design und Aufbau vom Forum getrennt. Auch mit Blick auf den enzyklopädischen Charakter und den nach Ländern getrennten, verschachtelten Aufbau unterschied sich die Übersicht von der flach hierarchisierten Struktur des Forums, welches auch durch seine tagesaktuellen Nachrichten, Veranstaltungen und deutschlandweiten Stellenangebote kurze Navigationswege ermöglichte.

Mit der jüngsten Überarbeitung des GedenkstättenForums im Jahr 2020 sind beide Bereiche nun unter einer gemeinsamen URL zu finden und bieten erweiterte Informationen zu den einzelnen Gedenkstätten.³ Diese Informationen, seien es aktuelle Nachrichten, Veranstaltungen oder Beiträge des GedenkstättenRundbriefs, sind nun direkt mit der GedenkstättenÜbersicht verknüpft. Aus der früheren, die Übersicht, die ausführliche Überblicksinformationen zu 180 Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus bot, wurde damit eine heute für Deutschland weitgehend vollständige Übersicht zu annähernd 300 Einrichtungen, die durch das Verweisprinzip laufend aktualisiert und ergänzt wird. Weltweit sind heute mehr als 750 Orte in der GedenkstättenÜbersicht eingetragen.

Teil des neuen GedenkstättenForums ist auch der Unterbereich »Gedenkstätten erklärt«, in dem grundlegende Erläuterungen zu Aufbau und Cha-

rakter der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland gegeben und zentrale Begriffe und Fragestellungen erläutert werden, die bislang nur schwer online zu finden sind. Auch mit Blick darauf, dass die Gesamtgeschichte der deutschen Gedenkstättenlandschaft nach 1945 noch nicht geschrieben ist, erscheint der Bereich »Gedenkstätten erklärt« als ein für jeden zugängliches und erweiterbares digitales Angebot. Im Print-Bereich bietet einzig Habbo Knochs Einführung für Studierende einen vergleichbaren Ansatz.⁴

Welches Potenzial ein mögliches digitales Angebot entfalten könnte, zeigt der GedenkstättenRundbrief. Mit ihm unterhält das Gedenkstättenreferat ein im deutschsprachigen Bereich der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus etabliertes Publikationsformat.⁵ Das als Sprachorgan für die Gedenkstätten konzipierte, ursprünglich nur in einer Print-Version veröffentlichte Medium erreicht über das GedenkstättenForum auf digitalem Weg inzwischen mehrere tausend Nutzende. Seine Bedeutung geht über die einfache Informationsweitergabe unter Gedenkstättenmitarbeitenden und Interessierten hinaus, indem es mit einem breiten Themenspektrum Diskussionen initiiert, begleitet und fördert.

Die Ausgaben des Rundbriefs geben einen tieferen Einblick in die heterogene Arbeit der Gedenkstätten. Durch die öffentlich zugängliche Bereitstellung auf dem GedenkstättenForum und die mögliche Volltextsuche wird dieser wertvolle Wissensspeicher für alle nutzbar und mit Blick auf das heutige digitale Arbeiten schneller verwertbar. Dabei dient der GedenkstättenRundbrief in Zeiten von Social Media und Instant Messaging eher einer tiefergehenden thematischen Auseinandersetzung.⁶ Der Verweis auf Rundbriefbeiträge in Dissertationen verdeutlicht die Bedeutung auch für die wissenschaftliche Arbeit.

Das GedenkstättenForum im alten Design vor dem Relaunch im April 2022, Screenshot von 2012. Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung



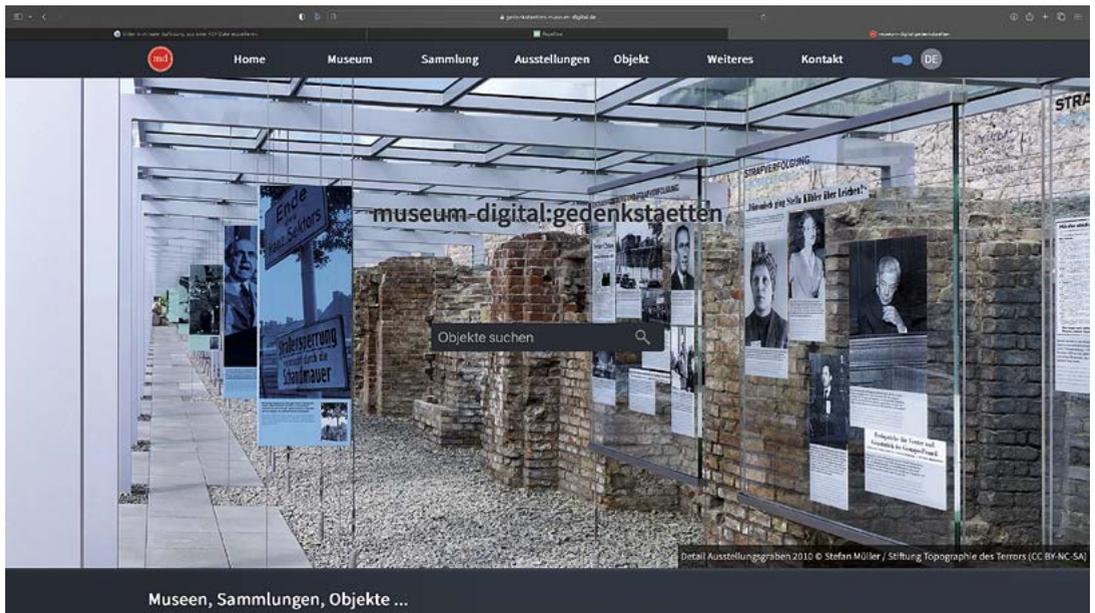
Interviewsequenz mit
Thomas Lutz im Pageflow
»Gedenkstätten für
NS-Opfer in Deutschland«.
Stiftung Topographie
des Terrors

Die genannten dauerhaft bereitgestellten Inhalte des GedenkstättenForums werden flankiert von den werktäglich bereitgestellten Informationen über die Arbeit der einzelnen Gedenkstätten: Nachrichten, Veranstaltungen, Stellenanzeigen und Projekte.

Durch die jahrelange Kontaktpflege im analogen und digitalen Raum erreichen das Gedenkstättenreferat regelmäßig Informationen aus der bundesweiten Gedenkstättenarbeit, welche das GedenkstättenForum für eine breite Nutzerschaft zur Verfügung stellt. Für eine einzelne Gedenkstätten kann dieser Bereich des GedenkstättenForums neben den jeweils eigenen Kanälen als zusätzliche Möglichkeit der Bewerbung dienen, etwa von Veranstaltungen. Es ist überdies auf User-Seite auch eine einfache und nervenschonende Alternative zum Abonnement diverser Newsletter. Das Forum bündelt bereits viele dieser Informationen an einem Ort und speist sich zudem aus den Ergebnissen aktiver eigener Recherche.

Projekttätigkeiten und neue Angebote

Der Relaunch des GedenkstättenForums, die Neukonzeption der GedenkstättenÜbersicht, die Einrichtung des erwähnten Bereiches »Gedenkstätten erklärt« und die erweiterte digitale Bereitstellung des GedenkstättenRundbriefs fanden im Zuge des Bundesprogramms »Jugend erinnert« von 2020 bis 2022 statt. Das Gedenkstättenreferat verfolgte mit seinem Begleitprojekt den Auftrag, die »Unterstützung, Vernetzung und öffentliche Darstellung« von insgesamt 31 Bildungsprojekten zu fördern.⁷ Es wurde die Gelegenheit genutzt, für die »Jugend erinnert«-Projekte einen digitalen Raum zu generieren, der ihnen die Möglichkeit bot, ihre Projekte im Internet zu präsentieren und sie einem größeren und breiteren Publikum zugänglich zu machen.



Parallel zum »Jugend erinnert«-Programm führte das Gedenkstättenreferat das Projekt »Gedenkstättenpräsentation digital« durch. Über die Jahre wurde im Gedenkstättenreferat ein Wissen um gelungene praxisnahe Anwendungsbeispiele gesammelt, welches nun in den digitalen Raum überführt werden konnte. So wirft der neue Bereich »Digitale Vermittlung« mit kurzen, präzisen Einführungen in die dargestellten Projekte ein Schlaglicht auf die digitalen Angebote der bundesweiten Einrichtungen. Darüber hinaus entwickelte das Gedenkstättenreferat mit einer befristeten Stelle zur Begleitung und Umsetzung digitaler Vermittlungsformate eigene Angebote im Bereich der Sammlungsverwaltung und -darstellung sowie der multimedialen Präsentation.

Wie die Ergebnisse einer im Juni 2020 erfolgten Onlineumfrage verdeutlichen, werden durch Gedenkstättenmitarbeitende die Themen Wahrnehmbarkeit, Fortbildung und Vernetzung besonders nachgefragt.⁸ In Reaktion darauf baute das Gedenkstättenreferat das Portal gedenkstätte-digital zur Sammlungsverwaltung und -präsentation auf⁹, und erstellte eine multimediale Einführung in die Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland mittels der multimedialen Storytelling-Software Pageflow¹⁰. Pageflow illustriert, welches Angebot das Gedenkstättenreferat im Bereich der digitalen Vermittlung bereitstellen kann: Das Gedenkstättenreferat bot Schulungen für die Entwicklung eigener Pageflows sowie auch das Hosting der fertigen Pageflows an. Der Mitarbeiter des Gedenkstättenreferats und Autor des vorliegenden Beitrags ließ sich zuvor selbst in der Nutzung der Software schulen, erstellte den erwähnten für die Öffentlichkeit bestimmten Pageflow und diente aufgrund der gewonnenen Praxiserfahrung als Ansprechpartner für andere Gedenkstätten, die die Software nach einer Präsentation, Einfüh-

Screenshot der digitalen Sammlungsplattform gedenkstätte-digital. Stiftung Topographie des Terrors

rung und Schulung selbstständig nutzen konnten. So sammelte das Gedenkstättenreferat auch in weiteren Bereichen wie cloudgestützter Arbeit, Social Media und der Durchführung von Onlineumfragen ein fundiertes Wissen, um es mit Kolleginnen und Kollegen in Gesprächsrunden, Workshops und Beratungen zu teilen. Damit kam das Gedenkstättenreferat seinem Kernauftrag zur Beratung und Vernetzung auch im digitalen Bereich nach.

In der Form des digitalen Fachaustausches bei einem monatlichen »Jour Fixe« mittels Videokonferenz ermöglichte das Gedenkstättenreferat den Projektträgern von »Jugend erinnert« einen Austausch zu verschiedenen für sie relevanten Themen, wozu auch Formen digitaler Arbeit gehörten. Auch ein Podcast-Workshop wurde beispielsweise angeboten. Dieser vom Gedenkstättenreferat mithilfe von Florian Kimmelmeier bereitgestellte digitale Kommunikationsraum erfuhr regen Zuspruch unter den »Jugend erinnert«-Projekten und sollte als gutes Beispiel für die Begleitung zukünftiger Projektlinien dienen.¹¹

Der Mensch hinter der Digitalität

Nicht vergessen werden sollte, dass es auch in der digitalen Kommunikation um Menschen geht:

Digitale Angebote werden am Ende durch konkrete Menschen genutzt, auch wenn diese oft nicht face-to-face sichtbar sind. Konkrete Menschen sind zugleich nicht nur auf der Seite der Nachfrage relevant, sondern auch auf der Seite der Bereitstellung der Angebote.

Das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors hat eine in der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft besondere Position, ist es doch deutschlandweit beratend und koordinierend tätig und bringt eine Expertise als Ansprechpartner der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus ein. Hinter jedem der erwähnten digitalen Angebote des Gedenkstättenreferats – seien es die Inhalte des GedenkstättenForums, die Bereitstellung neuer Software oder die digitalen Kommunikationsräume und Schulungen – stehen Menschen. Mit der temporären Erweiterung des Gedenkstättenreferats um zwei Stellen für die digitale Vermittlung und den Fachaustausch im Rahmen des Projekts »Jugend erinnert« war ein Kompetenzausbau und zugleich der Ausbau des Angebots im digitalen Bereich möglich. Die Diskontinuität nach Auslaufen der Stelle für digitale Angebote im Jahr 2022 brachte mit sich, dass über einen längeren Zeitraum wieder nur unmittelbar notwendige Entwicklungen und das Tagesgeschäft gewährleistet waren und ein deutlicher Bruch erfolgte, der die entwickelten digitalen Angebote gefährdete, ob nun gedenkstätte-digital, Pageflow, oder die technische und redaktionelle Weiterentwicklung des GedenkstättenForums. Auch wenn die Stelle zur Weiterentwicklung digitaler Angebote im Gedenkstättenreferat unlängst durch Arno Helwig neu – allerdings wiederum nur temporär – besetzt wurde, bleibt festzuhalten, dass gerade auch die digitale Kommunikation eine kontinuierliche und nachhaltige Planung erfordert.

Fazit und Ausblick

Das breite Spektrum der Angebote und Projekte, die das Gedenkstättenreferat seit 2020 durchgeführt hat, zeigt das künftige Potenzial des Gedenkstättenreferats auch im Bereich der Digitalisierung auf. Bei einer kontinuierlichen Stärkung der personellen Kapazität durch die Verstetigung von Stellen ließe sich das Beratungsangebot und der Wissensspeicher des Gedenkstättenreferates so zugänglich halten und erweitern, dass die dargestellte Arbeit der gesamten Gedenkstättenlandschaft zugutekommt.

Es ist das Verdienst von Thomas Lutz, den zukunftsführenden Weg des Ausbaus digitaler Angebote eingeschlagen zu haben. Auf diesem Weg in die Zukunft sind alte wie neue Kernangebote des Gedenkstättenreferats dabei: Der inzwischen 40 Jahre alte GedenkstättenRundbrief, die Gedenkstätten-Übersicht und das ebenfalls vor über 20 Jahren als eine der ersten Websites im Bereich der Erinnerungskultur begründete GedenkstättenForum. Über die absehbar bleibende Relevanz dieser »Klassiker« hinaus wird das Gedenkstättenreferat sich künftig auch verstärkt der Netzwerkpflge im digitalen Bereich samt der damit verbundenen Beratungs- und Schulmöglichkeiten widmen können – entsprechende Personalausstattung vorausgesetzt.

Sven Hilbrandt ist Projektmanager für digitale Transformation an der Stiftung Topographie des Terrors. Von Juni 2020 bis Juni 2022 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Gedenkstättenreferat und dort für digitale Vermittlungsformate zuständig.

- ¹ Detlef Garbe: Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven. In GedenkstättenRundbrief 189 (2/2018), S. 14.
- ² Vgl. Thomas Lutz und Michael R. Seidinger: Gedenkstättenforum im Internet, in: GedenkstättenRundbrief 94 (4/2000), S. 24–5.
- ³ Sven Hilbrandt: Eine Plattform für Gedenkstätten. Zum Relaunch des Gedenkstättenforums und der Gedenkstättenübersicht, in: GedenkstättenRundbrief 206 (7/2022), S. 45–52. [URLs ergänzen]
- ⁴ Vgl. Habbo Knoch: Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder, Tübingen 2020
- ⁵ Vgl. Detlef Garbe: Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (2/2018), S. 11–21.
- ⁶ Vgl. Thomas Lutz: GedenkstättenRundbrief – in eigener Sache, in: GedenkstättenRundbrief 165 (4/2012), S. 3–4.
- ⁷ Siehe Florian Kimmelmeier: Von Leuchttürmen und den Mühen der Ebene. Begleitung und Vernetzung im Förderprogramm »Jugend erinnert«, in: GedenkstättenRundbrief 207 (9/2022), S. 15–25.
- ⁸ Siehe Sven Hilbrandt: Wahrnehmbarkeit, Fortbildung, Vernetzung. Die Ergebnisse der Digitalisierungsumfrage des Gedenkstättenreferates der Topographie des Terrors, in: GedenkstättenRundbrief 199 (9/2020), S. 22–31.
- ⁹ <https://gedenkstaetten.museum-digital.de/>
- ¹⁰ <https://gedenkstaettenforum.pageflow.io/gedenkstaetten-fuer-ns-opfer-in-deutschland>
- ¹¹ Vgl. Florian Kimmelmeier: Von Leuchttürmen und den Mühen der Ebene, S. 22–23.

Kooperation oder Konkurrenz? Das Gedenkstättenreferat als Schnittstelle

Ein Blick zurück – das Gedenkstättenreferat von außen

Herbst 2004, Projektbesprechung in der Stresemannstraße 110, der damaligen Geschäftsstelle der Stiftung Topographie des Terrors. Es gab Kaffee bei meiner ersten Begegnung mit Thomas Lutz, das kleine Team des Gedenkstättenreferats saß auf der anderen Seite des Tisches.

Kurz zuvor hatte ich mein Praktikum bei der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Stiftung Denkmal) begonnen. Die Vorbereitungen für den Ort der Information des im Mai 2005 zu eröffnenden Holocaust-Denkmal liefen auf Hochtouren. Dies galt auch für das geplante »Gedenkstättenportal«, dessen internationale Inhalte zusammen mit dem Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors erarbeitet wurden. Dabei waren zwei unterschiedliche Anwendungen vorgesehen: Das auf Europa konzentrierte »Gedenkstättenportal« der Stiftung Denkmal zum Abschluss der Ausstellung im Ort der Information sowie die online zugängliche internationale »Gedenkstättenübersicht« des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors.¹

Wie ich rasch verstand, handelte es sich hier um ein ursprünglich nicht ganz freiwilliges Kooperationsprojekt. Dass der Bundestagsbeschluss zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas vom 25. Juni 1999 explizit eine Verbindung »mit den anderen Gedenkstätten und Institutionen« vorsah, war auf Bedenken in der Denkmals-Debatte zurückzuführen, denen zufolge eine Zentralisierung des Gedenkens in Berlin unmittelbar negative Auswirkungen auf die bestehenden, allzu oft um politische Anerkennung und Förderung ringenden Gedenkstätten habe. »Insgesamt bedroht« sei die dezentrale Erinnerungskultur, hatte Thomas Lutz die Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten damals zusammengefasst.²

Die Rollen waren also verteilt: »wir« – die Stiftung Denkmal – waren der umstrittene Newcomer, das Gedenkstättenreferat war Vertreter der etablierten Gedenkstätten-Netzwerke. Als ich Anfang Februar 2005 – inzwischen studentische Hilfskraft – zum deutsch-französischen Gedenkstättenseminar nach Bad Urach fuhr³, ermöglichte Thomas Lutz freundlicherweise die Vorstellung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas beim abendlichen Markt der Möglichkeiten. Wie überrascht war ich allerdings, als der erwar-



tete Gegenwind aus dem Kreis der vor allem südwestdeutschen Teilnehmenden sich keineswegs allein gegen das kurz vor der Eröffnung stehende Holocaust-Denkmal richtete, sondern ebenso gegen die »Topographie des Terrors« – und ganz grundsätzlich gegen die Realisierung millionenschwerer Projekte in Berlin. Unerwartet standen Thomas Lutz und ich plötzlich auf derselben Seite.

In der Rückschau lässt sich feststellen: Die im Zuge der Denkmal-Debatten der 1990er-Jahre formulierten Bedrohungsszenarien einer Zentralisierung der Erinnerung sind – zumindest vordergründig – nicht eingetreten. Die bereits damals steigenden Zahlen der Besucherinnen und Besucher in den zahlreichen Gedenkstätten des wiedervereinigten Deutschlands sind nach Eröffnung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas (2005) oder auch des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors (2010) keineswegs zurückgegangen. Im Gegenteil setzte sich der Anstieg des Interesses ungebrochen fort. Auch auf der förderpolitischen Ebene bildete die 1999 vorgelegte und 2008 überarbeitete Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine wesentliche Grundlage für Verbesserungen in der Fläche, auch wenn nicht alle Gedenkstätten von ihr profitieren. Ohne die Berliner Großprojekte samt der mit ihnen verbundenen Debatten als Kristallisationspunkte lassen sich beide Entwicklungen sicher nur unzureichend beschreiben.⁴ Dass es gelang, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit einem Ort der Information zu verwirklichen, der nicht allein über die »zu ehrenden Opfer«, sondern auch »die authentischen Stätten des Gedenkens« informiert, wie es das Stiftungsgesetz vom März 2000 formulierte⁵, bot die Chance, das Denkmal in eine »Textur deutscher Erinnerungskultur«⁶ einzufügen und so Zentralität und Dezentralität im Verbund zu verstehen.

Gedenkstättenportal im Ort der Information des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, 2010.
Foto: Marko Priske/Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Jenseits des Nullsummenspiels

Allzu oft führt die Vorstellung eines Nullsummenspiels, in dem die Sorge um kleiner werdende Stücke des Kuchens dominiert, zu wenig produktivem Konkurrenzdenken. Das vielfältige Potenzial einer kooperativen Denkweise und Praxis bleibt unausgeschöpft. Manches Mal bedarf es kreativer Ansätze, um zu einer Denkweise der Kooperation zu gelangen. Im Fall des Denkmals für die ermordeten Juden Europas lässt sich der unkonventionelle Wettbewerbsbeitrag »Bus-Stop« von Stih & Schnock – der anstelle eines zentralen Denkmals eine Bushaltestelle mit Verbindungen zu bestehenden Gedenkstätten vorsah – als vorbildhaft für die Verweis-Struktur des später verwirklichten Gedenkstättenportals im Ort der Information ansehen.⁷ Zugleich bedarf es auch vermittelnder Instanzen. Das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors hat mit Thomas Lutz eine solche Rolle immer wieder eingenommen. So mühsam die praktische Kooperation zwischen Stiftung Denkmal und dem Gedenkstättenreferat im konkreten Fall vor bald 20 Jahren auch gewesen sein mag, so wichtig war sie als über den Berliner Horizont hinaus reichende Schnittstellenarbeit.

Für die inzwischen gewachsene Erinnerungslandschaft im Berliner Zentrum sind heute weitere Neuplanungen in Vorbereitung: Der »Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen«, das Dokumentationszentrum »Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa«, oder zuletzt das »Mahnmal für verfolgte und ermordete Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus«. Diese werden mal mehr, mal weniger öffentlich diskutiert.⁸ Es ist zu hoffen, dass die Realisierung der neuen Denkmäler und Ausstellungen im Ergebnis nicht zu recht unverbunden nebeneinander her wirkenden Orten und Einrichtungen führt, sondern vielmehr – ganz im Sinn der Erfahrungen der Denkmals-Debatte von vor über zwei Jahrzehnten – mit einem integrativen Ansatz bereits bestehende Orte und Institutionen einbezogen und mitgedacht werden. Ein solch kooperativer Ansatz, der Haltungen, Bedenken und Perspektiven unterschiedlicher Beteiligter im Prozess aufgreift sowie eine nötige öffentliche Diskussion mit kreativen Lösungen produktiv umzusetzen weiß, erschiene jedenfalls vielversprechend.

Das Gedenkstättenreferat von innen – »Jugend erinnert« als Netzwerk und Impuls

Ein vom Gedenkstättenreferat realisierter kooperativer Ansatz lag der Vernetzung und Begleitung von bundesweit 31 Bildungsprojekten an Gedenkstätten zugrunde. Grundlage und Rahmen bildeten das durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Programm »Jugend erinnert« in der Förderlinie »Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus«.⁹ Als ich im Dezember 2020 meine Tätigkeit als pädagogischer Projektmitarbeiter aufnahm, erläuterte mir Thomas Lutz seine Überlegung, durch »Jugend erinnert« ein Erfahrungswissen der pädagogischen Vernetzung zu generieren, das im Anschluss der gesamten Gedenkstättenlandschaft zugutekommen könnte.



Renata Stih & Frieder Schnock, Bushaltestelle/ Bus Stop, 1994/95. Foto: Stih & Schnock, Berlin 1994/2023 – VG Bild-Kunst, Bonn/Berlin – ARS, NYC

Zu Beginn schien durchaus fraglich, ob es möglich ist, mit Online-Treffen mitten in der Corona-Pandemie ein wirkliches Netzwerk der »Jugend erinnert«-Projekte aufzubauen. Dafür, dass es gelang, spielten drei mehrtägige Treffen in Präsenz dann ab Herbst 2021 sicher eine wichtige Rolle. Entscheidend war aber wohl vor allem eine generelle Orientierung an den Bedarfen und Wünschen der Beteiligten, sowie grundsätzlich ein Schwerpunkt auf Austausch und Dialog – »keine Online-Veranstaltung ohne Kleingruppen« lautete eine der Grundregeln. Eine vertrauensvolle Atmosphäre, in der auch offen über Schwierigkeiten im Projekt gesprochen werden konnte, war für den praxisbezogenen Austausch sehr wichtig. Das solidarische Grundverhältnis im Netzwerk ermöglichte ein Lernen voneinander. Vielleicht erlaubte gerade auch die Heterogenität der beteiligten Projekte, dass der Profilierungsdruck gering blieb und die nicht selten vorhandene Diskrepanz zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit gemeinsam ausgeleuchtet werden konnte.¹⁰

Die Voraussetzungen und Bedingungen der Bildungsarbeit standen mithin immer wieder im Mittelpunkt. Ein Anliegen war – wie die Projekte in einem gemeinschaftlich erstellten und an Kulturstaatsministerin Claudia Roth versandten Positionspapier deutlich machten – auf eine Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern bei einer künftigen Ausgestaltung des Förderprogramms zu dringen sowie sich für eine nachhaltige Planung und Förderung der Bildungsprojekte einzusetzen.¹¹ Dass es hier mit viel Engagement gelang, im Verbund der Projekte von kleinen wie großen Gedenkstätten gemeinsame Positionen zu formulieren, brachte einen im Netzwerk gewachsenen »Spirit« der Kooperation zutage.

Vor dem Hintergrund der inzwischen vier Jahrzehnte umfassenden Geschichte des so oft von Thomas Lutz moderierten Austauschs und der Vernetzung von Gedenkstätten ist ein Geist der Kooperation, wie er im »Jugend

Kleingruppen zur Frage
»Was macht ein gelungenes
Bildungsprojekt aus?« beim
Netzwerktreffen
»Jugend erinnert« im
September 2022.
Foto: Caroline Tupikowski/
Stiftung Topographie des
Terrors



erinnert«-Netzwerk deutlich wurde, sicher nichts Neues. Dass es sich lohnt, ihn auch zukünftig zu pflegen und komplexen Herausforderungen durch Verständigung und Formulierung gemeinsamer Positionen zu begegnen, erscheint aber sicher als einer der wesentlichen Impulse aus »Jugend erinnert«. Dies ist vielleicht gerade dort wichtig, wo ein solcher kooperativer Geist schwer zu realisieren ist, etwa wenn es um knappe Ressourcen und Vertretungsansprüche geht.

Inhaltlich wurde im »Jugend erinnert«-Netzwerk durchaus gehaltvoll, aber eher wenig kontrovers diskutiert. Dies lag möglicherweise an der solidarischen Grundhaltung zueinander, vielleicht erschwerte gerade auch der explizit »kooperative« Ansatz der Vernetzung die Profilierung unterschiedlicher Positionen. Vielleicht spiegelt sich darin aber auch einfach das größere Bild wieder, in dem Gedenkstätten heute kaum noch »im Gegenwind«¹² agieren, vielmehr »in der Mitte der Gesellschaft angekommen«¹³ sind und vor diesem Hintergrund ihre Funktion als »Stabilisatoren der Erinnerung« (Aleida Assmann) eines erinnerungspolitischen Mainstreams wahrnehmen. So sehr dieses Bild sicher vereinfacht: Ob und wie nach dem Ausscheiden der »Generation Aufarbeitung«¹⁴, zu der auch Thomas Lutz zu zählen ist, jenseits einer bloßen Ausgestaltung des Erreichten durch Einbeziehung neuer »Zielgruppen«, durch Digitalisierung sowie neue methodische Ansätze künftig auch das Selbstverständnis von Gedenkstätten eine Entwicklung erfahren wird, ist offen. Im Sinne einer kritischen historisch-politischen Bildungsarbeit erscheinen Infragestellungen und kontroverse Haltungen – als »Konkurrenz der Ideen« – durchaus wünschenswert. Insofern erscheint es hilfreich, Kooperationen nicht allein als Allianzen zu verstehen, sondern als eine Chance, mit unterschiedlich profilierten Partnerinnen und Partnern über den jeweils bisherigen Tellerrand hinaus zu blicken.

Florian Kimmelmeier ist pädagogischer Mitarbeiter im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors. Er hat viele Jahre Erfahrung als freier Mitarbeiter sowohl für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas als auch die Stiftung Topographie des Terrors.

- 1 Die Stiftung Denkmal machte ihr Gedenkstättenportal im Jahr 2011 auch online zugänglich: www.memorialmuseums.org. Die bereits seit 2005 als Online-Portal zugängliche »Gedenkstättenübersicht« ist seit 2020 in überarbeiteter Form Teil des GedenkstättenForums www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaetten/gedenkstaettenuebersicht.
- 2 Thomas Lutz: Überlegungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Selbstorganisation der Gedenkstätten für NS-Opfer. Ein Zwischenbericht, in: GedenkstättenRundbrief 89 (6/1999), S. 30. Für einen zeitnahen, knappen Überblick der Debatte siehe Horst Seferens: Zwei Jahrzehnte Diskussion um staatliche Erinnerungssymbole in Bonn und Berlin, in: GedenkstättenRundbrief 100 (4/2001), S. 83–90. Zur Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten siehe auch den Beitrag von Oliver von Wrochem in der vorliegenden Sonderausgabe.
- 3 Programm hier nachzulesen: www.hsozkult.de/event/id/event-54210.
- 4 Dazu Horst Seferens im Jahr 2001: »Auch wenn bis heute niemand weiß, wie der ‚Ort der Information‘ exakt aussehen wird, scheint es, als könnten die Gedenkstätten mit dem Ergebnis des Berliner Denkmalstreits zufrieden sein, zumal das inzwischen vorgelegte neue Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung die Bundesförderung für die Gedenkstätten verstetigt und auf die bedeutenden Gedenkstätten in Westdeutschland ausgeweitet hat«, a.a.O., S. 85.
- 5 Gesetz zur Errichtung einer »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, vom 17. März 2000, § 2.
- 6 Günter Morsch: Anmerkungen zu den jüngsten Diskussionen um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und das »Haus der Erinnerung«, in GedenkstättenRundbrief 89 (6/1999), S. 3–5, hier S. 5.
- 7 Der unter anderem von Günter Morsch, a.a.O., S. 5, aufgegriffene Vorschlag erhielt im künstlerischen Wettbewerb von 1994/1995 den 11. Preis, vgl. Ute Heimrod/Günter Schlusche/Horst Seferens (Hrsg.): Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Eine Dokumentation, Berlin 1999, S. 286.
- 8 Jüngstes Medienecho zum Projekt »Polen-Denkmal« auf: www.polendenkmal.de/politik/polen-ort/deutsches-medienecho; Anhörung im Kulturausschuss des Bundestags von November 2022 zum erwähnten Dokumentationszentrum: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-pa-kultur-909668; neueste Entwicklungen zum Mahnmal für verfolgte Zeugen Jehovas: <https://alst.org/aktuelles/events/anhoerung-zu-geplantem-mahnmal-fuer-die-internationalsozialismus-ermordeten-zeugen-jehovas>.
- 9 Florian Kimmelmeier: Von Leuchttürmen und den Mühen der Ebene. Begleitung und Vernetzung im Förderprogramm »Jugend erinnert«, in: GedenkstättenRundbrief 207 (9/2022), S. 15–25.
- 10 Auf die erwähnte Diskrepanz zielt auch der Arbeitskreis Räume Öffnen in seinem Prozesspapier »Arbeitende Gedenkstätten – Gedenkstätten sind Arbeit« ab, in: GedenkstättenRundbrief 205 (3/2022), S. 34–41.
- 11 Nachhaltig fördern, Erfahrungen aus der Praxis einbeziehen. Bilanzierendes Positionspapier der »Jugend erinnert«-Projekte, Dezember 2022.
- 12 Detlef Garbe: Gedenkstätten in der Bundesrepublik: Eine geschichtspolitische Erfolgsgeschichte im Gegenwind, in: Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der national-sozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 16 (2015), S. 75–89.
- 13 Harald Schmid: Mehr Gegenwart in die Gedenkstätten! Erinnerungsorte in Zeiten des Memory-Drains und der Entpolitisierung, in: GedenkstättenRundbrief 177 (3/2015), S. 11–16, hier S. 11.
- 14 Volkhard Knigge, »Zur Zukunft der Erinnerung,« in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25–26/2010, S. 10–16, hier S. 12.

Thomas Lutz bei Kaffee und
Kuchen, Buchhandlung in
Ost-Jerusalem,
November 2022.
Foto: Martina Staats



litique

Taille 42

Albert Camus
La Peste

Réjean Fontaine
Diplomate
dans l'Orient
en crise
Jérusalem et Kaboul, 2002-2008
Préface de Bernard Boute

HÉBRON
et ses environs

MARINOLO
BARBICHI



IBRAHIM SOUSS
LOIN DE
JERUSALEM

ALLAT
PLAGIAT

Lo morte
amoureuse

Platon
Apologie de Socrate

Carr

JUNGEN
MA

GUY DELIS
P.JÖN



for sale



GEDENKSTÄTTENFORUM.

GedenkstättenÜbersicht – GedenkstättenRundbrief
News – Veranstaltungen – Stellenangebote
... und mehr

**Überblick zu allen bisherigen Gedenkstättenseminaren (seit 1983)
und Gedenkstättenkonferenzen (seit 2012):**

www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaettenreferat/konferenzen-seminare



Hinweis:

In mehreren Fällen konnte bei Fotografien die Urheberschaft nicht abschließend geklärt werden. Bitte kontaktieren Sie uns im Fall eventuell bestehender anderweitiger Rechte.